



Bericht

der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2011/2012
(Ostseebericht 2012)**

Federführend ist der Ministerpräsident

Inhalt

	Seite
1. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der Ostseekooperation und Mitwirkung der Landesregierung	6
1.1. Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC	7
1.2. Ostseerat	9
1.3. Ostseeparlamentarierkonferenz	13
1.4. Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt (HELCOM)	15
2. Nutzung von Politik- und Finanzierungsinstrumenten der EU	17
2.1. Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie	17
2.2. Mitgestaltung und Nutzung des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee)	22
2.3. Nutzung der EU-Strukturfondsförderung	30
3. Bildung politischer Allianzen	32
3.1. Präsenz im Ostseeraum	32
3.2. Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern	34
3.3. Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt	34
3.4. Interessenvertretung in Brüssel	35
3.5. Zusammenarbeit im Ausschuss der Regionen	36
4. Nutzung regionaler Kooperationen	37
4.1. Zusammenarbeit mit Dänemark	37
4.2. Zusammenarbeit in der südwestlichen Ostseeregion (STRING)	43
4.3. Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland	46
4.4. Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie	51
4.5. Partnerschaft mit Ost-Norwegen	52
4.6. Partnerschaft mit West-Finnland	53
4.7. Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten	54
5. Fachpolitische Kooperationen	56
5.1. Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit	57
5.2. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas	66
5.3. Zusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung	70

5.4.	Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit	78
5.5.	Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet	81
5.6.	Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung	88
5.7.	Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum	95
5.8.	Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“	102
5.9.	Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum	120
5.10.	Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz	130
5.11.	Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum	133

Anhang

1.	Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B) in der Förderperiode 2007-2013	137
2.	Einfuhr des Landes Schleswig-Holstein aus dem Ostseeraum 1999-2010	141
3.	Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein in den Ostseeraum 1999-2010	142

Vorbemerkung

Durch Beschluss des Landtages vom 10. September 1992¹ ist die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag mindestens sechs Wochen vor Beginn der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht über ihre Ostseeaktivitäten vorzulegen.

Die Vorlage des Berichts wurde 2001 in Abstimmung zwischen Landtag und Landesregierung auf einen Zweijahresrhythmus umgestellt. Den letzten Ostseebericht hat die Landesregierung dem Landtag im Juni 2010² vorgelegt.

Durch Beschlüsse des Landtages vom 10. Februar 2011³ und vom 20. September 2011⁴ sowie Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung im November 2011 stellt der Ostseebericht 2012 auch den Stand der Umsetzung der Resolutionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz aus den Jahren 2010 und 2011 dar⁵. Auf den Umsetzungsstand wird in den einzelnen Fachkapiteln des vorliegenden Berichts eingegangen.

Der Bericht gibt den Sachstand März 2012 wieder.

¹ Landtags-Drucksache 13/306

² Landtags-Drucksache 17/643 und Druckschrift im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (September 2010)

³ Landtags-Drucksache 17/1275

⁴ Landtags-Drucksache 17/1879

⁵ Landtags-Drucksachen 17/622, 17/839, 17/1678, 17/1757

1. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der Ostseekooperation und Mitwirkung der Landesregierung

Die Ostseeregion gehört zu den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsräumen der Welt. Mit der EU-Ostseestrategie hat die Region die Chance bekommen, die Strukturen der Zusammenarbeit zu effektivieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Region und den ökologischen Zustand der Ostsee, die Grundlage für Wohlstand und Leben in der Region, in gemeinsamer Anstrengung weiter zu verbessern. Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Landesregierung für eine zielorientierte und projektbezogene Ostseezusammenarbeit.

Die Landesregierung engagiert sich in verschiedenen Gremien und Kooperationen der Ostseezusammenarbeit mit dem Ziel, die Ausrichtung der politischen und projektbezogenen Zusammenarbeit so mitzugestalten, dass Interessen und Stärken des Landes optimal eingebracht werden können und einen sichtbaren Mehrwert im Land erzeugen.

Die Arbeit in den Gremien der Ostseekooperation wurde in den letzten beiden Jahren deutlich von Diskussion und Umsetzung der EU-Ostseestrategie dominiert. Die EU-Ostseestrategie wird als politischer Bezugsrahmen für die Ostseezusammenarbeit akzeptiert. Diskussionen und Positionierungen der Organisationen drehen sich im Wesentlichen um Finanzierungs- und Umsetzungsfragen und die Frage wie die Drittstaaten in der Region, insbesondere Russland, in die Umsetzung der EU-Strategie einbezogen werden können.

Viele der großen Ostseeorganisationen feiern in den Jahren 2011/12 ihr 20-jähriges Bestehen. Stärkere Projektorientierung und engere Kooperation und Abstimmung untereinander sind wichtiges Thema von Strukturdiskussionen in den Organisationen. Großveranstaltungen wie die Jahreskonferenzen von BSSSC, Baltic Development Forum oder das neu hinzugekommene Jahresforum zur EU-Ostseestrategie werden zunehmend zeitlich zusammengelegt und thematisch aufeinander abgestimmt. Diese, wesentlich durch die EU-Ostseestrategie angestoßene Entwicklung geht mit einer Effektivierung der Arbeit der Gremien einher und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen politischen Ebenen und Akteure.

1.1. Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC

BSSSC (Baltic Sea States Subregional Cooperation)¹ ist ein politisches Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums. Mitglied sind Regionen der zehn Ostseeanrainerstaaten: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden. Im **Vorstand (Board)** der Organisationen sind jeweils maximal zwei Regionen eines Landes vertreten: für Deutschland sind dies Hamburg und Schleswig-Holstein. Der Vorsitz wechselt alle zwei Jahre in nicht festgelegter Reihenfolge.

Die **Zielvorgaben** (Terms of Reference)² machen deutlich, dass BSSSC sich als politisches Netzwerk der Ostseeregionen versteht, das die Interessen der Ostseeregionen gegenüber der nationalen Ebene und den EU-Institutionen vertritt und hierbei gezielt die Zusammenarbeit mit anderen Ostseeorganisationen sucht. BSSSC versteht sich als regionaler Partner des Ostseerates und hat diesem seit 2008 Beobachterstatus (mit Rederecht) im Rahmen der BSSSC-Vorstandssitzungen eingeräumt. Die Ostseekommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) (CPMR Baltic Sea Commission)³, die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities)⁴ und das Netzwerk der Ostseeinseln (B 7 - Baltic Islands Network)⁵ haben ebenfalls die Möglichkeit bekommen, Repräsentanten ihrer Organisation als Beobachter in die Vorstandssitzungen von BSSSC zu entsenden. Mit den anderen Organisationen und Initiativen im Ostseeraum wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt.

Anfang 2011 hat die **Wojewodschaft Westpommern** den **BSSSC-Vorsitz** von Hamburg übernommen. Der **Arbeitsplan 2011 – 2012** setzt folgende politische **Schwerpunkte**:

- Meerespolitik
- Klima und Energie
- Jugend
- Wissenschaft und Bildung
- Gesundheit und Lebensqualität
- Zusammenarbeit mit Russland
- Nördliche Dimension
- Transport und Infrastruktur.

¹ Homepage: www.bsssc.com

² Terms of Reference im Internet: www.bsssc.com/upload/dokumenty/f_11.pdf

³ Homepage: www.balticseacommission.info

⁴ Homepage: www.ubc.net

⁵ Homepage: www.b7.org

Besondere Relevanz haben die ersten drei Themenbereiche, zu denen seit längerer Zeit **Arbeitsgruppen** bestehen. Die Landesregierung führt den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Meerespolitik seit deren Gründung im Jahr 2007.

Zusätzliche Themen von besonderer Bedeutung im Berichtszeitraum waren die EU-Ostseestrategie und die zukünftige EU-Kohäsionspolitik. Zu beiden Themen wurden Berichtersteller benannt und Positionspapiere erarbeitet, die den EU-Gremien zugeleitet wurden.

Die **BSSSC-Jahreskonferenz 2010** fand zum Thema Qualifizierung und Umsetzung der EU-Ostseestrategie im Oktober 2010 – in Verbindung mit dem Jahresforum zur EU-Ostseestrategie - in Tallinn statt. Ein Vertreter der Staatskanzlei hat über die Aktivitäten Schleswig-Holsteins zur Stärkung der Mobilität von Arbeitskräften im schleswig-holsteinischen Grenzbereich berichtet. In der Schlussresolution der Konferenz wurde die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung, Wissen und Wissenstransfer für die Entwicklung der Ostseeregion hervorgehoben. Die EU-Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, die Einbeziehung von lokalen und regionalen Behörden in die Umsetzung der EU-Ostseestrategie sicherzustellen und die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (INTERREG) zu nutzen.

Im Mai 2011 wurde ein **BSSSC-Positionspapier zur EU-Ostseestrategie** verabschiedet, in dem erneut eine breitere Einbeziehung der Regionen in die Umsetzung der EU-Ostseestrategie eingefordert wurde. Ebenso wurde erneut die Einbeziehung der Drittstaaten in der Region, insbesondere Russlands, als Partner in der Umsetzung angemahnt. Insgesamt wurde im Hinblick auf die Evaluation der EU-Ostseestrategie eine positive Bewertung der Strategie und ihrer Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in der Region vorgenommen.

Die **BSSSC-Jahreskonferenz 2011** fand im Oktober in Stettin statt und stand unter der Überschrift ‚EU-Ostseestrategie und Kohäsionspolitik – Erwartungen und Rolle der Regionen im Ostseeraum‘. Schleswig-Holstein (Staatskanzlei) war für die Durchführung eines Programmteils zum Thema ‚Zukünftige Finanzierung der Ostseezusammenarbeit‘ mit Blick auf die Strukturfondsprogramme ab 2014 verantwortlich. Vertreter von Staatskanzlei und Innenministerium haben als Redner schleswig-holsteinische Interessen in die Podiumsdiskussionen der Konferenz eingebracht.

In der Schlussresolution der Konferenz wurde eine breitere Einbeziehung der Regionen in die Umsetzung der EU-Ostseestrategie gefordert und eine bessere Verbindung zwischen Ostseestrategie und Strukturfondsprogrammen angeregt, um diese für die Umsetzung nutzen zu können. Weiter wurden eine bessere Übereinstimmung von EU-Politik und Förderprogrammen sowie eine deutlichere Kohärenz der Ziele der verschiedenen EU-Strategien (EU-Ostseestrategie, Strategie Europa 2020, Gemein-

same Agrar- und Fischereipolitik) sowie die Einbeziehung privater Partner in alle Förderprogramme gefordert. Den Stadt-Land-Beziehungen soll in der europäischen Politik mehr Aufmerksamkeit zukommen und die Fördermöglichkeit für Meta-Regionen (z. B. STRING-Region¹) in den transnationalen Förderprogrammen (INTERREG) geschaffen werden.

Bereits im Oktober 2010 wurde ein **BSSSC-Positionspapier zum „Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt“**² der EU-Kommission erstellt. Im Oktober 2011 wurde eine aktualisierte **Stellungnahme der BSSSC** zu den Konsultationsdokumenten der EU-Kommission **zur zukünftigen Regional- und Kohäsionspolitik**³ verabschiedet. Die Landesregierung hat ihre Mitwirkung im Vorstand der Organisation genutzt, um ihre Positionen auch hier einzubringen.

1.2. Ostseerat

Mitglieder des Ostseerates sind alle EU-Ostseestaaten sowie Norwegen, Russland und Island sowie die EU-Kommission. Der Vorsitz wechselt jährlich und in gleichbleibender Reihenfolge zwischen den Mitgliedstaaten. Alle zwei Jahre findet ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, in den Jahren dazwischen ein Treffen der Außenminister des Ostseerats statt.

Die Landesregierungen von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein werden durch das Auswärtige Amt in die Arbeit der Gremien des Ostseerates (CBSS - Council of the Baltic Sea States)⁴ einbezogen und haben Mitwirkungsmöglichkeiten.

Grundlage der Aktivitäten des Ostseerates sind die 2008 beschlossenen fünf **Langfrist-Prioritäten**:

- Umwelt und Nachhaltigkeit
- Wirtschaft
- Energie
- Bildung und Kultur
- Zivile Sicherheit und menschliche Dimension.

¹ Zu STRING s. Seite 43 ff.

² Positionspapier im Internet: www.bsssc.com/upload/dokumenty/f_116.pdf

³ Stellungnahme im Internet: www.bsssc.com/upload/dokumenty/f_208.pdf

⁴ Homepage: www.cbss.org

Die Umsetzung erfolgt über die Arbeit von Expertengruppen aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission.

Im **Juni 2010** fand in Vilnius unter **litauischem Vorsitz** ein **Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs** statt. Der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei war als Vertreter der norddeutschen Länder Mitglied der deutschen Delegation.

Wesentliches Ergebnis des Gipfeltreffens war die ***Vilnius Declaration „A vision for the Baltic Sea Region by 2020“***¹ (Eine Vision für den Ostseeraum bis 2020). Die Staats- und Regierungschefs drückten ihr starkes politisches Bekenntnis zur Umsetzung einer Vision aus, wonach die Ostsee bis 2020 ökologisch regeneriert ist, eine investitions- und innovationsfreundliche Wirtschaft Fortschritte gemacht hat, mit Hilfe von Öffentlich-Privaten Partnerschaften die Privatwirtschaft Mitverantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernommen hat, das regionale Wirtschaftswachstum von der integrierten Meerespolitik und einem guten Transportnetzwerk profitiert, alle Länder der Region in den Genuss eines integrierten Energiemarktes, verbesserter Energieeffizienz und der vermehrten Nutzung sauberer und erneuerbarer Energien kommen, alle Menschen der Region von der positiven Dynamik der sozioökonomischen Entwicklung profitieren und gute öffentliche Gesundheit und Wohlergehen sicherstellen, die Länder der Region Arbeitslosigkeit, soziale Exklusion und ungleichen Zugang zum Arbeitsmarkt effektiv reduziert haben, die Region von weiterentwickelten regionalen Netzwerken profitiert, beständiger Fortschritt in der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität gemacht wurde, eine starke regionale Identität entstanden ist und die Region von der Förderung von Toleranz und vermehrten Mensch-zu-Mensch-Kontakten profitiert.

Kritisch anzumerken ist, dass die Umsetzung der Vision nicht mit der EU-Ostsee-strategie verknüpft wurde, was sicherlich auch auf das angespannte EU-Russland-Verhältnis zu dieser Zeit zurückzuführen ist.

Zum **1. Juli 2010** ging der **Vorsitz** des Ostseerates an **Norwegen** über. Norwegen hatte für seine Präsidentschaft neben der Fortführung der Langfrist-Prioritäten drei **Schwerpunkte** gesetzt:

- Meerespolitik
- Kampf gegen Menschenhandel
- Institutionelle Weiterentwicklung des Ostseerates.

Die **Expertengruppe Meerespolitik des Ostseerates** hat den Schwerpunkt auf die Förderung der Nutzung von LNG (Liquified Natural Gas – Flüssiggas) als Treibstoff

¹ Declaration im Internet: www.cbss.org/Summits-and-Council-Ministerials

in der Schifffahrt gesetzt. Im März 2011 fand ein entsprechender Workshop in Oslo statt, der auch das Ziel hatte, ein Cluster diesbezüglicher Akteure im Ostseeraum aufzubauen. Mehr als 90 Experten und Wirtschaftsbeteiligte aus dem Ostseeraum nahmen an dem Workshop teil.

Weitere Aktivität war die Koordinierung einer **gemeinsamen Veranstaltung der meerespolitischen Arbeitsgruppen von Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz und BSSSC** im Rahmen des Europäischen Meerestages im Mai 2011 in Danzig (Näheres hierzu auf Seite 68).

Die Aktivitäten zum Kampf gegen Menschenhandel erfolgen im Rahmen der **Task Force Against Trafficking in Human Beings** (Task Force gegen Menschenhandel). Hier wurde unter norwegischer Präsidentschaft eine Reihe von Seminaren für diplomatisches und konsularisches Personal, nationale Koordinatoren und Mitarbeiter von Polizei- und Sozialbehörden veranstaltet. Darüber hinaus wurden Expertenkonferenzen organisiert, eine Informationskampagne (in sechs Sprachen) gestartet und ein Handbuch über den Umgang mit Opfern erstellt.

Im Rahmen der institutionellen Weiterentwicklung des Ostseerates wurden neue **Richtlinien für die Projektbeteiligung des Ostseerates**¹ erstellt, die eine effizientere Projektbeteiligung des Ostseerates zum Ziel haben. Die weitere Verstärkung der Projektinitiierung wird von dem im September 2010 neu ernannten **Generaldirektor des Sekretariats des Ostseerates** (schwedischer Nationalität) konstruktiv unterstützt.

Am 1. **Juli 2011** hat **Deutschland** turnusgemäß den **Vorsitz** des Ostseerates übernommen. Somit fiel das im März 2012 anstehende 20-jährige Bestehen der Organisation in die Zeit des deutschen Vorsitzes.

Neben der Fortführung der Langfrist-Prioritäten setzt die deutsche Präsidentschaft auf Fortführung der norwegischen Prioritäten in den Bereichen Meerespolitik, Bekämpfung des Menschenhandels und institutionelle Weiterentwicklung des Ostseerates in eine stärker projektorientierte Organisation. Darüber hinaus hat die Bundesregierung drei weitere **Prioritäten** gesetzt:

- des südöstlichen Ostseeraums mit Schwerpunkt Kaliningrad
- Schaffung eines kohärenten Rahmens der Zusammenarbeit im Ostseeraum
- Stärkung der regionalen Identität im Ostseeraum.

¹ „Guidelines for CBSS project participation im Internet“: www.cbss.org/Summits-and-Council-Ministerials

Ziele sind die verbesserte Zusammenarbeit der Gremien und Instrumente der Ostseezusammenarbeit und die Förderung von Arbeitsteilung zwischen diesen. Mehr Kohärenz soll insbesondere zwischen der Arbeit von Ostseerat, Nördlicher Dimension¹ und der EU-Ostseestrategie geschaffen werden. Der Ostseerat soll stärker für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie genutzt werden.

Insbesondere zum Schwerpunkt **Modernisierung des südöstlichen Ostseeraums** (South Eastern Baltic Sea Area – **SEBA**) arbeitet die deutsche Ostseeratspräsidentschaft eng mit der Russischen Föderation zusammen, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass Russland am 1. Juli 2012 den Ostseeratsvorsitz von Deutschland übernimmt. Ein Programm zur Modernisierung des südöstlichen Ostseeraums soll das neue Profil des reformierten Ostseerats sichtbar machen. Besonders im Fokus steht die Entwicklung der Region Kaliningrad. Eine gemeinsame **Initiative zur Förderung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften** soll private Investitionen für die Entwicklung der Region nutzbar machen.

Der Ostseerat soll zur Stärkung der Ostsee-Identität, also der positiven Identifizierung der Menschen mit ihrer Region, ihrer Geschichte und Kultur, beitragen. Das Auswärtige Amt unterstützt auch vor diesem Hintergrund die Bemühungen der Landesregierung für eine stärkere Berücksichtigung von Kultur und regionaler Identität in der EU-Ostseestrategie (Näheres ab Seite 20).

Im Bereich Meerespolitik stehen die gemeinsamen Aktivitäten der Expertengruppe Meerespolitik mit anderen meerespolitischen Akteuren im Ostseeraum, an denen die Landesregierung über den Vorsitz in der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik beteiligt ist, im Vordergrund (Näheres ab Seite 66).

Eine Reihe von Veranstaltungen ist Bestandteil des Programms der deutschen Ostseeratspräsidentschaft:

- Am 13. September 2011 hat die Landesregierung auf Schloss Plön eine Veranstaltung zum **20-jährigen Jubiläum der Ostsee-Kulturinitiative ARS BALTICA**² ausgerichtet. Die Veranstaltung war als kultureller Auftakt der deutschen Ostseeratspräsidentschaft Teil des Programms der deutschen Ostseeratspräsidentschaft.
- Am 5. Februar 2012 fand auf Schloss Plön im Rahmen des Baltic Media Forum 2012 eine **Festveranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum des Ostseerates** statt, begleitet von einem **außerordentlichen Treffen der Außenminister des**

¹ Die Nördliche Dimension ist ein Bereich der EU-Politik zur Verbesserung der Beziehungen zwischen nördlichen EU-Staaten und ihren Nachbarn

² Zu ARS BALTICA s. Seite 57 f.

Ostseerates ebenfalls auf Schloss Plön. Die Landesregierung war Partner des Baltic Media Forums und hatte die Verknüpfung der Veranstaltung mit dem Jubiläum des Ostseerates und dem anlässlich des Jubiläums geplanten außerordentlichen Außenministertreffen angeregt. Der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei hat als Vertreter der norddeutschen Länder an dem außerordentlichen Außenministertreffen teilgenommen.

- Vom 23. - 25. April 2012 finden in Berlin die **Ostseetage** statt. Die Tage sollen genutzt werden, um die Akteure der Ostseekooperation in Berlin zusammenzubringen und die politische Bedeutung der Ostseezusammenarbeit öffentlichkeitswirksam darzustellen. Die Ostseetage werden vom Auswärtigen Amt koordiniert: In die Vorbereitungen eingebunden sind insbesondere die norddeutschen Länder mit ihren Landesvertretungen. Rund 30 Veranstaltungen sind geplant (Stand zu Redaktionsschluss): Zahlreiche Ostseeorganisationen nutzen den Anlass, um für ihre Gremiensitzungen nach Berlin einzuladen und gemeinsame Sitzungen mit anderen Organisationen durchzuführen. Höhepunkt der Ostseetage ist eine Festveranstaltung mit dem Bundespräsidenten am 24. April.

Die **kulturelle Auftaktveranstaltung zu den Ostseetagen** wird am 23. April **in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung** stattfinden. Weiter sind in der Landesvertretung eine **Veranstaltung zum Ostseegeschichtsprojekt**¹, eine Sitzung des Vorstands des Netzwerks der Ostseeregionen BSSSC und eine Sitzung der BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik geplant.

- Am 30./31. **Mai 2012** findet in Greifswald das **Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs** des Ostseerates statt.

Am 1. **Juli 2012** übernimmt **Russland** von Deutschland den **Vorsitz** im Ostseerat.

1.3. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern regionaler und nationaler Parlamente des Ostseeraums und Islands zusammen. Schleswig-Holstein ist in der laufenden Legislaturperiode mit sieben Abgeordneten vertreten (Landtagspräsident plus ein/e Vertreter/in pro Fraktion). Regionaler Unterbau ist das Parlamentsforum Südliche Ostsee, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein und der Sejmiks von Pommern und Westpommern zusammensetzt; die Regionen Kaliningrad und Skåne/Südschweden sind assoziierte Mitglieder. Die Landesregierung trägt zur

¹ Zum Ostseegeschichtsprojekt s. Seite 20

Umsetzung der Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums im Rahmen ihrer Ostseepolitik und den Fachpolitiken bei. Näheres ist den Fachkapiteln des vorliegenden Berichts zu entnehmen.

Die **19. Ostseeparlamentarierkonferenz** fand im **August 2010** in Mariehamn auf den Åland-Inseln statt. Im Vordergrund der Beratungen standen die Themen

- Zusammenarbeit in der Ostseeregion
- Klimawandel und biologische Vielfalt
- Integrierte Meerespolitik
- Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion
- Menschenhandel.

In der Abschlusserklärung¹ wurden die Regierungen der Ostseeregion, der Ostseerat und die EU aufgefordert, Möglichkeiten zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz zu prüfen, um Kohärenz zwischen den Gremien herzustellen und den Ostseerat bei den Zielen seines Reformprozesses und bei der Umsetzung seiner Langfrist-Prioritäten zu unterstützen. Weiter wurden Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt eingefordert sowie Maßnahmen zur Reduzierung schädlicher Emissionen im Bereich der Schifffahrt und zur Verbesserung der Schiffssicherheit. Die EU-Verkehrspolitik soll die Anbindung von Drittstaaten sicherstellen und die Lücken im Netz beseitigen. Forderungen zur zivilen Sicherheit der Region und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels ergänzten den Forderungskatalog.

Die **20. Ostseeparlamentarierkonferenz** fand Ende August 2011 in Helsinki statt. Thematische Schwerpunkte waren

- Zusammenarbeit in der Ostseeregion
- Integrierte Meerespolitik
- Zivile Sicherheit
- Grünes Wachstum und Energieeffizienz.

In der Schlusserklärung² wurden die Regierungen der Ostseeregion, der Ostseerat und die Europäische Union aufgefordert, die projektbasierte Arbeit des Ostseerates durch Bereitstellung langfristiger Ressourcen zu unterstützen, die Bemühungen zur Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans³ durch Bereitstellung ausreichender Ressourcen zu ermöglichen, die Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe wie Flüssiggas zu fördern, die eine eventuelle Verlagerung des Verkehrs von See auf Land vor dem

¹ Landtags-Drucksache 17/839

² Landtags-Drucksache 17/1757

³ Zum HELCOM-Aktionsplan ab Seite 15

Hintergrund der Reduzierung des Schwefelgehalts in Schiffstreibstoffen in SECA-Gebieten (Sulphur Emissions Control Area - Schwefelüberwachungsgebiet) wie der Ostsee zu verhindern, sich aktiv für die Ausweisung weiterer SECA-Gebiete (z. B. Mittelmeer) einzusetzen sowie die maritime Raumplanung und die integrierte Meerespolitik weiter auszubauen. Weiter sollen Maßnahmen ergriffen werden, um aus der Ostseeregion eine Ökoregion zu machen, in der Wachstum mit ökologischer Integrität und sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Hierzu sollen grüne Technologien und Energieeffizienz gefördert und Anreize für deren Nutzung gesetzt werden. Die Bekämpfung des Menschenhandels bleibt wichtiges Anliegen, die Anstrengungen in diesem Bereich sollen verstärkt werden.

Es wurde eine **Arbeitsgruppe für grünes Wachstum und Energieeffizienz** eingesetzt, die im Rahmen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 26. - 28. August 2012 in St. Petersburg stattfindet, berichten soll.

Das Mandat der Arbeitsgruppe Integrierte Meerespolitik ist gleichzeitig beendet. Um die Zusammenarbeit mit den meerespolitischen Akteuren von Ostseerat, BSSSC und anderen Organisationen fortführen zu können¹, wurden zwei Berichtersteller für Meerespolitik benannt.

1.4. Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt (HELCOM)

Die Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM)² ist eine zwischenstaatliche Kommission, die für den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee arbeitet. Bereits 1974 wurde das erste Helsinki-Abkommen unterzeichnet, das 1980 in Kraft trat. Grundlage der aktuellen Arbeit von HELCOM ist die 1992 verabschiedete novellierte Fassung des "Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Helsinki-Übereinkommen)". Mitglieder von HELCOM sind alle Ostseeanrainerstaaten inkl. Russland sowie die EU.

Die Bundesregierung ist seit der Ratifizierung des Übereinkommens im Jahr 1994 Vertragsstaat von HELCOM. Die Küstenländer nehmen ihre Aufgaben im Rahmen ihrer föderalen Zuständigkeiten bis zur 12-Seemeilen-Zone wahr. Das Umweltministerium Schleswig-Holstein ist in verschiedenen Fach- und Koordinierungsgremien dieses Übereinkommens, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee und dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz sowie themen-

¹ Vgl. Seite 68 f.

² Homepage: www.helcom.fi

spezifischen Projekten und der Umsetzung von EU-Umweltrichtlinien befassen, vertreten.

Von besonderer Bedeutung für den Ostseeraum ist der **Ostsee-Aktionsplan** (HELCOM Baltic Sea Action Plan)¹, der im November 2007 durch alle Vertragsstaaten verabschiedet wurde. Der Baltic Sea Action Plan beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Vertragsstaaten, konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Meeresumwelt in der Ostsee zu ergreifen. Bis 2021 soll ein guter ökologischer Zustand der Ostsee wieder hergestellt sein. Er stellt einen ersten Ansatz zur regionalen Umsetzung der EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie im Ostseeraum dar. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Minimierung der Nährstoffeinträge und des Eintrags gefährlicher Stoffe, zur umweltfreundlichen Seeschifffahrt und zum Schutz der Biodiversität. Diese Maßnahmen müssen nun von den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden. Die gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation als einziger Nicht-EU-Mitgliedstaat gibt dem Aktionsplan eine besondere politische Bedeutung.

Mit der Verabschiedung der EU-Ostseestrategie hat die Umsetzung des HELCOM Ostseeaktionsplans einen zusätzlichen Schub bekommen. Die Umsetzung des Plans ist Bestandteil des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie.

Im **Mai 2010** fand in Moskau eine **Ministerkonferenz** statt, auf der die Umweltminister oder andere hochrangige Regierungsvertreter der zehn Ostseeanrainerstaaten, Repräsentanten aus Weißrussland und der Ukraine sowie zahlreicher staatlicher und nicht staatlicher Organisationen über die Umsetzungsfortschritte des Aktionsplans und den weiteren Handlungsbedarf diskutierten. Die Ergebnisse wurden in einer **Ministererklärung** festgehalten, die politische Grundlage für die HELCOM-Vertragsstaaten bis zur nächsten Ministerkonferenz sein wird. Kernelement der Ministerkonferenz war neben der Ministererklärung die Verabschiedung des aktuellen **HELCOM Zustandsbericht der Ostsee** ("Ecosystem Health of the Baltic Sea - HELCOM Initial Holistic Assessment")², der als regionaler Beitrag zur Anfangsbewertung nach EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie angelegt ist. Die nächste HELCOM-Ministerkonferenz ist für den Herbst 2013 geplant.

Im **Juli 2010** hat **Schweden** für zwei Jahre den **HELCOM-Vorsitz** von Russland übernommen.

¹ Im Internet: www.helcom.fi/BSAP/ActionPlan/en_GB/ActionPlan

² Dokumente im Internet: www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/WasserMeer/07_KuestengewMeere/04_HELCOM/ein_node.html

2. Nutzung von Politik- und Finanzierungsinstrumenten der EU

Die Regionalpolitik der Europäischen Union verfolgt das Ziel den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken. Die Landesregierung nimmt im Rahmen ihrer Europa- und Ostseepolitik Einfluss auf die Ausgestaltung der Instrumente und nutzt diese für die Umsetzung ihrer ostseepolitischen Ziele.

2.1. Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie

Die vom Europäischen Rat im Oktober 2009 beschlossene EU-Ostseestrategie und der begleitende **Aktionsplan**¹ liefern eine auf die spezifischen Chancen und Herausforderungen der Region zugeschnittene Politik für die Ostseeregion.

Die EU-Ostseestrategie ist die erste sog. **makroregionale Strategie** der EU, ein neues Instrument der Regionalpolitik, das die EU zunächst exemplarisch im Ostsee- und Donauraum erprobt. Dieses Politikmodell beinhaltet eine spezifisch auf die Chancen und Herausforderungen der jeweiligen Großregion zugeschnittene Politik, in deren Entwicklung und Umsetzung Interessenvertreter der Region eingebunden werden.

Der Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie definiert vier **übergeordnete Ziele**:

- Entwicklung des Ostseeraums zu einer ökologisch nachhaltigen Region
- Entwicklung des Ostseeraums zu einer wohlhabenden Region
- Entwicklung des Ostseeraums zu einer zugänglichen und attraktiven Region
- Entwicklung des Ostseeraums zu einer sicheren Region.

Den vier übergeordneten Zielen sind insgesamt 15 **prioritäre Handlungsfelder** zugeordnet, denen in der im Dezember 2010 überarbeiteten Fassung des Aktionsplans 92 sog. **Flaggschiffprojekte** sowie 75 **Aktionen** zur Umsetzung zugeordnet sind. Für die Koordinierung der Umsetzung der 15 Prioritätenfelder sind i. d. R. einzelne Mitgliedstaaten verantwortlich. Einzig die Koordinierung der Priorität 12 (Erhaltung und Ausbau der Attraktivität des Ostseeraums, insbesondere durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Jugend, Tourismus, Kultur und Gesundheit) teilen sich die Länder Hamburg (Teilpriorität Bildung und Jugend), Mecklenburg-Vorpommern (Teilpriorität Tourismus) und die Gesundheitspartnerschaft der Nördlichen Dimension² (Gesundheit).

¹ Dokumente im Internet: ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/baltic/index_en.cfm

² Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being (NDPHS). Homepage: www.ndphs.org

Die EU-Kommission überwacht die Umsetzung der EU-Ostseestrategie auf Grundlage von Berichtspflichten der **Koordinatoren** der 15 Prioritäten. Weitere Aufgabe der EU-Kommission ist die regelmäßige Anpassung des Aktionsplans in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten. Es finden regelmäßige Treffen zu Umsetzungsfortschritten und möglichen Hindernissen im Rahmen einer **High Level Group** aus Mitarbeitern der EU-Kommission und Beamten der Mitgliedstaaten statt. Änderungen des Aktionsplans bedürfen der Zustimmung des Europäischen Rates.

Interessenvertreter der Region werden im Rahmen eines jährlichen Stakeholder-Treffens (Annual Forum) einbezogen. Das **Annual Forum 2010** fand im Oktober in Verbindung mit der Jahreskonferenz des Netzwerks der Ostseeregionen BSSSC in Tallinn statt, das **Annual Forum 2011** ebenfalls im Oktober in Verbindung mit dem Gipfeltreffen des Baltic Development Forums¹ in Danzig. Ein Vertreter der Staatskanzlei war auf Wunsch der EU-Kommission in beiden Jahren als Redner zu meerespolitischen Themen im Programm vertreten.

Im Rahmen der BSSSC-Jahreskonferenz im Oktober 2011 in Stettin hat die Staatskanzlei einen **Workshop zu Fragen der zukünftigen Finanzierung der Ostseezusammenarbeit/Ostseestrategie** organisiert.

Für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie gilt die Regel der „**3 Neins**“: kein frisches Geld, keine neue Gesetzgebung, keine neuen Institutionen. Eine eigene Haushaltslinie zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie ist nicht vorgesehen. Vielmehr sollen die in die Region fließenden europäischen Kohäsions- und Strukturfondsmittel für die Umsetzung genutzt werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments wurden in 2011 20 Mio. Euro ENPI-Mittel² für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten sowie 2,5 Mio. € an Technischer Hilfe zur Unterstützung der Koordinatoren der Prioritäten bereitgestellt.

Schönheitsfehler der EU-Ostseestrategie ist die nicht rechtzeitig erfolgte Einbeziehung Russlands und Norwegens, der einzigen Nicht-EU-Staaten der Ostseeregion, während der Erarbeitungsphase. Die Landesregierung hatte sich, ebenso wie die meisten Ostseeorganisationen und Anrainerregionen und –staaten und auch die Bundesregierung, bereits im Konsultationsprozess für eine adäquate Einbindung dieser Staaten ausgesprochen. Inzwischen gibt es einen Dialog zwischen EU-Kommission und Russischer Föderation über Kooperationsmöglichkeiten. Die deutsche Ost-

¹ Das Baltic Development Forum ist ein Netzwerk aus Organisationen, Unternehmen und Institutionen aus Wirtschaft und Politik im Ostseeraum, das ein jährliches Gipfeltreffen (BDF Summit) mit mehreren Hundert Teilnehmern veranstaltet. Homepage: www.bdforum.org

² ENPI (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument): Finanzierungsinstrument für die Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarstaaten

seeratspräsidentschaft bemüht sich um eine Einbeziehung Russlands in die Umsetzung der Ostseestrategie über den Ostseerat.

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union hat am 15. November 2011 auf Grundlage des **Umsetzungsberichts der EU-Kommission vom Juni 2011**¹ in seinen **Ratsschlussfolgerungen** die EU-Ostseestrategie als politischen Rahmen zur Adressierung gemeinsamer Herausforderungen und ihres Beitrags zum ökonomischen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Region gewürdigt und gleichzeitig die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre politische Unterstützung für die Umsetzung der Strategie zu verstärken und bestehende Finanzierungsquellen in der Region besser mit den Zielen der EU-Ostseestrategie in Übereinstimmung zu bringen. Die EU-Kommission wurde aufgefordert, Anfang 2012 **Ziele und Indikatoren** zur Überprüfung der Strategie vorzulegen. Ebenfalls unter dänischer EU-Ratspräsidentschaft, in der **ersten Hälfte 2012**, soll die erste **umfassende Überprüfung der EU-Ostseestrategie** erfolgen. Anschließend soll ein überarbeiteter Aktionsplan vorgelegt werden.

Die Staatskanzlei engagiert sich im Rahmen der EU-Ostseestrategie schwerpunktmäßig für die

- regionale Umsetzung der Integrierten Meerespolitik – Kernanliegen ist hier die Weiterentwicklung der Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas mit dem Schwerpunkt „Clean Baltic Shipping“ (Saubere Ostseeschifffahrt) – sowie
- die Stärkung der regionalen Identität.

Wesentliches Instrument zur Umsetzung dieser Ziele ist die Zusammenarbeit in den Gremien der Ostseezusammenarbeit. Über die Mitgliedschaft im Vorstand des Netzwerks der Ostseeorganisationen BSSSC war es gelungen, für die **Initiative „Clean Baltic Shipping“**² nicht nur die Unterstützung von BSSSC, sondern darüber hinaus von sechs weiteren Ostseeorganisationen zu gewinnen. Darüber hinaus haben sich auch das Parlamentsforum Südliche Ostsee, der Deutsche Bundestag und der Ausschuss der Regionen der EU in ihren Beschlüssen zur EU-Ostseestrategie für das Projekt „Clean Baltic Shipping“ ausgesprochen. Dieses Vorgehen hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Anliegen von der EU-Kommission vollumfänglich in den Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie aufgenommen wurde.

Zur Unterstützung der Umsetzung hat die Staatskanzlei die Entwicklung des **INTER-REG-Projekts „Clean Baltic Sea Shipping“** (*CleanShip*) unterstützt. Sie engagiert

¹ Dokumente im Internet unter: ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/baltic/index_en.cfm

² Mehr zur Initiative Clean Baltic Shipping ab Seite 67

sich im Politischen Begleitausschuss des Projekts. Näheres zum Projekt CleanShip ab Seite 67.

Die Staatskanzlei hat die Entwicklung des „**Ostseegeschichtsprojekts**“ der Academia Baltica¹ unterstützt und sich für die Aufnahme des Projekts in die EU-Ostsee-strategie eingesetzt. Auch dieses Vorhaben wird von BSSSC, Parlamentsforum Südliche Ostsee, Deutschem Bundestag und darüber hinaus dem Bundesrat in Beiträgen und Beschlüssen zur EU-Ostseestrategie unterstützt.

Mit dem Projekt, das die Mitwirkung insbesondere von Studierenden und anderen jungen Erwachsenen aus dem gesamten Ostseeraum vorsieht, soll über die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen, aber unterschiedlich erlebten Geschichte ein Beitrag zur Stärkung der kulturellen und historischen Identität in der Ostseeregion geleistet werden. Das Projekt ist dazu geeignet, unterschwellig vorhandene Vorbehalte und Hemmnisse für Handel und Zusammenarbeit im Ostseeraum zu reduzieren. Geschichte und der Streit um ihre Interpretation haben ebenso wie unterschiedliche kulturelle Prägungen große Relevanz in der Gegenwart und beeinflussen nicht selten politische Entscheidungsprozesse. Bis heute tragen historische Ereignisse und kulturelle Unterschiede im Ostseeraum dazu bei, dass das Kooperationspotenzial im Ostseeraum nicht voll ausgeschöpft werden kann.

Das Ostseegeschichtsprojekt wird von Staatskanzlei, Auswärtigem Amt und dem Staatsminister für Kultur und Medien der Bundesregierung unterstützt.

Ein Förderantrag beim EU-Kulturprogramm wurde im Februar 2012 positiv beschieden. Die Europäische Kommission wird das Ostseegeschichtsprojekt aus dem EU-Kulturprogramm mit bis zu 134 000 Euro fördern. Die Staatskanzlei hatte die Antragstellung unterstützt und finanziell gefördert.

Auch diese Initiative der Landesregierung hat ihren Niederschlag im Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie gefunden: Das Ostseegeschichtsbuch ist im Aktionsplan zur Ostseestrategie als horizontales Projekt zur Bildung einer regionalen Identität aufgeführt.

Die Themen Kultur und regionale Identität kommen in der derzeitigen Fassung des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie aus Sicht der Landesregierung zu kurz. Kultur ist Teil der „Priorität 12 Erhaltung und Ausbau der Attraktivität des Ostseeraums, insbesondere durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Jugend, Tourismus, Kultur und Gesundheit“, wird aber nicht mit Projekten oder Aktionen unterfüttert. In Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung und Kultur und in Zusammenarbeit mit

¹ Ostsee-Bildungseinrichtung mit Sitz in Lübeck; Homepage: www.academiabaltica.de

Vorsitz und Sekretariat von ARS BALTICA¹ ist die Staatskanzlei im Gespräch mit der EU-Kommission, wie diese Situation verbessert werden kann. Ein konkreter Vorschlag zur **Verankerung der Themen Kultur und regionale Identität im Aktionsplan** und für konkrete Projekte und Aktionen zur Umsetzung wird derzeit (Redaktionsschluss) innerhalb der EU-Kommission erörtert. Das Auswärtige Amt unterstützt die Initiative der Landesregierung.

Die **Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans**² ist zum einen wesentlicher Bestandteil der EU-Ostseestrategie und zum anderen der erste regionale Ansatz zur Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie im Ostseeraum. Das Umweltministerium beteiligt sich an der Umsetzung auf nationaler Ebene im Rahmen des Bund-/Länder-Messprogramms, des Lenkungsausschusses Expertengruppe Meer sowie im Bund-/Länderausschuss Nord- und Ostsee und auf internationaler Ebenen in relevanten Gremien der EU und der regionalen Meeresübereinkommen. Die nationalen und zum Teil auch die internationalen Organisationsstrukturen befinden sich derzeit in der Revision, um sie stärker auf die Anforderungen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und deren Umsetzung auszurichten.

Angesichts der Aussage der EU-Kommission, keine zusätzlichen Finanzmittel zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie vorzusehen, hat sich die Landesregierung erfolgreich über ihren Vorsitz im Deutschen Ausschuss und ihren Sitz im internationalen Monitoring Committee (Begleitausschuss) des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee) für eine enge **Verzahnung des EU-Ostseeprogramms mit der EU-Ostseestrategie** eingesetzt. Das Programmvolumen beträgt in der Haushaltsperiode 2007 – 2013 rd. 300 Mio. Euro. Seit der dritten Ausschreibungsrunde wurden Projekte mit einem Flaggschiffstatus bei gleicher Qualität gegenüber „gewöhnlichen“ Projekten bevorzugt bewilligt. Für dieses Vorgehen bei der Projektauswahl hatte sich die Landesregierung in den Gremien auch gegen den Widerstand bei Bund und Ländern mit Nachdruck ausgesprochen. Näheres zum Beitrag des EU-Ostseeprogramms zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie ab Seite 25.

Auch die INTERREG A-Programme leisten ihren Beitrag zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Näheres hierzu ab Seite 42.

Darüber hinaus unterstützt das Wirtschaftsministerium im Rahmen des **schleswig-holsteinischen EFRE-Programmes** ebenfalls aktiv die Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Näheres zum Beitrag des OP EFRE ab Seite 30.

¹ Zu ARS BALTICA ab Seite 57

² Vgl. Seite 15 f.

Im Oktober 2011 hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für die zukünftigen Verordnungen zur Strukturfondsförderung 2014-2020 vorgestellt. Im Hinblick auf die zukünftige Umsetzung der EU-Ostseestrategie hat die EU-Kommission darin die erforderlichen Weichen für die **Verknüpfung der bestehenden makroregionalen Strategien mit den INTERREG-Programmen und den Mainstream-Programmen des EFRE, des ESF und des ELER gestellt**. Der Ball liegt für die neue Förderperiode nun bei den Mitgliedstaaten, die bei der Aufstellung der neuen Programme die für ihren Raum politisch vereinbarten makroregionalen Strategien nun auch entsprechend berücksichtigen müssen. Die Landesregierung wird sich dabei auch weiterhin für eine Nutzung der transnationalen und regionalen Strukturfondsprogramme für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie einsetzen.

2.2. Mitgestaltung und Nutzung des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee)

Die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee) ist wichtiger Bestandteil der Kohäsionspolitik und wertvolles Instrument der projektbezogenen Ostseezusammenarbeit. Die INTERREG-Förderprogramme sind zentrale Instrumente zur Umsetzung der Ziele der Landesregierung im Bereich der Ostseekooperation. Im EU-Ostseeprogramm steht für den Förderzeitraum 2007 - 2013 ein Programmvolumen von ca. 300 Mio. € für Projekte zur Verfügung. 208 Mio. € sind europäische Strukturfondsmittel, 6 Mio. € steuert Norwegen aus staatlichen Mitteln bei, der Rest sind Kofinanzierungsmittel der Projektpartner.

Das EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013 zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums durch Förderung von Innovation, besserer Erreichbarkeit, nachhaltiger Entwicklung und Verringerung des West-Ost-Gefälles zu stärken. Im Ostseeraum spielen nach wie vor der Transfer von administrativen und marktwirtschaftlichen Komponenten in die neuen EU-Mitgliedstaaten sowie eine Fokussierung auf kleine und mittelständische Unternehmen eine bedeutende Rolle.

Förderprioritäten und Programmrahmen

Priorität 1: Innovationsförderung

Steigerung der Innovationskapazität, Erleichterung des transnationalen Technologietransfers, Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz für Innovationen, Clusterbildung.

Priorität 2: Externe und interne Erreichbarkeit

Transport, Informations- und Kommunikationstechnologien, Schaffung von strategischen Entwicklungszonen.

Priorität 3: Management der Ostsee als gemeinsame Ressource

Wirtschaftliches Management von Meeresgebieten, nachhaltige Nutzung und Schutz von Meeresressourcen, Wassermanagement, Klimawandel, Integriertes Küstenzonenmanagement.

Priorität 4: Förderung attraktiver und wettbewerbsfähiger Städte und Regionen

Stärkung von Metropolregionen, Städten und Stadtregionen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, integrierte Entwicklung des Ostseeraums und ihres sozio-ökonomischen und räumlichen Zusammenhalts.

Das **Programmgebiet** umfasst die Staatsgebiete oder Teilgebiete der EU-Mitgliedstaaten Deutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Niedersachsen), Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie der Nachbarstaaten Norwegen und Belarus. Die Förderquote für Projekte beträgt bis zu 75 % in Deutschland, 85 % in den baltischen Staaten und Polen sowie 90 % in Belarus.

Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)¹ war zu Beginn der Förderperiode mit 20,3 Mio. € für die **Beteiligung von Partnern aus dem gesamten nordwestrussischen Gebiet sowie Belarus** am EU-Ostseeprogramm ausgestattet. Leider hat lediglich Belarus das Finanzierungsabkommen unterzeichnet, sodass die Mittel in diesem Förderzeitraum nur für Belarus zur Verfügung standen. Insgesamt wurden bisher 7,2 Mio. € ENPI-Mittel für belarussische Projektpartner gebunden und das Budget für Projektaktivitäten ist somit für diese Förderperiode ausgeschöpft. Wegen des geringen Mittelabflusses hat die EU-Kommission das Budget in 2011 auf 8,8 Mio. € (inklusive Technischer Hilfe) gekürzt. Es gibt zwar eine rege Beteiligung von insgesamt 51 belarussischen Partnern, die Mittel werden jedoch nur sehr schleppend abgerufen und es kam somit zu einer automatischen Mittelaufhebung durch die EU-Kommission. In acht Projekten arbeiten Partner aus Schleswig-Holstein mit Belarus zusammen.

Die Einbindung Russlands in die Projekte des EU-Ostseeprogramms ist erfreulicherweise trotz fehlender EU-Mittel dennoch gut gelungen. Häufig sind die Projekte selbst aktiv geworden, um die finanziellen Lücken für die Projektaktivitäten russischer Partner aus anderen Quellen zu schließen. Besonders die Projekte, die zu Beginn der Förderperiode noch unter der Annahme von Fördermöglichkeiten aus ENPI-

¹ Finanzierungsinstrument der EU für die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Mitteln ihre Aktivitäten geplant hatten, sind zumeist auch anderswo fündig geworden. In fünf Projekten mit schleswig-holsteinischer Beteiligung sind russische Partner eingebunden. Bei weiteren Projekten erfolgt die Zusammenarbeit häufig auch informell.

Die Programmverantwortlichen sehen das Fehlen der ENPI-Mittel für Russland trotz der erfreulichen Hilfskonstruktionen, derer sich die Projekte bedient haben, als ein großes Manko für das Programm an. Nicht nur stellt es einen Rückschritt zur vorherigen Förderperiode dar, in der TACIS-Mittel¹ für Russland bereit standen, sondern es ist auch insgesamt für die Zusammenarbeit im Ostseeraum, auch vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Ostseestrategie, nicht förderlich, wenn eine zentrale, integrative Finanzierungsmöglichkeit im transnationalen Bereich nicht zur Verfügung steht. Von daher ist es erklärtes politisches Ziel, Mittel für Russland erneut für die nächste Förderperiode mit in das neue Ostseeprogramm ab 2014 zu integrieren.

Die Förderperiode des EU-Ostseeprogramms 2007 - 2013 neigt sich dem Ende zu: Zu Redaktionsschluss wurden in insgesamt vier Ausschreibungsrunden 80 Projekte mit einem EFRE-Volumen von rund 202,8 Mio. € bewilligt, 56 Projekte laufen noch und 24 sind bereits beendet. Bei 18 Projekten der Förderperiode sind **Partner aus Schleswig-Holstein** mit einem EFRE-Volumen von insgesamt 5,8 Mio. € beteiligt. Die Partnerstruktur ist von hoher Diversität geprägt und reicht von Kommunen und Hochschulen über Wirtschaftsförderungseinrichtungen bis hin zu ehrenamtlichen Trägern und Nichtregierungsorganisationen. In der Verteilung der Projektpartner unter den Mitgliedstaaten liegt Deutschland mit 33 Leadpartnerschaften weit vor Schweden mit 18 und Finnland mit 14.

Zu Redaktionsschluss ist für die Vergabe der verbleibenden Mittel von rd. 4,8 Mio. € die **fünfte Ausschreibungsrunde** geöffnet, die im März 2012 geschlossen wurde. Thematisch ist diese Ausschreibungsrunde sehr eingegrenzt, und zwar auf Projektvorschläge, die sich mit der Markenbildung für die Ostseeregion (Branding) und der Entwicklung einer gemeinsamen Identität sowie mit dem Einsatz einer Mehrebenenverflechtung (regionale Ebene, nationale Ebene, NGO etc.) zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie befassen. An verschiedenen Projektideen sind Partner aus Schleswig-Holstein beteiligt. Über die bis Ende März vorgelegten Projekte wird der Begleitausschuss im Juni 2012 entscheiden. Es ist davon auszugehen, dass die Mittel nach dieser Ausschreibung ausgeschöpft sein werden. Gegebenenfalls werden über Rückflüsse aus den Projekten noch **Fortsetzungsprojekte** im Rahmen einer sog. „**Extension Stage**“ (Ausbaustufe) gefördert.

¹ TACIS (Technical Aid to the Commonwealth of Independent States): früheres EU-Programm, das die Zusammenarbeit der EU mit osteuropäischen Drittstaaten gefördert hat

Neben den regulären Projekten des Programms wurden im Rahmen der vierten Ausschreibungsrunde erstmals Fortsetzungsprojekte im Rahmen der sog. „Extension Stage“ genehmigt. Bereits genehmigte Projekte bekommen die Möglichkeit, die im Rahmen ihrer Projekte entwickelten investiven Maßnahmen umzusetzen. Insgesamt wurden bisher drei Fortsetzungsprojekte genehmigt.

Neu im Rahmen der Programmarbeit ist die Einsetzung von **Projektclustern**. Hier wird Projekten die Chance gegeben, sich mit thematisch verwandten Projekten zu vernetzen und auszutauschen. Hierfür wird in einem schlanken Ausschreibungsverfahren die Leadpartnerschaft für ein Cluster ermittelt; das Projektcluster wird mit maximal rd. 100 T€ für einen Zeitraum von einem Jahr gefördert. Im Berichtszeitraum wurde ein „Testcluster“ zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien genehmigt. Es hat seine Arbeit im Herbst 2011 aufgenommen. Weitere Clusteraktivitäten im Bereich Multimodaler Transportkorridore, Schutz der Ostsee sowie Instrumente zur Unterstützung von KMU sind bereits angeschoben worden. Schleswig-holsteinische Partner sind in verschiedenen Clustern vertreten.

Des Weiteren wurde im Dezember **2010** in Jyväskylä, Finnland, eine **Programm-Konferenz** durchgeführt. Die Konferenz (Titel: „The power of the Baltic Sea macro-region“) hat ca. 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen sowie Projektentwickler und -partner und andere Interessenvertreter zusammengebracht, um über laufende und zukünftige Projekte und die Zukunft des EU-Ostseeprogramms zu diskutieren.

Beitrag zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie

Vergleicht man Programmziel und Förderprioritäten des EU-Ostseeprogramms mit den Zielen und Prioritäten der EU-Ostseestrategie, so ergeben sich hohe inhaltliche Übereinstimmungen. Das Zusammenwirken dieser beiden Instrumente ist dazu geeignet, Synergieeffekte zu erzeugen, die der nachhaltigen Entwicklung der Region zu Gute kommen werden. Eine Ausrichtung neuer Projektvorschläge auch an den Zielen der EU-Ostseestrategie ist im Sinne einer effektiven Verwendung europäischer Mittel zu begrüßen.

Das EU-Ostseeprogramm hat sich frühzeitig auf die EU-Ostseestrategie eingestellt. Seit der dritten Ausschreibungsrunde im Januar 2010 wurde Projekten der Vorzug gegeben, die der Umsetzung der EU-Ostseestrategie dienen. Das Ostseeprogramm hat 2010 eine führende Rolle bei der Anschubfinanzierung der EU-Ostseestrategie gespielt. Als einziges transnationales Förderinstrument im Ostseeraum bot das Programm eine attraktive Lösung für Projektträger, die ersten Schritte der Zusammenar-

beit aus einer Hand fördern zu lassen. Das Programm konnte so den Grundstein für zukünftige transnationale Investitionsvorhaben legen.

14 Flaggschiffprojekte der EU-Ostseestrategie werden mit Hilfe von Projekten, die über das EU-Ostseeprogramm gefördert werden, umgesetzt. Der EFRE-Anteil der geförderten Flaggschiffprojekte liegt bei 41,6 Mio. €, das sind bereits 20 % der Programmmittel. Weitere 23 Projekte leisten einen Beitrag zur Umsetzung von Flaggschiffprojekten, hier liegt der EFRE-Anteil bei 56,3 Mio. €, und das macht 27 % der Programmmittel aus. Weitere vier Projekte tragen in anderer Form zur Umsetzung der Ostseestrategie bei, der EFRE-Anteil liegt hier bei 9,7 Mio. € und bindet noch einmal 5 % der Programmmittel.

Das heißt, ca. 52 %, also gut die Hälfte der Programmmittel, werden für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie verwendet. Schleswig-holsteinische Partner sind an zwei Flaggschiffprojekten beteiligt: am Projekt Baltic Sea Labour Network¹ (Arbeitsmarktpolitik) und als Leadpartner am Projekt ICT for Health² sowie an sieben Projekten, die einen Beitrag zur Umsetzung von Flaggschiffprojekten leisten.

Mitwirkung in den Programmgeräten

Die Entscheidungen über Projektbewilligungen werden im **Begleitausschuss** des Programms (Monitoring Committee) gefällt, in dem die Landesregierung als Vertreterin der deutschen Bundesländer neben Vertreterinnen und Vertretern vom Bund, den anderen EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Belarus sowie der EU-Kommission über Entscheidungsbefugnis verfügt. Das Mandat hierzu erteilt der **Deutsche Ausschuss** des Programms, in dem die Landesregierung den ständigen Vorsitz innehat. Diese zentrale Rolle im Gefüge der Programmgeräten verleiht dem Land Gestaltungsspielraum sowie ein hohes Maß an Verantwortung. Der Begleitausschuss hat eine **Task Force Strategische Programmentwicklung** und eine **Task Force Rechtliche Programmentwicklung** eingerichtet. Schleswig-Holstein engagiert sich in beiden Geräten.

Die Landesregierung übernimmt darüber hinaus einen erheblichen Teil der Verantwortung bei der Umsetzung des Programms: Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist (zum dritten Mal in Folge nach 1997 und 2000) von den Ostseeanrainerstaaten mit den Funktionen der **Verwaltungsbehörde** und der **Bescheinigenden Stelle** betraut worden. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr nimmt für den Förderzeitraum 2007 - 2013 die Aufgaben der nationalen und der

¹ Homepage: www.bslabour.net

² Mehr zum Projekt ICT for Health ab Seite 131

transnationalen **Prüfbehörde** des Programms wahr. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist daneben **Trägerin des Programmsekretariats** mit Standort in Rostock.

Die Vorbereitung der nächsten Strukturfonds-Förderperiode ab 2014 ist bereits angefallen. Schleswig-Holstein beteiligt sich in den relevanten Gremien (**Programmkomitee**) an Gesprächen und wirkt so auch aktiv an der Ausgestaltung des neuen Programms für den Ostseeraum mit, das wahrscheinlich in Zukunft noch stärker in den Zusammenhang der EU-Ostseestrategie gestellt werden wird. Der Zeitplan für die Programmierung des neuen Ostseeprogramms sieht eine Fertigstellung und Einreichung des Programms bei der EU-Kommission in der zweiten Jahreshälfte 2013 vor.

Evaluierung

2010 haben die Programmkomitees eine externe Evaluierung zu ausgewählten strategischen Themen in Auftrag gegeben. Analysiert wurden der Beitrag des Programms zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie, die Wirkung des Programms in der Region, Überschneidungen mit anderen Programmen und weitere Aspekte. Den **Endbericht**¹ hat der Begleitausschuss im Juni 2011 angenommen.

Die Ergebnisse dieser umfangreichen Evaluierung wurden ausführlich von den Vertreterinnen und Vertretern der elf am Programm beteiligten Länder, des Programmsekretariats und der Verwaltungsbehörde diskutiert. Geringe Anpassungen wurden im laufenden Programm vorgenommen. Insbesondere werden die Empfehlungen der Evaluatoren jedoch für die zukünftige Programm-Periode von Relevanz sein.

Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner

Die Projekte, in denen sich schleswig-holsteinische Partner engagieren, umfassen ein breites Spektrum, u. a. die Themen Integriertes Küstenzonenmanagement, Clusterentwicklung (Ernährung, Maritime Wirtschaft), Arbeitsmarktpolitik, Energie, Gesundheit, demographischer Wandel, Umwelt und Tourismus:

Als Fortführung des Projektes „E-Health for Regions“, das im INTERREG III B-Ostseeprogramm erfolgreich durchgeführt wurde und ein elektronisches Netzwerk im Bereich des Gesundheitswesens aufgebaut hat, wurde in der zweiten Ausschreibungsrunde das Projekt **ICT for Health**² bewilligt. Leadpartner ist die Fachhochschule Flensburg. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, ostseeweit in Bevölkerung und Fachwelt Kapazitäten und Akzeptanz für eine vermehrte Anwendung von eHealth-Technologien bei Patienten mit chronischen Erkrankungen in den Bereichen

¹ Evaluierungsbericht im Internet über: eu.baltic.net/Programme_document.98.html

² S. auch Seite 131 f.

Vorsorge und Behandlung zu schaffen. ICT for Health ist ein Flaggschiffprojekt der EU-Ostseestrategie.

Als inhaltliche Ergänzung des Projekts ICT for Health wurde im September 2011 das Projekt **Prim Care IT** genehmigt, bei dem es um verbesserte Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten für medizinisches Personal im ländlichen Raum geht – auch hier mit Hilfe von elektronischen Medien. Auch dieses Projekt ist in die Umsetzung der EU-Ostseestrategie eingebunden und beugt der für die Ostseeregion sehr relevanten Problematik der Isolation von Berufsgruppen in dünn besiedelten Regionen vor.

Von der Landesregierung sehr unterstützt und politisch begleitet wird das Projekt **Clean Baltic Sea Shipping (CleanShip)**¹, in dem es um die koordinierte Reduktion von Emissionen aus der Schifffahrt geht. CleanShip trägt ebenfalls zur Umsetzung eines Flaggschiffprojekts der EU-Ostseestrategie bei und setzt mit den Stadtwerken Lübeck als Partner die erfolgreiche Arbeit des INTERREG III B-Projekts **New Hansa** fort.

Für die schleswig-holsteinische maritime Wirtschaft ist das Projekt **Submariner** von großer Bedeutung. Es hat die nachhaltige Nutzung der Ostseeressourcen zum Ziel. Schwerpunkte liegen insbesondere in den Bereichen Anbau und Verwendung von Algen, Nutzung maritimer Wirkstoffe für Medizin, Kosmetik und Lebensmittel. Die Entwicklung umweltverträglicher Aqua- und Marikulturanlagen (z. B. für die Zucht von Algen, Muscheln, Fischen oder Schilf) soll im Abgleich von „best practice“-Beispielen entwickelt und optimiert werden. Als Partner beteiligen sich die Norgenta² (Zweigstelle Kiel) und das Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung mit dem Kieler Wirkstoffzentrum (KIWIZ) an dem Projekt.

Die Förderung von KMU steht im Mittelpunkt der Projekte **StarDust**, **TechNet Nano** und **Science Link**. StarDust ist ein übergreifendes Projekt, in dem diverse Clustersätze und Maßnahmen der Innovationsförderung im gesamten Ostseeraum gebündelt und aufeinander abgestimmt werden sollen. TechNet Nano und Science Link möchten insbesondere KMU den Zutritt zu den für die jeweilige Branche relevanten Forschungseinrichtungen gewähren, um den Technologietransfer auch in die kleineren Unternehmen des Ostseeraums besser zu ermöglichen.

Ein Wegbereiter für neue Branchen im Rahmen der INTERREG-Förderung ist das Projekt **First Motion** unter Federführung der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein, das zum Ziel hat, die Rahmenbedingungen und das Kooperationspotenzial für Innovation im Bereich Kreativer Industrien/Audiovisueller Medien u. a. durch die

¹ Näheres zum Projekt CleanShip ab Seite 67

² Norgenta ist die Projekt- und Servicegesellschaft der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zur Unterstützung der Life Science Aktivitäten in Norddeutschland.

Errichtung einer B2B und B2C Plattform (elektronische/virtuelle Handelsplattformen) im Ostseeraum zu verbessern.

Einen besonderen Status im Rahmen der Erreichung der Programmziele erhalten sog. **Strategische Projekte**, die der Begleitausschuss als solche deklariert und auswählt. Schleswig-Holstein ist neben dem Projekt **CleanShip**¹ an zwei weiteren Strategischen Projekten beteiligt: als Leadpartner an dem Projekt **Best Agers** mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, hier geht es um die Mobilisierung von Menschen über 55 Jahren für den gezielten Einsatz in Gesellschaft und Wirtschaft als Wissens- und Leistungsträger, und als Projektpartner in dem Projekt **Baltic COMPASS** mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, das den Aufbau eines Dialogs zwischen umwelt- und agrarwirtschaftlichen Akteuren und die Entwicklung von Modelllösungen zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee durch die Agrarwirtschaft zum Ziel hat.

Des Weiteren sind Partner aus Schleswig-Holstein an den Projekten PURE, Aquabest, Cool Bricks und AGORA 2.0 beteiligt. Bereits abgeschlossen sind die Projekte Baltic Sea Labour Network, BaltFood, Baltic Green Belt und Urb.Energy. Alle beendeteten Projekte haben sich nachhaltig aufgestellt: so z. B. werden die Ergebnisse von Baltic Sea Labour Network in einem permanent beim Ostseerat eingerichteten „Baltic Sea Labour Forum“ weiter vertieft und verbreitet.

Eine vollständige Liste aller Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung mit Auflistung der beteiligten schleswig-holsteinischen Partner und Kurzbeschreibung der Projekte ist dem Bericht beigefügt (Anhang 1).

Die bisherige Bilanz für die Partizipation schleswig-holsteinischer Akteure an Projekten des EU-Ostseeprogramms fällt positiv aus. Sowohl thematisch als auch von den Institutionen her ist eine breite Beteiligung zu verzeichnen. Dies liegt zum einen sicherlich an der zunehmenden Vertrautheit mit dem Förderinstrument, zum anderen aber auch an der kontinuierlichen Informationspolitik und Beratung zum Programm und den Antragserfordernissen. Neben der regelmäßigen Distribution von Informationen (z. B. **INTERREG-Newsletter**, Eurobrief, Homepage) an die interessierte Fachöffentlichkeit wurde im Rahmen von zwei landesweiten **Informationsveranstaltungen** der Landesregierung im **November 2010** und **November 2011** im Kieler Landeshaus Gelegenheit geboten, Projekte zu präsentieren, sich über neueste Entwicklungen zu informieren und weitere Partner für gemeinsame Vorhaben im Land zu suchen.

¹ Mehr zum Projekt CleanShip ab Seite 67

2.3. Nutzung der EU-Strukturfondsförderung

EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Die EU-Strukturfondsförderung im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (**Operationelles Programm EFRE Schleswig-Holstein 2007 - 2013**) in Schleswig-Holstein trägt zur Unterstützung der EU-Strategie für den Ostseeraum bei.

Die verschiedenen Maßnahmen und Projekte des Aktionsplans, der die Strategie begleitet, stimmen in vielen Bereichen mit den Zielen des OP EFRE überein. Dies kommt in der Kofinanzierung wichtiger Vorhaben mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zum Ausdruck (so ist das „Maritime Cluster Schleswig-Holstein“, das Beratungs- und Dienstleistungsinfrastrukturen für kleine und mittlere maritim orientierte Unternehmen unterstützt, von der EU-Kommission als best-practice-Beispiel veröffentlicht worden)¹.

Das OP EFRE wird unter dem Dach des **Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW)** abgewickelt. Das ZPW verfügt in den Jahren 2007 - 2013 über ein geplantes Fördermittelvolumen in Höhe von 703,8 Mio. €, das sich aus Mitteln des EFRE (= 374 Mio. €), Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW = 208 Mio. €) und ergänzenden Landesmitteln (121,8 Mio. €) zusammensetzt.

Die EU-Strategie für den Ostseeraum wird in allen vier **Prioritätsachsen** des OP EFRE berücksichtigt, sodass gute Fördermöglichkeiten für Projekte mit Bezug zum Ostseeraum und somit zur Umsetzung der Strategie bestehen:

- Prioritätsachse 1: Wissen und Innovation stärken (u. a. Investitionen in FuE Infrastrukturen und Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft).
- Prioritätsachse 2: Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und die unternehmerische Basis stärken.
- Prioritätsachse 3: Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung (u. a. präventiver Hochwasser- und Küstenschutz).
- Prioritätsachse 4: Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale (u. a. Entwicklung der Tourismuswirtschaft).

¹ Link: ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/baltic/pdf/project/germany_en.pdf

Obwohl die Förderstrategie des OP EFRE deutlich vor Verabschiedung der Ostseestrategie vorlag, leistet das EFRE-Programm relevante Beiträge zu deren Umsetzung. Im Rahmen der **Evaluierung des OP EFRE** durch einen externen Gutachter im Jahr 2010 wurde dies ausdrücklich bestätigt. Zur Halbzeit der Förderperiode konnten 59 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von rd. 95 Mio. € (davon 44,6 Mio. € EFRE-Mittel) identifiziert werden, deren Mehrwert zur Entwicklung des Ostseeraums direkt greifbar und damit konkret belegbar ist. Es wurde festgestellt, dass insbesondere Vorhaben in den Bereichen der Innovationsförderung, Infrastrukturförderung sowie Vorhaben im Umwelt-, Energie- und Tourismusbereich einen messbaren Beitrag zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie leisten. Das im Februar 2011 durchgeführte **Arbeitstreffen der EFRE-Verwaltungsbehörde mit der EU-Kommission** sowie die aktive Informationspolitik zu diesem Thema im Begleitausschuss für das OP EFRE unterstreichen das nachhaltige Interesse an der Umsetzung der Strategie.

Im Rahmen des **OP-Änderungsantrages**, der der EU-Kommission bei Redaktionsschluss zur Genehmigung vorliegt, wurde ein gesondertes Kapitel „Kohärenz der Strategie mit der EU-Strategie für den Ostseeraum“ in dem OP EFRE aufgenommen.

Ob und in welcher Form im Rahmen der Kohäsionspolitik ab 2014 verstärkt Finanzmittel in dem Operationellen Programm für die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vorgesehen werden können, ist derzeit nicht abschließend absehbar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Förderinhalte eines Operationellen Programms EFRE für die Förderperiode 2014 - 2020 weiterhin maßgeblich zur Unterstützung der Ostseestrategie beitragen werden.

ESF – Europäischer Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds hat das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung zu unterstützen und zum Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Er soll dazu beitragen, dass alle Menschen eine berufliche Perspektive erhalten. Jeder Mitgliedstaat und jede Region bzw. jedes Bundesland entwickeln dabei im Rahmen eines Operationellen Programms eine eigene Strategie.

In Schleswig-Holstein stehen für das **Zukunftsprogramm Arbeit** (Gesamtmittelausstattung rd. 288 Mio. €) für den Zeitraum 2007 - 2013 bis zu 100 Mio. € aus dem ESF zur Verfügung. Die Mittel des Zukunftsprogramms Arbeit werden eingesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten zu stärken, Perspektiven für Jugendliche am Arbeitsmarkt zu verbessern und die Chancen für Benachteiligte am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Transnationale Projekte sind ein Querschnittsthema des ESF. Mit dem Förderungsschwerpunkt „**Transnationale Vorhaben für Jugendliche**“ im Arbeitsmarktprogramm des Landes werden grenzüberschreitende Projekte gefördert, die geeignet sind, eine erweiterte berufliche Orientierung der jungen Generation auf einen neuen und größeren gemeinsamen Arbeitsmarkt zu fördern und die interkulturelle Kompetenz der Jugendlichen zu stärken (vgl. Kapitel 5.7.)

Entsprechend der EU-Ostseestrategie soll der Ostseeraum auch die Arbeitsmarktintegration und die Integration allgemein unterstützen, um eine hohe Produktivität, einen hohen Innovationsgrad und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Ein hoher Beschäftigungsgrad, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, eine gut ausgebildete und anpassungsfähige Arbeitnehmerschaft sowie ein geringer Grad an sozialer Ausgrenzung sind wichtige Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Region. Das Zukunftsprogramm Arbeit entspricht mit seinen Förderaktivitäten dieser Zielsetzung der Ostseestrategie.

3. Bildung politischer Allianzen

3.1. Präsenz im Ostseeraum

Notwendig sind die kontinuierliche Präsenz und die Pflege der politischen Kontakte des Landes im Ostseeraum. Dies wird durch Repräsentanzen im Ostseeraum und u. a. auch durch Reisen des Ministerpräsidenten, der Fachminister und Vertreter des Landtages in die Region gewährleistet.

Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum

Die **Schleswig-Holstein-Büros** im Ostseeraum (**Tallinn, Riga, Vilnius** und **Kalininград**) und die **Hanse-Offices** in **Danzig** und **St. Petersburg** unterstützen als Informations- und Vermittlungsstellen vor Ort Unternehmen, Privatleute und Projektaktuelle aus Schleswig-Holstein, die Auskünfte benötigen und Hilfestellung bei der Vermittlung von Geschäftspartnern, der Organisation von Austauschmaßnahmen oder der Suche nach Projektpartnern suchen.

Schleswig-Holstein nutzt seit 2007 das von Hamburg betriebene Hanse-Office St. Petersburg, das 2008 um die Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns erweitert wurde; im Gegenzug ist Hamburg am Hanse-Office Danzig beteiligt.

Seit Januar 2012 wird das **Hansebüro Kaliningrad / Schleswig-Holstein Informationsbüro** von der Landesregierung mit Unterstützung der IHK Gesellschaft für Pro-

jektmanagement und Wirtschaftsförderung mbH Kiel betrieben. Der Lübecker „Verein für Jugend und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland – Kaliningrad“ hat sich aus finanziellen Gründen aus dem Betrieb zurückgezogen.

Die jeweils auf drei Jahre befristete Regelung für die Unterhaltung der Schleswig-Holstein-Büros wurde vom Landtag Ende 2009 für weitere drei Jahre verlängert. Über die Tätigkeit der Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices hat die Landesregierung dem Landtag Ende 2009 Bericht erstattet.¹

Delegationsreisen

Der **Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten** (im Folgenden Europastaatssekretär) reiste im März 2010 nach Norwegen, um an der Sitzung der Gemeinsamen Kommission im Rahmen der Regionalpartnerschaft des Landes mit dem Eastern Norway County Network teilzunehmen.

Im Mai 2010 reiste der **Europastaatssekretär** nach Vilnius (Litauen), um am Baltic Development Forum und als Vertreter der norddeutschen Länder am Gipfeltreffen des Ostseerates teilzunehmen. Er nutzte die Reise für Gespräche im Gesundheitsministerium und besuchte das Schleswig-Holstein Büro in Vilnius.

Der **Europastaatssekretär** besuchte im Mai 2011 mit einer Delegation von Unternehmen aus dem Gesundheitswesen und Medizintechnikfirmen sowie Forschungseinrichtungen aus Schleswig-Holstein das Kaliningrader Gebiet. Die Delegation stellte dort ihre Produkte und Dienstleistungen vor, der Europastaatssekretär nutzte den Besuch für politische Gespräche und eröffnete die erstmalig stattfindenden deutsch-russischen Dokumentarfilmtage „Territorium Film“.

Der **Europastaatssekretär** reiste im Dezember 2011 mit einer Delegation von Unternehmen aus dem Gesundheitswesen und Medizintechnikfirmen aus Schleswig-Holstein nach St. Petersburg und im Anschluss weiter nach Moskau zur Gesundheitsmesse „Zdravoochranenije“. In Moskau wurde die Delegation vom **Ministerpräsidenten** geleitet. Die Unternehmen stellten sich und ihre Angebote vor und knüpften Kontakte zu potenziellen Geschäftspartnern. Der Ministerpräsident und der Europastaatssekretär führten begleitend Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesundheitswesen.

¹ Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum (Landtags-Drucksache 17/71)

3.2. Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern

Die norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein arbeiten im Bereich Ostseekooperation eng zusammen. Auf Grund vielfältiger gemeinsamer Interessen und um der eigenen Stimme größeres Gewicht zu verleihen, werden Positionen abgestimmt und gemeinsam vorangebracht. Zu diesem Zweck gibt es regelmäßige **Koordinierungsrunden der drei norddeutschen Länder** auf politischer und auf Arbeitsebene.

Die norddeutsche Zusammenarbeit findet auch Ausdruck in dem Ende 2007 zum **Hanse Office** der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg erweiterten früheren Schleswig-Holstein-Büro in Danzig und in der gemeinsamen Nutzung des im Oktober 2005 eröffneten Hanse-Office St. Petersburg durch Hamburg und Schleswig-Holstein sowie seit Juli 2008 auch durch Mecklenburg-Vorpommern.

Im Rahmen der Kooperation der südwestlichen Ostseeregion **STRING**¹ arbeiten Hamburg und Schleswig-Holstein an der Weiterentwicklung der gemeinsamen Metropolregion Hamburg und ihrem Zusammenwachsen mit den Wachstumsregionen Kopenhagen und Malmö.

Auch im Bereich der projektbezogenen Zusammenarbeit im Rahmen des **EU-Ostseeprogramms** findet insbesondere mit Hamburg eine Abstimmung über Projektbeteiligungsmöglichkeiten statt.

3.3. Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt

Auch zwischen norddeutschen Ländern und Auswärtigem Amt gibt es einen regelmäßigen und engen Austausch. Die norddeutschen Länder haben die Möglichkeit, ihre Interessen in die Ostseepolitik des Auswärtigen Amtes, insbesondere im Hinblick auf die Gremien des Ostseerates, einzubringen. Dies ist in der Zeit von Juli 2011 bis Juni 2012 von besonderer Bedeutung, da Deutschland in dieser Zeit den Vorsitz im Ostseerat und damit besondere Einflussmöglichkeiten hat. Traditionell wird einem Vertreter der norddeutschen Länder die Möglichkeit gegeben, als Repräsentant der norddeutschen Länder an den Treffen der Außenminister und den Gipfeltreffen der Regierungschefs teilzunehmen. Am außerordentlichen Treffen der Außenminister des Ostseerates anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Ostseerates am 5. Februar 2012 auf Schloss Plön nahm der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein teil.

¹ Zu STRING s. Seite 43 ff.

Für den Zeitraum und zur Unterstützung der deutschen Ostseeratspräsidentschaft hat die Landesregierung einen Mitarbeiter des höheren Dienstes an das Auswärtige Amt abgeordnet.

3.4. *Interessenvertretung in Brüssel*

Neben den vielfältigen Aktivitäten in Bezug auf die Ostsee, die von der Landesregierung direkt von Kiel aus koordiniert werden, kommt im Rahmen der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene dem **Hanse-Office¹ in Brüssel** - der Gemeinsamen Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein bei der Europäischen Union - eine wichtige Rolle zu. Brüssel ist der einzige Ort in der Europäischen Union, an dem die Mehrzahl der Regionen - auch die der Ostsee - eine Vertretung/ein Büro unterhalten. Darüber hinaus sind alle Regionen im **Ausschuss der Regionen (AdR)²** vertreten. Sie entsenden regelmäßig ihre Vertreter zu gemeinsamen Ausschuss- und Plenartagungen nach Brüssel. Es besteht damit auf politischer und auf administrativer Ebene die Möglichkeit, ohne großen zusätzlichen Aufwand konkrete Arbeit und Projekte zu planen und umzusetzen. Die Aktivitäten des Hanse-Office haben auch 2010 und 2011 dazu beigetragen, dass die Regionen „mit einer Stimme“ ihre Anliegen zur Ostseepolitik in Brüssel einbringen konnten. Diese Arbeit soll 2012 fortgeführt werden.

Das Hanse-Office ist seit Jahren in der so genannten „**Informal Baltic Sea Group**“ (iBSG) vertreten, in der sich Vertreter der Büros der Ostseeregionen regelmäßig austauschen. In dieser informellen Gruppe sind darüber hinaus Ostseeorganisationen wie das Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC, die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities - UBC) und die Ostsee-Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA) organisiert. Dominierendes Thema in 2010 und 2011 war der Beginn der Umsetzung der EU-Ostseestrategie, in die sich auch die iBSG mit ihren Akteuren wiederholt eingebracht hat. Im Juni 2010 hat die iBSG ein gemeinsames Seminar mit dem Nordischen Rat und der EU-Kommission zum Stand der Umsetzung der EU-Ostseestrategie durchgeführt. Im Juni 2011 organisierte die iBSG eine Veranstaltung zum Thema „Die EU-Strategie für die Ostseeregion – wir implementieren die erste europäische makro-regionale Strategie“. Darüber hinaus hat sich die iBSG im Oktober 2011 mit einer Stellungnahme zum Stand der Umsetzung der Ostseestrategie gegenüber der polnischen Ratspräsidentschaft eingebracht.

¹ Homepage: www.hanse-office.de

² Homepage: www.cor.europa.eu

Daneben organisiert eine Gruppe von Ostseeregionen mit wechselnder Zusammensetzung unter Beteiligung des Hanse-Office einmal jährlich im Rahmen der **Open Days** unter dem Dach des Ausschusses der Regionen in Brüssel eine Veranstaltungsreihe zu regional aktuellen Themen. Bei den Open Days im Oktober 2010 beteiligte sich Schleswig-Holstein mit dem Thema „Ziel 2020: Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit und Kohäsion für alle Regionen“. Die Open Days 2011 standen unter der Überschrift „Investitionen in Europas Zukunft: Regionen und Städte für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“; die Landesregierung hatte sich mit einem Veranstaltungsteil zum Thema „Ostseestrategie – Stand im Vorfeld der Überarbeitung durch die Kommission“ beteiligt. Auch 2012 plant das Hanse-Office einen Beitrag zu den Open Days, die unter dem Thema „Europas Regionen und Städte machen einen Unterschied“ stehen.

3.5. Zusammenarbeit im Ausschuss der Regionen

Schleswig-Holstein ist im Ausschuss der Regionen (AdR)¹ durch den Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei und einen Abgeordneten des Landestages vertreten. Schleswig-Holstein verfügt in dieser Mandatsperiode auf Grund des turnusmäßigen Wechsels der den deutschen Ländern zustehenden 24 Sitze über zwei Mandate.

Darüber hinaus ist der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten Vizepräsident der **Interregionalen Gruppe der Ostseeregionen des AdR** (Interregional Group Baltic Sea Regions – IG-BSR). Die Sekretariatsfunktion der IG-BSR wird vom Hanse-Office in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des AdR wahrgenommen.

Die IG-BSR versteht sich als Bindeglied zwischen Ostseeorganisationen und EU-Einrichtungen und ist bestrebt sicherzustellen, dass die Positionen der Ostseeregionen sowohl im Ausschuss der Regionen als auch in der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und anderen europäischen Entscheidungsgremien wahrgenommen werden. Arbeitsschwerpunkte sind die Umsetzung der EU-Ostseestrategie und die Optionen ihrer Finanzierung. Die IG-BSR umfasst ca. 40 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des AdR aus allen acht Ostsee-Anrainerstaaten der EU und arbeitet inhaltlich eng mit der „Interregionalen Gruppe Nordsee/Ärmelkanal“ zusammen. 2011 beteiligte sich die IG-BSR auf Bitte der polnischen EU-

¹ Homepage: www.cor.europa.eu

Ratspräsidentschaft mit einer Stellungnahme zum Stand der Umsetzung der Ostsee-strategie.

4. Nutzung regionaler Kooperationen

4.1. Zusammenarbeit mit Dänemark

Dänemark ist der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner Schleswig-Holsteins in Skandinavien und in der Ostseeregion. Traditionell konzentriert sich die Kooperation des Landes auf die **Zusammenarbeit mit Süd-Dänemark (Jütlandroute)**. Aber auch auf der Fehmarnroute wird seit vielen Jahren kooperiert, nicht zuletzt im Rahmen der STRING-Partnerschaft (s. folgendes Kapitel). Schon im Vorfeld der Eröffnung der Fehmarnbelt-Querung (geplant 2020) wird die **Achse über den Fehmarnbelt** für die Zusammenarbeit an Bedeutung gewinnen.

Zu den Triebfedern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark zählen im Berichtszeitraum insbesondere:

Die Projektförderung im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG A (s. unten).

Die Arbeit in der **Regionalversammlung Sønderjylland – Schleswig**. Partner der Vereinbarung sind auf deutscher Seite die Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Flensburg und auf dänischer Seite die Region Syddanmark und die grenznahen Kommunen Tønder, Sønderborg, Haderslev und Apenrade. Die Partner der Region Sønderjylland-Schleswig haben am 4. November 2011 eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Region neu ausgerichtet wurde. Dabei wurde die Institution der Regionalversammlung zugunsten der Zusammenarbeit in verschiedenen breit angelegten Foren (z. B. **Regionalkonferenzen**) aufgelöst. Die Leitung obliegt dem **Vorstand**, dem 11 Mitglieder (darunter auch die Landesregierung als Mitglied ohne Stimmrecht) angehören. Das Regionskontor in Padborg ist weiterhin als **Sekretariat** für die Organisation der Zusammenarbeit zuständig.

Die **Partnerschaftserklärung zwischen der Region Syddanmark und Schleswig-Holstein** vom Juni 2007 sowie die daraus resultierenden jährlichen **Arbeitspläne**, die zu einer stärkeren Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen erneuerbare Energien, Arbeitsmarkt, Tourismus, Gesundheit, Hochschulkooperation, Clusterentwicklung, Verkehrsinfrastruktur, Logistik und Landes- und Entwicklungsplanung geführt haben.

Die **Infrastrukturvereinbarung** vom 20. Mai 2008, in der wichtige grenzüberschreitende Infrastrukturvorhaben des Landes Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark definiert worden sind.

Die **deutsch-dänische Verkehrskommission**, die sich mit allen grenzüberschreitenden Verkehrsthemen mit Schwerpunkt auf der Jütlandroute befasst.

Die Zusammenarbeit in der **politischen Kooperation STRING**, die Schleswig-Holstein mit Hamburg, der Region Seeland, der Hauptstadtregion Kopenhagen und der schwedischen Region Skåne (Schonen) verbindet. Durch den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung (geplante Fertigstellung 2020) entsteht hier die Perspektive für die Entstehung einer für Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger gleichermaßen attraktiven Großregion.

Für die Landesregierung ist die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark ein zentrales Anliegen. Sie hat im Dezember 2011 die „Konzeptionellen Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit (**Dänemarkstrategie**)“ beschlossen, die sowohl die Jütland- als auch die Fehmarnroute in den Blick nehmen. Wirtschaftliches Wachstum, Verkehrsinfrastruktur, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Gesundheit und Gesundheitswirtschaft, Hochschulkooperation, Energie und Klimaschutz, Sprachkompetenz, Tourismus, Ernährung, EU-Förderstrukturen und Kultur zählen unverändert zu den Schwerpunktthemen, die das Land in Zusammenarbeit mit seinen dänischen Nachbarn voranbringen möchte.

Detaillierte Informationen zur Kooperation mit Syddanmark finden sich im Bericht der Landesregierung „Grenzüberschreitende Kooperation mit der Region Syddanmark“¹.

Nutzung der INTERREG A-Programme

Eine zentrale Rolle für den Ausbau eines grenzenlosen Wirtschafts- und Arbeitsmarktraums kommt auch weiterhin der projektorientierten Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark im Rahmen des EU-Programms INTERREG A zu. Auch in der aktuellen vierten EU-Förderperiode INTERREG IV A (2007 - 2013) wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit durch die Europäische Union unterstützt. Mit Hilfe von INTERREG IV A soll das Potenzial der Grenzregionen noch besser ausgeschöpft werden. Aufbauend auf bereits erfolgreich arbeitenden Kooperationen und Netzwerken sollen neue Kooperationsfelder einbezogen und neue Akteure hinzu gewonnen werden.

¹ Landtags-Drucksache 17/782 und Druckschrift im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (September 2010)

In der aktuell laufenden EU-Förderperiode gibt es zwei deutsch-dänische INTERREG IV A Programme: das **Programm „Syddanmark - Schleswig - K.E.R.N.“** entlang der Jütlandroute und das **Programm „Fehmarnbeltregion“** entlang der Fehmarnroute. Mit beiden Programmen stehen insgesamt 67,2 Mio. € für Projekte zur Verfügung.

Schleswig-holsteinisch/dänische Förderlandschaft INTERREG IV A (2007-2013)		
Programmgebiet	umfasste Gebiete	EU-Mittel
Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.	Region Syddanmark Stadt Flensburg Stadt Kiel Stadt Neumünster Kreis Rendsburg Eckernförde Kreis Nordfriesland Kreis Schleswig-Flensburg	44,3 Mio. €
Fehmarnbeltregion	Region Seeland Kreis Plön Kreis Ostholstein Hansestadt Lübeck	22,9 Mio. €

INTERREG IV A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“

Das INTERREG IV A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ verfolgt drei inhaltliche Prioritäten:

- Stärkung und Konsolidierung der regionalen wissensbasierten Wirtschaft
- Entwicklung der Rahmenbedingungen des Gebiets
- Zusammenarbeit im Alltag und funktionale Integrität in der Grenzregion.

Insgesamt wurden im Programmraum „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ bisher (Stand: März 2012) 63 Kooperationsprojekte mit einem EU-Fördervolumen von insgesamt 40,5 Mio. € gefördert. Im Berichtszeitraum wurden dabei u. a. folgende Projekte neu bewilligt:

eMOTION – Grenzüberschreitende Elektromobilität

Projektpartner: UdviklingsRåd Sønderjylland, Syddansk Universität, Fachhochschule

Flensburg, Fachhochschule Kiel, CAU Kiel

Laufzeit: Oktober 2011 - September 2014

Dieses mit rd. 1,1 Mio. € geförderte Projekte verfolgt das Ziel, die Programmregion in ausgewählten Nischenmärkten zu einem führenden Lieferanten in der Elektromobilitätsbranche zu entwickeln. Dafür sollen bereits vorhandene regionale Entwicklungsinitiativen im Feld der Mechatronik und der Energieeffizienzsteigerung weiter ausgebaut werden.

GADOW – German and Danish Offshore Wind

Projektpartner: Forschungs- und Entwicklungszentrum Kiel, Offshore Center Denmark, Aalborg Universitet Esbjerg, Kompetenzzentrum Windenergie (CEwind)¹

Laufzeit: Januar 2012 - März 2015

Mit diesem Projekt (Fördersumme: 523 T€) sollen die in der Programmregion in der Offshore-Windenergienutzung vorhandenen Potenziale im Forschungs- und Unternehmensbereich transparent gemacht und grenzüberschreitend vernetzt werden. Dafür arbeitet das Projekt mit zahlreichen Netzwerkpartnern wie z. B. Siemens Wind Power A/S, der windcomm schleswig-holstein² und dem INTERREG A-Projekt FUR-GY Future Renewable Energy³ eng zusammen.

Projekt „Wachstumszentrum“

Für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der INTERREG A-Region „Syddanmark – Schleswig – K.E.R.N.“ kommt dem Projekt „Wachstumszentrum“⁴ eine besondere Funktion zu: Es vereint alle wichtigen Akteure der Region mit dem Ziel, die Region und ihre grenzüberschreitenden Stärken sichtbar zu machen und zu profilieren. Träger des Projekts sind die Kommunikationsabteilung der Region Syddanmark, die Entwicklungsagentur Nord GmbH⁵ und die Kiel Region GmbH. Als Netzwerkpartner sind u. a. die IHK zu Flensburg, die Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (WiREG), das Regionskontor der Region Sønderjylland – Schleswig in Padborg, Kommunernes Kontaktråd, Udviklingsråd Sønderjylland und die Landesregierung Schleswig-Holstein beteiligt. Das Projekt hat eine Laufzeit von Juni 2010 bis Dezember 2013 und wird mit 1,3 Mio. € an EU-Mitteln gefördert.

¹ Schleswig-holsteinische Forschungsgenossenschaft im Bereich Windenergie

² Die Netzwerkagentur *windcomm* schleswig-holstein ist Ansprechpartner für Unternehmen und Institutionen der Windenergiebranche

³ Homepage: www.furgy.eu

⁴ Homepage: www.wachstumszentrum.eu

⁵ Die Entwicklungsagentur Nord (EA Nord) GmbH bildet seit Oktober 2006 die strategische und operative Organisationsbasis für die gemeinsame Wirtschafts- und Regionalentwicklung des Landesteils Schleswig. Gesellschafter sind die Stadt Flensburg, der Kreis Nordfriesland und der Kreis Schleswig-Flensburg.

Im Rahmen dieses Projekts wurde Ende 2010/Anfang 2011 eine **Stärkenanalyse** durchgeführt. Die Analyse beinhaltet eine Bestandsaufnahme und Dokumentenanalyse sowie die Ergebnisse von Fachgesprächen mit über fünfzig Experten aus Wirtschaft und Politik. Die gemeinsamen Stärken liegen laut Analyse in folgenden Bereichen:

- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Tourismus und Erlebniswirtschaft
- Gesundheitswirtschaft und „Welfare Technology“
- Ernährungswirtschaft
- Logistik
- Querschnittsthema Wissen.

Auf Basis dieser Themen sollen sechs **Entwicklungslinien** entstehen, die dazu dienen sollen, die gesamte Region nach innen und außen zu profilieren und mittels gezielter Marketingaktivitäten bekannter zu machen. Parallel dazu sollen innerhalb dieser Themenfelder konkrete Projektideen entwickelt und durchgeführt werden. Die Stärkenanalyse bildet damit die zentrale Grundlage für die weitere Entwicklung der INTERREG-Programmregion „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“

Als Grundlage für die Marketingaktivitäten wurde ein gemeinsamer Slogan für die Region entwickelt: „**Die Deutsch-Dänische Region – Wir überschreiten Grenzen**“. Auf der vom Projekt „Wachstumszentrum“ im **Februar 2012 in Sønderborg** durchgeführten **deutsch-dänischen Regionalkonferenz** wurden der Slogan sowie ein Logo erstmalig präsentiert. Des Weiteren wurde ein neu eingerichtetes Internetportal (www.deinregionsportal.de) mit aktuellen Informationen über die Region vorgestellt.

INTERREG IV A-Programm „Fehmarnbelt“

Das Programm „Fehmarnbelt“ verfolgt zwei inhaltliche Prioritäten:

- Wirtschaft, Innovation, Maritimes & Umwelt
- Grenzüberschreitende Strukturen und Humanressourcen.

Hier wurden bis März 2012 insgesamt 21 Projekte mit einem EU-Fördervolumen von 19,8 Mio. € gefördert. Zu den im Berichtszeitraum neu geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

BeltScience

Projektpartner: Fachhochschule Lübeck und Roskilde Universität

Laufzeit: März 2011 - Februar 2013

Mit diesem Projekt (Fördersumme: 400 T€) soll ein grenzüberschreitendes Netzwerk der Hochschulen aufgebaut werden. Dieses soll dazu dienen, die Chancen der ver-

besserten Erreichbarkeit durch die feste Fehmarnbelt-Querung für die Hochschulen zu nutzen.

KFFB – Krebsforschung Fehmarnbelt

Projektpartner: Krankenhaus Süd in Naestved/Seeland, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein Campus Lübeck, Krebsregister Schleswig-Holstein, Universität zu Lübeck

Laufzeit: Juli 2011 - Dezember 2013

Im Rahmen dieser Projektkooperation (Fördersumme: 980 T€) sollen neue Behandlungsverfahren für häufige Krebserkrankungen überprüft werden. Die Kooperationspartner sind überzeugt, dass man für die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung vom jeweils anderen Partner lernen kann ("best common practice") und dass die jeweiligen Vorteile in der Versorgung in der anderen Region übernommen werden können. Langfristig soll durch die Kooperation der Aufbau eines dynamischen grenzüberschreitenden Gesundheitsmarktes gefördert werden.

Das Fehmarnbelt-Programm unterstützt mit zahlreichen Maßnahmen die **Umsetzung der EU-Ostseestrategie**, u. a. durch Beratung von Antragstellern über die Ziele der Strategie und eine programmspezifische **Ostseekonferenz im Oktober 2010 in Maribo**.

Mit dem Einfluss der EU-Ostseestrategie auf das Programm hat sich auch die Ende 2010/Anfang 2011 durchgeführte externe **Evaluierung des Programms** befasst. Die Evaluierung kam dabei zu dem Ergebnis, dass das Programm mit der Ostseestrategie kohärent ist. Es wurde festgestellt, dass von den bis Juni 2010 geförderten 14 Projekten elf Projekte zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie beitragen.

Mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode zum 31.12.2013 wird die Laufzeit beider deutsch-dänischen INTERREG A-Programme beendet sein. Die Diskussion um die Fortführung der neuen INTERREG V A Förderperiode 2014-2020 ist bereits im vollen Gange. Die Landesregierung hat ein erhebliches Interesse an der Weiterentwicklung der Kooperation mit Dänemark. Dabei ist es für das Land selbstverständlich, die Entwicklung in beiden deutsch-dänischen Grenzgebieten im Blick zu haben und sich gemeinsam mit allen relevanten Akteuren frühzeitig in den Diskussionsprozess über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik einzubringen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob an zwei getrennten INTERREG A-Fördergebieten festgehalten werden sollte oder ob die Bildung eines einzigen großen INTERREG V A-Fördergebiets strategisch sinnvoller wäre.

Die dänischen Regionen Syddanmark und Sjælland, die Landesregierung Schleswig-Holstein und die an den beiden derzeitigen Programmen beteiligten Kreise Rendsburg-Eckernförde, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Plön, Ostholstein so-

wie die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck haben im Mai 2011 eine beide derzeitigen Fördergebiete umfassende **Arbeitsgruppe „INTERREG V A“** eingerichtet. Die Arbeitsgruppe hat im Oktober 2011 ein erstes Diskussionspapier vorgelegt, in dem mögliche Modelle zur Ausgestaltung der neuen Förderperiode untersucht werden.

Als Ergebnis der ersten Diskussion dieses Papiers kann festgehalten werden, dass sowohl auf dänischer als auch auf deutscher Seite Einvernehmen besteht, dass die Schaffung eines gemeinsamen großen deutsch-dänischen Fördergebiets angestrebt wird. Auch die EU-Kommission würde ein gemeinsames INTERREG V A- Fördergebiet begrüßen. Die endgültige politische Entscheidung soll noch im Frühjahr 2012 getroffen werden.

4.2. Zusammenarbeit in der südwestlichen Ostseeregion (STRING)

Die seit 1999 bestehende STRING-Kooperation verbindet Schleswig-Holstein mit der Freien und Hansestadt Hamburg, der südschwedischen Region Skåne und den beiden dänischen Regionen Seeland und Hauptstadtregion Kopenhagen. Die STRING-Kooperation ist zu einem wichtigen Bündnis für die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten in der südwestlichen Ostsee geworden. Strategisches Ziel der Kooperation ist es, die Stärken der einzelnen Mitgliedsregionen auf diesen Gebieten zu bündeln und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Durch den Beschluss zum Bau der Fehmarnbelt-Querung hat die Kooperation in der Fehmarnbeltregion an Bedeutung gewonnen. Organisationen wie das **Fehmarnbelt Committee (FBC)** und der **Fehmarnbelt Business Council (FBBC)** arbeiten eng mit der STRING-Kooperation zusammen.

Im „Fehmarnbelt Business Council“¹ sind Vertreter von Wirtschaftsorganisationen aus Schweden, Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg zusammengeschlossen. Ziel des FBBC ist die Bildung grenzüberschreitender Netzwerke zwischen Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen entlang der Wachstumsachse Hamburg - Lübeck - Øresund bereits während der Planungs- und Bauphase. Daneben haben sich im „Fehmarnbelt Committee“ (FBC) Vertreter der Fehmarnbeltregion aus Seeland, Ostholstein und Lübeck zusammengeschlossen.

Ein wichtiger Meilenstein der STRING-Kooperation war die von Schleswig-Holstein organisierte internationale **Konferenz „Building new bridges in the South Wes-**

¹ Homepage: de.fbbc.eu

tern **Baltic Sea Region**“ im Juni 2009 in Lübeck. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Verabschiedung der "**Lübecker Erklärung**", mit der die Zusammenarbeit in sechs Schlüsselfeldern vereinbart worden ist:

- Infrastruktur und Transport
- Bildung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes
- Umwelt- und Klimaschutz
- Wissenschaft und Forschung
- Marketingaktivitäten für den Tourismus in der Region
- Kultur und Bildung.

Diese Themenfelder wurden durch den vom „**Politischen Forum STRING**“ im Juni 2010 in Malmö beschlossenen **Aktionsplan** weiter konkretisiert. Dieser Aktionsplan stellt das Arbeitsprogramm der STRING-Kooperation für die nächsten Jahre dar und konzentriert sich auf die folgenden **Handlungsfelder**:

- Entwicklung eines integrierten Verkehrssystems für die grenzüberschreitende Region
- Schaffung einer weltweit führenden Wissensregion
- Unterstützung von gemeinsamen Marketingaktivitäten für den Tourismus
- Bildung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes
- Einnehmen eines Spitzenplatzes beim Klimaschutz und der nachhaltigen Entwicklung in Europa
- Kultureller Brückenschlag über den Fehmarnbelt.

Um die gemeinsame Umsetzung dieser Handlungsfelder gezielt unterstützen zu können, haben die fünf Regionen im August 2011 ein hauptamtliches Sekretariat eingerichtet. Das **STRING-Sekretariat** hat seinen Sitz in Sorø in der dänischen Region Seeland. Es hat den Auftrag, die gemeinsamen Aktivitäten zu befördern, neue Kooperationsfelder zu erschließen und sich insbesondere auch um die verstärkte Einwerbung von EU-Mitteln zu kümmern. Erste Aktivitäten wurden seitdem auf den Weg gebracht, z. B.:

- Die Beteiligung der STRING-Kooperation am Aufbau eines **Tourismus-Netzwerks in der Südlichen Ostsee**. Aus Schleswig-Holstein sind die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein (TASH) und der Verein Ostsee-Holstein-Tourismus eingebunden.
- Die Vergabe eines **Gutachtens**, das Erkenntnisse über **Verkehrsengpässe** entlang der neuen Verkehrsachse und Möglichkeiten ihrer Beseitigung liefern soll.

Die STRING-Kooperation profitiert in vielfältiger Weise von den verschiedenen INTERREG-Förderprogrammen, an denen die Region beteiligt ist. Vor diesem Hin-

tergrund hat die STRING-Region ein vitales Interesse an der Fortsetzung der INTERREG-Förderung nach 2013. Auf Initiative der Landesregierung haben die STRING-Partner im Sommer 2011 eine gemeinsame **Stellungnahme zur Gestaltung der EU Strukturfonds ab 2014** erarbeitet und den zuständigen EU-Stellen übermittelt. Die fünf STRING-Regionen setzen sich für eine bessere, einfachere und effektivere Förderung ein und fordern spezifische Fördermöglichkeiten für Projekte in der Gesamtregion (Förderung von Metaregionen).

Aus den im Berichtszeitraum laufenden INTERREG-Programmen 2007 - 2013 sind mit Blick auf die STRING-Kooperation folgende Projekte des EU-Ostseeprogramms von besonderer Bedeutung:

ICT for Health

Im Rahmen des Projekts ICT for Health¹ arbeiten Wissenschaft, Verwaltung und Verbände zusammen, um organisatorische und technische Lösungen zu entwickeln, mit denen in ländlichen Gebieten eine bessere Anbindung und Kommunikation zwischen Patienten und medizinischen Einrichtungen mit Hilfe elektronischer Medien ermöglicht wird. An dem Projekt, das federführend von der Fachhochschule Flensburg durchgeführt wird, sind sechs weitere Projektpartner aus Schleswig-Holstein sowie die STRING-Partnerregion Skåne beteiligt.

CleanShip

Das von der Landesregierung unterstützte Projekt CleanShip² will Lösungen entwickeln, die unmittelbar zu einer umweltfreundlichen Schifffahrt in der Ostsee beitragen. Das Projekt wird aus der STRING-Region von den Hafenstädten Hamburg, Lübeck, Trelleborg und Kalundborg unterstützt.

Submariner

Im Bereich Klimaschutz will die STRING-Region einen Spitzenplatz in Europa einnehmen. Die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Ressourcen spielt dabei eine herausragende Rolle. Dazu beitragen kann das INTERREG-Projekt Submariner, das unter anderem mit Partnern aus Schleswig-Holstein und Skåne dafür arbeitet, neue maritime Produkte und Technologien zu entwickeln, z. B. Nutzung maritimer Wirkstoffe für Medizin, Kosmetik und Lebensmittel oder Entwicklung von Technologien zur Energiegewinnung aus Wellenkraft.

¹ Mehr zum Projekt ICT for Health ab Seite 131

² Näheres zum Projekt CleanShip ab Seite 67

4.3. Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland

Die Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland ist für Schleswig-Holstein insbesondere im Kontext der Ostseekooperation von Bedeutung. Durch die deutsche (2011/12) und nachfolgend russische Ostseeratspräsidentschaft (2012/13) ist der Fokus auf den russischen Nordwesten weiter verstärkt worden. Damit wird der Blick auf 13 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 1,6 Mio. km² gelenkt. St. Petersburg alleine verfügt über rund 120 Universitäten und Hochschulen. Der Wissenschafts- und Bildungssektor gehört mit 600.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern.

Die wirtschaftlichen Verknüpfungen zwischen Russland und Deutschland folgen den historisch gewachsenen Verbindungen: Die Russische Föderation steht immer noch auf Platz zwei der deutschen Exportdestinationen unter den Schwellenländern (nach China und vor der Türkei). Deutschland ist drittgrößter Direktinvestor in Russland und steht auch unter den Abnehmern der Russischen Föderation an dritter Stelle. Die wirtschaftlichen Rahmendaten Russlands gestalten sich zunehmend positiv und erreichen teilweise schon das Vorkrisenniveau: Für 2011 wurde ein Wirtschaftswachstum von 4,1 %, ein Industrieproduktionswachstum von 4,7 % und ein Haushaltsdefizit von nur 0,8 % prognostiziert. Dennoch bleibt die Investitionsquote auf niedrigen 6 % (20,6 % des BIP, der staatliche Sektor ist daran mit 40 % beteiligt).¹

Die angestrebte Modernisierung und Diversifizierung der russischen Wirtschaft, die u. a. durch erhebliche **Förderprogramme der föderalen Regierung** in den Bereichen Nanotechnologie, Informationstechnologie, Energieeffizienz und Pharmazie erreicht werden sollen, ist in den letzten zwei Jahren nur schleppend angelaufen, bleiben aber für schleswig-holsteinische Know-how-Träger interessant. Die von der russischen Regierung ergriffenen Maßnahmen, um das Gesundheitswesen zu modernisieren, zeigen erste Wirkungen. Das **Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens**, das zur Sanierung von Gebäuden und Ausstattung sowie zu Gehaltserhöhungen im Gesundheitswesen beiträgt und mit ca. 16,5 Mrd. € auf föderaler und regionaler Ebene ausgestattet ist, hat zu einem erheblichen Engagement deutscher und insbesondere schleswig-holsteinischer Medizintechnikfirmen geführt.

Die Initiative des russischen Präsidenten Medwedew von Februar 2010, ein besseres Investitionsklima zu schaffen (u. a. Vereinfachung von Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen sowie Zollbestimmungen, Schaffung von Steueranreizen für ausländische Unternehmen) hat im Juni 2011 zur Verabschiedung eines **Maßnahmenplans zur Verbesserung des Investitionsklimas der Regierung** geführt, dessen Umset-

¹ Vgl. GTAI: Wirtschaftsdaten kompakt: Russische Föderation Nov. 2011, Russlandanalysen Nr. 229 18.11.2011 und Rede der russischen Wirtschaftsministerin vom 29.11.2011 unter www.economy.gov.ru/minec/press/news/doc20111129_02

zung allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Gleichzeitig wurden 2011 der **Russische Fonds für Direktinvestitionen** aufgelegt und eine neue **Einrichtung zuständig für Fragen und Beschwerden von Investoren** aufgebaut. Gemeinsam mit der Russischen Agentur für strategische Initiativen (ASI)¹ sollen so auch ausländische Direktinvestitionen erleichtert werden.

Mit dem offiziellen **WTO-Beitritt** der Russischen Föderation am 16.12.2011 sind nach 17 Jahren Verhandlungen die Voraussetzungen geschaffen worden, die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und Russland noch weiter auszubauen. Bis zum 15.06.2012 hat Russland Zeit, das Abkommen zu ratifizieren. Es ist dann nach einer Frist von 30 Tagen Vollmitglied der WTO. Zwar hat Russland in vielen Bereichen lange Übergangsfristen ausgehandelt, dennoch ist davon auszugehen, dass der WTO-Beitritt positive Auswirkungen auf das Geschäftsklima in Russland hat. Für Schleswig-Holstein ist der WTO-Beitritt insbesondere deshalb von Bedeutung, weil er Zollerleichterungen für landwirtschaftliche Produkte nach sich zieht und russische Subventionen in diesem Bereich begrenzt.²

Die Bundesregierung fördert ihrerseits das Engagement deutscher Firmen sowohl über die **Exportinitiative** als auch über Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausdrücklich in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Energieversorgung und -effizienz, Pharma- und Biotechnologie, Medizin- und Umwelttechnik beispielsweise im Rahmen des multilateralen Programms **EUREKA**³.

Darüber hinaus kann die Zusammenarbeit mit dem Nordwesten Russlands auch durch das im Juni 2012 beginnende **Deutschlandjahr in Russland /Russlandjahr in Deutschland** positive Impulse erhalten. Das Jahr steht unter dem Motto „Deutschland und Russland – Gemeinsam die Zukunft gestalten“⁴ und widmet sich den Themen gesellschaftliche Herausforderungen, Stadt und Raum, Ressourcen und Umwelt, Wissenschafts- und Bildungsaustausch, zeitgenössische Kultur.

Zusammenarbeit mit der Stadt St. Petersburg

Die Zusammenarbeit mit der Stadt St. Petersburg erfolgt im Rahmen von lose verabredeten Themenschwerpunkten. Unabhängig vom Engagement der Landesregierung bestehen traditionell gute Kontakte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowohl

¹ Im Internet: www.asi.ru

² Quelle: Kurzinfo der AHK Deutsch-Russische Außenhandelskammer Moskau vom 02.12.2011

³ EUREKA ist eine Initiative für anwendungsnahe Forschung in Europa und bietet Industrie und Wissenschaft einen Rahmen für grenzüberschreitende Kooperationsprojekte. Im Internet: www.eureka.dlr.de

⁴ Im Internet: www.goethe.de/ins/ru/lp/kul/usw/dj12

in der Meereswissenschaft (Otto-Schmidt-Labor in St. Petersburg) als auch im juristischen Bereich (vgl. Kapitel 5.8.).

Seit 2009 gibt es vermehrt Anfragen aus der St. Petersburger Stadtverwaltung zur Einbindung von Know-how aus Schleswig-Holstein in Veranstaltungen. Dies betrifft zum einen den Bereich der Umweltbildung, die in der stadteigenen Wassergesellschaft „Vodokanal“ mit angeschlossenem Umweltbildungszentrum stattfindet, aber auch das schleswig-holsteinische Engagement während der jährlich stattfindenden **Deutschen Woche in St. Petersburg**.

Im Dezember 2011 ist der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten nach St. Petersburg und im Anschluss gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten nach Moskau gereist. Mit einer **Delegation aus Medizintechnikunternehmen und Gesundheitseinrichtungen** knüpfte die Landesregierung Kontakte zu verschiedenen Versorgungseinrichtungen der Stadt St. Petersburg und zu Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen im medizinischen Sektor. Es ist geplant, die Kontakte zum Gesundheitskomitee der Stadt St. Petersburg 2012 durch einen Gegenbesuch in Schleswig-Holstein zu vertiefen.

Mit der Reise konnten die im März 2010 durch die Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur¹ hergestellten Kontakte zu maßgeblichen Entscheidungsträgern aus dem medizinischen Sektor verstetigt werden. Der Besuch diente darüber hinaus dem Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten im Bereich E-Health.

Partnerschaft mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad

Die seit 1999 bestehende Partnerschaft der Landesregierung mit dem Gebiet Kaliningrad, die seit 2000 durch eine **Parlamentpartnerschaft zwischen Landtag und Gebietsduma** erweitert wurde, hat im Berichtszeitraum vor allem in der fachpolitischen Zusammenarbeit neue Impulse bekommen.

Der Ende 2010 ernannte Gouverneur Nikolaj Tsukanov hat sich mit einem jungen, engagierten, teilweise aus anderen Regionen stammenden Kabinett umgeben. Die Mehrzahl der Minister verfügt über Berufs- oder zumindest Ausbildungserfahrungen im Ausland. In den Gesprächen im Rahmen der im **Mai 2011** durchgeführten **Delegationsreise unter Leitung des Staatssekretärs für Europa und Bundesangelegenheiten** wurde sehr offen über die schwierige Situation des Gebiets gesprochen und der Umfang der Modernisierungserfordernisse realistisch dargestellt. Dazu gehört auch, dass die bisherigen Pläne zur Einrichtung einer Glücksspielzone in Jantarnyj und eines Erholungszentrums auf der Kurischen Nehrung als nicht mehr priori-

¹ Norgenta ist die Projekt- und Servicegesellschaft der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zur Unterstützung der Life Science Aktivitäten in Norddeutschland.

tär eingestuft werden. Die Investitionsanreize waren offensichtlich nicht ausreichend und die administrativen Hürden zu hoch (Grenz- und Sperrgebiete).

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich gebessert, die Arbeitslosenzahlen gehen weiter zurück, die politische Situation wird als noch nicht vollständig befriedet bezeichnet, da die Erfolge der Politik von Gouverneur Tsukanov bisher nicht sichtbar und für Randgruppen nicht spürbar geworden sind.

Nach wie vor bemüht sich die Regierung des Gebiets Kaliningrad, den Tourismus zu fördern. Dazu gehört insbesondere die touristische Nutzung der Kurischen Nehrung. Erschwerend wirken sich die verschärften Bedingungen für die Ausstellung von Einreisegenehmigungen in grenznahe Zonen des Gebiets aus. Nach wie vor existiert keine direkte Flugverbindung zwischen Deutschland und Kaliningrad, der Kurswagen Berlin – Kaliningrad wird allerdings seit 2011 über die Sommermonate wieder betrieben.

Das für 2010/2011 vereinbarte **Arbeitsprogramm der Partnerschaft** wurde im Rahmen eines **Kaliningrader Delegationsbesuchs** zur Kieler Woche im **Juni 2010** unterzeichnet und in weiten Teilen umgesetzt. Es sah Maßnahmen insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (u. a. Bau, Medizin und Gesundheit), Kooperation in den Bereichen Kultur, Bildung, Landwirtschaft und in der interregionalen Zusammenarbeit vor, die überwiegend erfolgreich abgearbeitet wurden.

Mit der **Reise des Europastaatssekretärs nach Kaliningrad** im **Mai 2011** wurde der im Arbeitsprogramm enthaltene Auftrag umgesetzt, im Bereich Medizintechnik und Life Science die Kooperationspotentiale zu prüfen: In einem inhaltsreichen Programm, das das Hansebüro Kaliningrad/Schleswig-Holstein Informationsbüro in Zusammenarbeit mit der Gebietsregierung Kaliningrad erarbeitet hatte, stellten sich verschiedene medizinische Einrichtungen des Kaliningrader Gebiets vor. Die mitreisende Delegation hatte die Möglichkeit, im Rahmen eines Chefärztegesprächs ihre Angebote zu machen. Zwischen der medizinischen Fakultät der Kant-Universität und der Fachhochschule Flensburg werden Kooperationsmöglichkeiten zum Thema E-Health und Krankenhausmanagement geprüft, Laboreinrichtungen des Innovationsparks der Kant-Universität und die Fraunhofer Einrichtung für Maritime Biotechnologie in Lübeck konnten gemeinsame Forschungsinteressen feststellen. Letztere etablierte darüber hinaus Kontakte zum Kaliningrader Bernsteinkombinat. Die von den mitreisenden schleswig-holsteinischen Unternehmen und der Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur hergestellten Kontakte haben bereits zu Aufträgen für medizintechnische Geräte durch Kaliningrader Kliniken geführt. Dem Besuch wurde in außerordentlich hohem Maße Aufmerksamkeit durch den Gesundheitsminister des Kaliningrader Gebiets gezollt.

Neben dem Fachprogramm führte der Europastaatssekretär Gespräche mit dem Kaliningrader Gouverneur Tsukanov, dem Wirtschaftsminister und dem Landwirtschaftsminister der Kaliningrader Gebietsregierung. Alle Gespräche fanden in einer offenen Atmosphäre statt und zeigten, dass auch in der neuen Regierung das langfristige Engagement der Landesregierung in der Partnerschaft wahrgenommen wird und Interesse an der Fortsetzung der Zusammenarbeit besteht.

Im **August 2011** fand ein **Gegenbesuch einer Delegation** von Kaliningrader Ärzten im Auftrag des Gesundheitsministers nach Schleswig-Holstein statt. Bei dieser Gelegenheit präsentierten schleswig-holsteinische Kliniken und Unternehmen und die Fachhochschule Flensburg im Bereich E-Health und Krankenhausmanagement ihr Kooperationspotential. In der Folge hat das Kaliningrader Gesundheitsministerium Interesse signalisiert, sich perspektivisch als Partner am Ostsee-Netzwerk „eHealth for Regions“¹ zu beteiligen.

Herausragende kulturelle Veranstaltung im Jahr 2011 war die erstmalige Durchführung der **deutsch-russischen Dokumentarfilmwoche „Territorium Film“** im Mai in Kaliningrad. Gemeinsam mit der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein, dem Ministerium für Kultur und Bildung, dem Kaliningrader Kulturministerium und weiteren Partnern wurden ein Programm mit schleswig-holsteinischen und russischen Dokumentarfilmen vorgeführt und mehrere Workshops zu aktuellen Fragen des Dokumentarfilms veranstaltet. Für April 2012 ist eine Wiederholung des Formats geplant.

Anlässlich der Messe NordBau in Neumünster im **September 2011** besuchte der **Kaliningrader Bauminister mit einer Delegation** Schleswig-Holstein und informierte sich außerhalb des Messebesuchs über Planung und Umsetzung sozialen Wohnungsbaus, Kindertagesstätten- und Schulbau sowie Fragen der Abfallentsorgung in Kiel, Lübeck und Eckernförde.

Mit Ablauf des Jahres 2010 ist die Finanzierung des **Agrarpraktikantenprogramms** durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) ausgelaufen. Das MLUR setzte sich gemeinsam mit dem Hansebüro Kaliningrad/ Schleswig-Holstein Informationsbüro nachhaltig dafür ein, dass das Kaliningrader Landwirtschaftsministerium im Jahr 2012 die Finanzierung des Programms aufnimmt. Bei Redaktionsschluss lag die Zusage des Kaliningrader Ministeriums vor, dass eine Finanzierung für 2012 eingeplant ist. Das Programm kann daher nach einer Pause in 2011 im Jahr 2012 fortgesetzt werden.

Die bereits durch den „**Runden Tisch für berufliche Bildung und Ausbildung Kaliningrad - Schleswig-Holstein**“ 2007 initiierte Zusammenarbeit ist aufgrund der

¹ Mehr zum Projekt eHealth for Regions ab Seite 130

ausgelaufenen Förderung auf wenige Akteure reduziert: 2010 und 2011 fanden gemeinsame Projekte und Austauschmaßnahmen der Elly-Heuss-Knapp-Schule Neumünster, des BALI-JAW¹ Lübeck, des JAW der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK), des Regionalen Bildungszentrums Kiel und der entsprechenden Kaliningrader Partnereinrichtungen statt. Finanzielle Unterstützung erhalten die Projektträger ausschließlich von der **Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch**, die die Kosten der russischen Seite aber nur minimal fördern kann. Maßnahmen des außerschulischen Jugendaustauschs können durch das schleswig-holsteinische Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit gefördert werden. Für 2012 plant die WAK im Rahmen des Mobilitätsprogramms für Auszubildende, praktische Ausbildungszeiten für junge Hotel- und Gaststättenfachkräfte in Kaliningrad zu organisieren.

Für das Jahr 2012 gilt es, die im Jahr 2011 geknüpften Kontakte auszubauen und zu festigen. Darüber hinaus ist die Landesregierung bestrebt, ihre bilateralen Partnerschaftsaktivitäten noch stärker in den Kontext der deutschen Ostseeratspräsidentschaft, der SEBA-Initiative² und des Deutschlandjahres in Russland - Russlandjahres in Deutschland 2012/2013 einzubinden.

4.4. Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie

Die **Partnerschaft** wurde 1992 mit der Wojewodschaft Gdansk begründet. 1999 wurde sie nach der polnischen Regionalreform auf die Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) ausgedehnt.

Die Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pommern ist die älteste unter den regionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum und wurde 2001 durch eine **Vereinbarung über die parlamentarische Zusammenarbeit** zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Regionalparlament (Sejmik) der Wojewodschaft Pommern ergänzt (übergeleitet in das Parlamentsforum Südliche Ostsee).

Anfang Dezember 2010 haben in Polen Regionalwahlen stattgefunden. Marschall Struk ist dabei in seinem Amt bestätigt worden.

Beide Partner haben ein großes Interesse an der Weiterentwicklung einer integrierten Europäischen Meerespolitik. Auch für Pommern sind maritime Wirtschaft und

¹ Berufsvorbereitungs- und Ausbildungszentrum Lübeck-Innenstadt des Jugendaufbauwerks Schleswig-Holstein

² Zur SEBA-Initiative s. S. 12

Offshore-Industrie von großer Bedeutung. Im Mai 2011 war Danzig Gastgeber des Europäischen Meerestages.

Im Bildungsbereich beteiligen sich regelmäßig polnische Lehramtsanwärter an dem von der Deutschen Auslandsgesellschaft Lübeck in Zusammenarbeit mit dem pommerschen Bildungskuratorium veranstalteten „**Mini-Referendariat**“, das heißt Einsatz im Unterrichtsfach Deutsch an schleswig-holsteinischen Schulen. Organisatorisch wird das Projekt durch das von Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam betriebene Hanse-Office Danzig unterstützt. 2010 haben sechs Schülerinnen und Schüler aus Lübeck ein Praktikum in verschiedenen Institutionen in Danzig durchgeführt. Der Aufenthalt wurde vom Hanse-Office Danzig organisiert.

Regelmäßig ist die polnische Partnerregion an FolkBaltica und JazzBaltica beteiligt. Ein weiterer Höhepunkt der **kulturellen Zusammenarbeit** war im September 2010 ein *Plein Air* auf der Düne Leba der *Norddeutschen Realisten*. Die dort entstandenen Werke wurden im Januar 2011 im Maritimen Museum in Danzig ausgestellt, und im März 2011 wurde die Ausstellung in Schleswig eröffnet.

4.5. Partnerschaft mit Ost-Norwegen

Seit 1998 besteht die Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Eastern Norway County Network, dem Zusammenschluss von acht Kommunen rund um den Oslo-Fjord. Die Region stellt mit 2,2 Mio. Einwohnern rund die Hälfte der norwegischen Einwohner und bildet das wirtschaftliche Zentrum Norwegens.

Nach den Kommunal- und Regionalwahlen in Norwegen im September 2011 haben sich die Mehrheitsverhältnisse und Zuständigkeiten in den acht Regionen des Eastern Norway County Network zum Teil verändert. Zum neuen Vorsitzenden des Netzwerkes wurde im Dezember 2011 Ole Haabeth aus Östfold gewählt. **Die Arbeitsgruppe „Internationale Zusammenarbeit“ des Eastern Norway County Network** plant in ihrer neuen Zusammensetzung für **April 2012** einen **Studienbesuch** in Schleswig-Holstein.

Die Kulturkooperation ist seit jeher einer der stärksten Bereiche der Partnerschaft. Auch 2010/2011 konnten wieder zahlreiche Projekte, Ausstellungen und gemeinsame Aktionen in den Bereichen Kunst und Kunsthandwerk, Musik und Literatur vorbereitet und durchgeführt werden. Gemeinsam unterstützen die Partnerregionen den Antrag der Wikingerstätten aus Schleswig-Holstein und Norwegen sowie Island, Dänemark, Schweden und Lettland, 2013 unter dem Titel „Welterbe Wikinger“ als gemeinsames UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt zu werden. Das neue Welterbe will

die Bedeutung der Wikingerkultur für neue Ideen und gesellschaftliche Veränderungen, außergewöhnliche Reisen und herausragende seefahrerische Fähigkeiten für Europa und die Welt betonen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit in den politischen Netzwerken im Ostsee- und Nordseeraum. Eine der Zielsetzungen ist es, gemeinsame INTERREG-Projekte zu generieren. Gemeinsam fordern die Partner deshalb eine angemessene Mittelausstattung auch für die kommende EU-Förderperiode ab 2013. Inhaltlich steht weiterhin die Meerespolitik hoch auf der Agenda. Die Entwicklung von Projekten wie Clean Baltic Shipping und Clean North Sea Shipping unter Beteiligung der Partner bestätigt dies.

Auch die Themen Erneuerbare Energien sowie Ausbau der Energienetze stehen im Fokus des gemeinsamen Interesses. Auf ihrer jährlichen **Begleitausschusssitzung im Mai 2011 auf Sylt** haben die Partner verabredet, mögliche Kooperationen und Projekte in diesem Bereich auszuloten. Bei ihrem erstmaligen Besuch an der Westküste Schleswig-Holsteins konnten sich die norwegischen Partner vor Ort ein Bild von den Kompetenzen und Entwicklungen in Schleswig-Holstein in diesem Bereich machen. Im Mittelpunkt der anschließenden Beratungen stand die Frage nach gemeinsamen internationalen Lösungen für den nordseeweiten Ausbau der Stromtransportnetze. Neue Verbindungen zwischen der Wasserkraft in Norwegen und dem Windstrom-Land Schleswig-Holstein gewinnen ebenso zunehmend an Bedeutung wie der für die Stromableitung aus zahlreichen Offshore-Windparks erforderliche Ausbau der Stromnetze auf hoher See.

4.6. Partnerschaft mit West-Finnland

Schleswig-Holstein und die drei finnischen Regionalverbände Ostrobothniens sind in einer Partnerschaft verbunden. Diese fußt auf der „**Gemeinsamen Erklärung über regionale Zusammenarbeit**“ vom August 1998. Auch zum Zusammenschluss der fünf Regionen Westfinnlands, der sog. „West Finland Alliance (WFA)“, bestehen freundschaftliche Kontakte.

Zentrale **Handlungsfelder** der Kooperation mit Ostrobothnien sind Wirtschaft, Landwirtschaft, Hochschule, Bildung, Technologietransfer, Umwelt, Energie, Kultur und Gesundheit. Zu den gemeinsamen Interessenschwerpunkten zählen Meerespolitik, Erneuerbare Energien, Entwicklung ländlicher Räume, Kooperationsperspektiven des Ostseeraums, Projektkooperationen im Bereich des EU-Ostseeprogramms (z. B.

mit russischer Beteiligung), Kooperation im Ausschuss der Regionen und die Zusammenarbeit der regionalen Brüsseler Vertretungen.

Finnland spielt eine wichtige Rolle als Kontaktbrücke zu den Regionen Nordwest-Russlands. Schleswig-Holstein ist Finnlands wichtigster Ostseepartner mit Lübeck als größtem Exporthafen für Finnland. Außerdem haben die Finnen ein starkes Interesse an Produkten und Strategien aus Schleswig-Holstein, z. B. Windenergie und der Gesundheitsinitiative.

Im **Juni 2011** machte die neue **Botschafterin** Finnlands, Päivi Luostarinen, ihren **Antrittsbesuch beim Ministerpräsidenten**. Für **2013** hat eine **finnische Delegation** ihren Besuch in Schleswig-Holstein angekündigt.

4.7. Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten

Schleswig-Holstein und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind seit etwa 20 Jahren Partner, im Wesentlichen ohne formelle Abkommen. Die Zusammenarbeit fußt auf der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände. Im Januar 2011 unterzeichneten die Landwirtschaftsminister Schleswig-Holsteins, Estlands und Lettlands in Berlin ein **Memorandum über die Zusammenarbeit bis 2015**.

Nach dem EU-Beitritt übernahm insbesondere für die wirtschaftlichen Beziehungen die **Deutsch-Baltische Außenhandelskammer** mit Sitz in Tallinn, Riga und Vilnius eine wichtige Rolle. In den drei Hauptstädten ist unter dem Dach der Deutschen Außenhandelskammern (AHK) auch jeweils ein **Schleswig-Holstein-Büro** untergebracht, dessen Aufgaben in der Unterstützung der Zusammenarbeit durch Kontaktpflege mit Behörden und Unternehmen vor Ort, Veranstaltungen sowie Projektarbeit liegen.

Unternehmer der drei baltischen Staaten haben z. B. im **September 2010** mit Unterstützung der Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes die **Messe „HUSUM WindEnergy 2010“ besucht**. Anfang 2011 leisteten die Schleswig-Holstein-Büros u. a. Zuarbeit für das INTERREG IV B-Projekt „BestAgers“. Das SH-Büro Tallinn organisierte z. B. eine Delegationsreise des Estnischen Transport- und Logistik-Clusters nach Hamburg und Schleswig-Holstein und veranstaltete im Rahmen des „**Deutschen Frühlings**“ im **Mai 2011** in **Tallinn** einen „**Deutschen Tag**“. Seit Ende 2010 führt das Schleswig-Holstein-Büro Riga z. B. eine Marktrecherche über die Gesundheits- und Sozialdienstleistungen in Lettland für das Diakonische Werk Schles-

wig-Holstein durch. Außerdem wurden Fortbildungs- und Delegationsreisen nach Riga vorbereitet und begleitet.

Estland

Die einzigen formellen **Abkommen** zwischen Estland und Schleswig-Holstein gibt es im **Agrarbereich** (Anfang 2011 aktualisiert) und zur **polizeilichen Zusammenarbeit**. Die Interessen im Rahmen der Zusammenarbeit liegen in gemeinsamer Europapolitik, direkten Wirtschaftskontakten (bisher über Schweden als größtem ausländischen Direktinvestor und Finnland), dem Abbau von Binnenmarkthemmnissen (Estland ist Koordinator dieser Priorität im Rahmen der EU-Ostseestrategie), Landwirtschaft/ Gemeinsame Agrarpolitik der EU, Hochschulstipendien an der CAU zu Kiel, Zusammenarbeit im Bereich INTERREG, der partnerschaftlichen Verbindung zwischen der IHK zu Kiel und der estnischen IHK, der Energiepolitik (Europäische Netze, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz als Möglichkeiten einer größtmöglichen Unabhängigkeit von Russland). So absolvierten in den Jahren 2010 und 2011 zwei Delegationen aus Estland mehrtägige Fachprogramme des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zu den Themen Lebensmittelvermarktung/Gütezeichen und Organisation der Innenrevision von EU-Förderprogrammen. Die Maßnahmen wurden jeweils bei den regelmäßigen Ministertreffen anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin vereinbart.

Der wichtigste Außenhandelspartner Estlands ist derzeit Finnland vor Russland und Litauen. Für Schleswig-Holstein ist Estland nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums ein recht kleiner Markt. Deutschland ist nach Finnland und Litauen drittstärkster estnischer Importpartner. Wachstumsmärkte in Estland liegen bei der Energiewirtschaft, den Häfen, der Abwasserwirtschaft und der Trinkwasserversorgung. Zur Unterstützung des Exports legte die estnische Regierung 2009 **Exportförderprogramme** auf, die von den Unternehmen zunehmend genutzt werden.

Lettland

Grundlage der Zusammenarbeit mit Lettland sind **Vereinbarungen zwischen den Fachressorts** beider Länder. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Kultur, Landwirtschaft („Gemeinsame Erklärungen“ werden seit 1995 regelmäßig erneuert, ein Memorandum wurde im Januar 2011 unterzeichnet), Strafverfolgung, polizeiliche Zusammenarbeit (schneller und reibungsloser Informationsaustausch der Polizeibehörden), INTERREG-Projekte: First Motion (Medien), Agora 2.0 (Kulturtourismus), UrbEnergy (Energieeffizienz), Baltic Sea Labour Network (Arbeits- und Sozialpolitik).

Der lettische Landwirtschaftsminister besucht regelmäßig die Internationale Grüne Woche Berlin. Im **Mai 2011** empfing das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und

ländliche Räume gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer eine vom Parlamentarischen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium geführte **Delegation aus Lettland** in Schleswig-Holstein.

Litauen

Gemeinsame **Handlungsfelder** in der Zusammenarbeit mit Litauen sind Kultur (Ars Baltica), Zusammenarbeit der Polizei (seit Anfang der 1990er Jahre gibt es eine entsprechende Vereinbarung; zur Vertiefung dieser Kooperation wurde im Mai 2007 im Rahmen eines Treffens der Innenminister ein zwischenbehördliches Protokoll unterzeichnet), Landwirtschaft (Unterzeichnung eines Memorandums über die Zusammenarbeit durch die Landwirtschaftsminister während der Internationalen Grünen Woche Berlin 2007), Wirtschaftskontakte (Vermittlung durch Deutsche Außenhandelskammern AHK und Schleswig-Holstein-Büro Vilnius), Erneuerbare Energien (Unternehmerreisen, Seminare), internationale rechtliche Zusammenarbeit (Richterhospitalisationsprogramme) Bildung, (im Rahmen der EU-Programme Socrates und Leonardo) und Hochschulen (die CAU zu Kiel pflegt langjährige Partnerschaften zu führenden litauischen Universitäten (Kaunas, Vilnius, Siauliai); die Universität zu Lübeck pflegt eine Partnerschaft mit der Medizinischen Universität Kaunas).

5. Fachpolitische Kooperationen

Neben der fachübergreifenden politischen Ostseezusammenarbeit engagieren sich die Ressorts der Landesregierung in eigener Zuständigkeit im Rahmen fachbezogener Kooperationen und Projekte unter folgenden **Leitzielen**:

- Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit
- Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas
- Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung
- Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit
- Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet
- Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung
- Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum
- Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“
- Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum
- Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz
- Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum.

Im Folgenden sind die wesentlichen hieraus resultierenden Arbeitsergebnisse im Berichtszeitraum dargestellt.

5.1. *Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit*

Die kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum fördert das Zusammenwachsen der Menschen im Ostseeraum. Interkulturelle Begegnungen in gemeinsamen Projekten stellen das Verständnis für die jeweils andere Kultur her und vertiefen dieses. Die Kooperationen verbinden Länder und Regionen, sie bereichern das kulturelle Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger und öffnen den Blick auf eine gemeinsame, überregionale und friedliche Zukunft.

Ostseekulturinitiative Ars Baltica

Eines der bedeutendsten Projekte der multilateralen Kulturzusammenarbeit im Ostseeraum ist Ars Baltica. Ars Baltica wurde 1990 auf Betreiben der damaligen Landesregierung ins Leben gerufen und arbeitet heute unter dem Dach des Ostseerates, dem Ars Baltica regelmäßig Bericht erstattet. Ars Baltica verbindet Kulturpolitik mit praktischer Projektarbeit. Der Ars Baltica-Kulturinitiative gehören Vertreterinnen und Vertreter der nordischen und baltischen Staaten sowie Polens und Schleswig-Holsteins an. Die Einbeziehung der Russischen Föderation in das Netzwerk ist erklärtes Ziel der Initiative. Ziel der praktischen Zusammenarbeit ist es, gemeinsame Projekte mit den Partnerländern anzuregen, deren Finanzierung zu unterstützen und hierdurch die kulturelle Identität der Ostseeregion zu stärken.

Alle Ars Baltica Partnerstaaten sind im **Ars Baltica-Organisationskomitee** (Organizing Committee) vertreten. Der Vorsitz lag seit 2008 zunächst in der Kulturabteilung der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, nach Umressortierung beim Ministerium für Bildung und Kultur und wurde im September 2011 auf das Nordkolleg Rendsburg, Akademie für kulturelle Bildung des Landes Schleswig-Holstein, übertragen. Seit Januar 2010 ist auch das **Ars Baltica-Sekretariat** in Schleswig-Holstein angesiedelt, seit Oktober 2010 ebenfalls im Nordkolleg Rendsburg, das die Trägerschaft übernommen hat. Damit ist sichergestellt, dass sich Sekretariat und Vorsitz im Ars Baltica Komitee eng und flexibel abstimmen und entsprechend zusammenarbeiten.

Ars Baltica arbeitet u. a. mit europaweit tätigen Kultur-Netzwerken wie Culture Action Europe und On the Move zusammen sowie mit INTERREG-Projekten, die, wie beispielsweise das ebenfalls mit schleswig-holsteinischen Partnern geführte Projekt First Motion¹, das gemeinsame Ziel der Stärkung der Ostseeidentität und des Regional Branding verfolgen.

Zu den **Ars Baltica-Gemeinschafts-Projekten** gehören die zeitgenössische Jazzmusik ebenso wie die bildende Kunst oder Austauschprogramme für Literaten. Dabei

¹ Zum Projekt First Motion s. Seite 28

wird ein besonderes Augenmerk auf die junge, experimentelle und innovative Kunst gelegt. Die Zahl der multilateralen Kulturprojekte ist in den 1990er Jahren kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2011 waren es 19 Gemeinschaftsprojekte rund um die Ostsee, die mit dem Ars Baltica-Label zertifiziert wurden. Schleswig-Holstein ist mit herausragenden Initiativen vertreten, darunter:

- **JazzBaltica**, 1991 als Pilotprojekt gestartet, danach ein jährliches, international renommiertes Festival mit hoher Besucherzahl. Seit 2002 wird JazzBaltica vom Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) veranstaltet.
- **folkBaltica**, seit 2005 findet das Festival folkBaltica jährlich in Flensburg und der angrenzenden deutsch-dänischen Region statt. Folk-Ensembles aus den Ostseestaaten bestreiten das Festivalprogramm. Neben den Konzerten finden Workshops, Filmvorführungen und Kinderveranstaltungen statt.

Weitere Beispiele für Ars Baltica-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung sind das Internationale **Monodrama-Festival Thespis**, das **Europäische Festival des Debütromans**, die **Nordischen Filmtage Lübeck** und **Blues Baltica**.

Im **September 2011** hat die Landesregierung das **20-jährige Bestehen von Ars Baltica** im Rahmen eines **Festaktes auf Schloss Plön** gewürdigt. Die Veranstaltung wurde als kultureller Auftakt des deutschen Ostseeratsvorsitzes in das Programm der deutschen Ostseeratspräsidentschaft aufgenommen. Das Auswärtige Amt, vertreten durch die Staatsministerin, würdigte die Arbeit von Ars Baltica. Die Landesregierung war durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Bildung und Kultur vertreten. Rund 150 Gäste aus allen Ostseestaaten nahmen an dem Festakt teil.

Zusammenarbeit mit den Partnerregionen

Schleswig-Holstein pflegt den Kulturaustausch auch im Rahmen seiner regionalen Partnerschaften und stellt die entsprechenden Projektmittel für die Maßnahmen zur Verfügung. Ein Projekt, das die Kulturpartner aus sämtlichen Regionalpartnerschaften im Bereich Kunsthandwerk zusammen geführt hat, ist das **Project "Connecting" des Berufsverbandes Kunsthandwerk Schleswig-Holstein**. Gemeinsam mit den Verbänden aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden wurde eine Wanderausstellung konzipiert, die erstmals vom 13. Februar bis 8. Mai 2011 auf dem Museumsberg in Flensburg präsentiert wurde. Vom 18. Juni bis zum 31. Juli 2011 war die Ausstellung in Norwegen in Lillestrøm zu sehen, anschließend in Vaasa/Finnland. 2012 wird sie von April bis Juni in Dänemark in Augustenborg und von Juni bis August 2012 in Schweden zu sehen sein. Mehr als 40 Künstlerinnen und Künstler aus den Partnerregionen und aus Schleswig-Holstein sind daran beteiligt.

Ost-Norwegen

Im Rahmen der Partnerschaft mit der Region Ost-Norwegen hat sich die Kooperation des Bundesverbandes Bildender Künstler Landesverband Schleswig-Holstein (BBK) mit dem Verband aus der Partnerregion etabliert. Seit 2005 werden im Wechsel die "**Østlandutstillingen**" bzw. die "**Landesschau**" im jeweiligen Gastland präsentiert. 2011 gab es im Hinblick auf ein groß angelegtes Ausstellungskonzept in 2012/2013 nur eine kleinere gemeinsame norwegisch-schleswig-holsteinische Ausstellung im Brunswiker Pavillon in Kiel. Präsentiert wurden die in beiden Ländern jeweils preisgekrönten Kunstwerke der Landesschauen - pro Land drei Künstler und Künstlerinnen - in der **Ausstellung „3+3“**. In einem Begegnungsprojekt 2010 hatten sich die Künstlerinnen und Künstler beider Länder zuvor zu einem Seminar in Oslo getroffen und sich zum Thema Kunst und gesellschaftliche Verantwortung beispielsweise für Natur und Ressourcen ausgetauscht und verständigt.

Unter dem Titel „**Stereo not Mono**“ laden der BBK und der norwegische Verband "Østlandutstillingen" die Künstlerinnen und Künstler beider Regionen zur Teilnahme an einem neuen Wettbewerb ein. Eine gemeinsame Jury wählt diejenigen Kunstobjekte aus, die im September 2012 in Moss/Norwegen und Anfang 2013 in der Stadtgalerie in Brunsbüttel präsentiert werden. Damit realisieren beide Seiten erstmals eine Ausstellung, die inhaltlich und konzeptionell gemeinsam erarbeitet und durchgeführt wird. Seitens des Landesverbandes Jugend & Film Schleswig-Holstein ist 2012 der Austausch mit dem „**Amandus Filmfestivalen**“ in Lillehammer geplant. Im Rahmen eines gemeinsamen Filmcamps in Schleswig-Holstein sollen zweisprachig untertitelte Filme entstehen. Eine Teilnahme der norwegischen Jugendlichen an dem **Filmpreis Schleswig-Holstein** ist ebenfalls vorgesehen. Der Gegenbesuch ist mit der Teilnahme am „Amandus Filmfestivalen“ in Lillehammer für 2013 geplant.

Südschweden

Die Kooperation mit dem ehemaligen Verband der sechs südschwedischen Regionen Sydsam wird im kulturellen Bereich im Wesentlichen von den Aktivitäten des Berufsverbandes Kunsthandwerk getragen. 2012 wird die **Wanderausstellung „Connecting“** in Landskrona in Schweden präsentiert.

West-Finnland

2011 unterstützte das Ministerium für Bildung und Kultur die **Einzelausstellung des finnischen Fotografen Jakkoo Heikkilä** in der Stadtgalerie Kiel. Die Ausstellung wurde auch in der Partnerregion in Vaasa gezeigt.

Das Jugendfolkensemble „Die Landstreicher“ aus Flensburg wirkt im Juli 2012 an dem größten **Folkfestival Nordeuropas in Kaustinen/Finnland** mit mehreren Auftritten mit. An dem **Folkskandia-Kurs** nimmt Deutschland erstmals teil. Bislang waren

nur Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark durch jeweils einen Lehrer mit verschiedenen Stücken vertreten. In diesem Jahr ist Deutschland mit der Leiterin der Gruppe „Die Landstreicher“ vertreten.

Dänemark

Die Kooperation findet zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen statt. Die grenzüberschreitenden Projekte wurden in den letzten Jahren durch das **INTERREG IV A-Projekt "Kulturbrücke / Kulturbrø"** unterstützt, das vom Regionskontor in Sønderjylland/-Schleswig in Padborg verwaltet wurde (Förderperiode 2008-2010). 2009 wurden 35 Projekte mit insgesamt 189 T€ gefördert, 2010 waren es 40 Projekte mit 250 T€. Seit April 2011 ist das INTERREG IV A-(Nachfolge-) **Projekt „KulturDialog“** mit einer Laufzeit von drei Jahren (bis Juni 2014) bewilligt. Gefördert werden zahlreiche deutsch-dänische Projekte in den Bereichen Kultur, Sprache, Freizeit, Kinder und Jugend. „KulturDialog“ verfolgt darüber hinaus die Vorbereitung zur **Bildung einer deutsch-dänischen Kulturregion** nach dem Vorbild der dänischen „Kulturaftaler“ sowie die gemeinsame Vermarktung der Grenzregion. 2011 wurden 15 Projekte mit 105 T€ gefördert. Einige Projekte wurden mehrjährig durchgeführt; sie wurden jährlich berücksichtigt. Für den gesamten Zeitraum (2009 - 2011) wurden für insgesamt 74 grenzüberschreitende Projekte 546 T€ bewilligt. Für die Förderperiode 2012 stehen 215 T€ zur Verfügung.

Eine grenzüberschreitende **deutsch-dänische Kulturarbeitsgruppe** aus Vertreterinnen und Vertretern der Region Syddanmark sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und des Ministeriums für Bildung und Kultur (Beobachterstatus) ist maßgeblich an der Umsetzung beteiligt.

Das **deutsch-dänische Kindertheaterfestival** wird 2013 fortgesetzt.

Das Folkfestival **folkBaltica** hat seit 2010 eine starke Fokussierung auf die schleswig-holsteinisch-dänische Dimension. Dieser Fokus wird durch die thematische Festlegung in diesem Jahr noch verstärkt. 2012 steht das **8. folkBALTICA Festival** unter dem Motto **„Deutschmark und Däneland - Grenzen und Grenzgänger“**. Erwartet werden 25 Gruppen aus acht Ländern rund um die Ostsee, die bei fast 50 Veranstaltungen an über 30 verschiedenen Spielstätten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze zu erleben sein werden. Neuer Festivalschwerpunkt wird „Connecting Art & Music“ sein. Eine Verbindung von Bildender Kunst und musikalischen Darbietungen.

Das **„Nordisk Litteraturfest“** fand in der Region Sønderjylland-Schleswig im September 2011 statt. Zehn Autorinnen und Autoren aus Skandinavien (Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Island und Färöer) und Deutschland präsentierten sich in diesem Kontext. Ein Schreibwettbewerb für deutsche und dänische Schülerinnen und Schüler sowie eine Ausstellung begleiteten das Projekt. Das Literaturfest

wurde organisiert und durchgeführt von dem in Flensburg ansässigen Nordisk Informationskontor in Kooperation mit der Stadt Flensburg sowie den Bibliotheken in der Region. Das Informationskontor ist eine Einrichtung des Nordischen Ministerrates und der Vereinigung der Nordischen Vereine Skandinaviens, 2012 wird das Nordisk Litteraturfest erneut stattfinden (17.-22. September).

Die Entwicklung eines **kulturellen Begleitprogramms zum Bau der Fehmarnbelt-Querung** hat in 2010 rund einhundert Kulturschaffende aus beiderlei Regionen in einem **Workshop in Salzau** zusammengeführt. Dieses Treffen hat zum Start für ein INTERREG IV A-Projekt geführt, das die zukünftige Zusammenarbeit in diesem Sektor auch finanziell unterstützt. Im weiteren Fortgang der Projektumsetzung hat die federführende Industrie- und Handelskammer zu Lübeck zur „**kulturLINK Konferenz**“ im Oktober 2011 nach Eutin eingeladen. Kulturschaffende, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Politik und Verwaltung aus der Fehmarnbelt-Region haben bei dieser Gelegenheit die Chancen der politischen, strategischen und praktischen kulturellen Zusammenarbeit in der Region erörtert. Als erstes Ergebnis stellten die Verantwortlichen die **Internetplattform „kulturLINK“** (kulturlink.org/de) vor, auf der Künstlerinnen und Künstler ihre Projekte vorstellen, Partner im jeweils anderen Land identifizieren und gemeinsame Veranstaltungen initiieren können.

Auf Einladung des Ministerpräsidenten und des Staatssekretärs für Europa und Bundesangelegenheiten wurde den süddänischen Partnern im März 2011 in der Landesvertretung in Berlin die Gelegenheit geboten, die **Bewerbung Sønderborgs** und der Grenzregion Sønderjylland-Schleswig **als Europäische Kulturhauptstadt 2017** Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur zu präsentieren.

Das kulturelle Programm, das bereits 2014 beginnen und 2017 seinen Höhepunkt erreichen soll, soll sich in der gesamten deutsch-dänischen Grenzregion entfalten. Kulturprojekte, die sich auch aus Schleswig-Holstein beteiligen wollen, werden vom **Programmkomitee-2017** ausgewählt. Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf ist mit dem Sekretariat-2017 im Gespräch über die Einrichtung eines **Büros von Sønderborg – Europas Kulturhauptstadt 2017**, das Anträge, Ausstellungen und Projekte koordinieren könnte.

Die Kandidatur ist auf eine langfristige Entwicklungsstrategie für die gesamte Region abgestellt. Ziel ist es, die Region hinsichtlich ihres gemeinsamen kulturellen Erbes sichtbar zu machen und die bereits bestehenden Kooperationen auszubauen. Herausragende kulturelle Ereignisse sollen nachhaltige Impulse für alle Bereiche des Lebens setzen.

Russland

Im Mai 2011 präsentierte die Landesregierung gemeinsam mit der Filmförderung

Hamburg Schleswig-Holstein, der Filmwerkstatt Kiel und dem Kultusministerium des Kaliningrader Gebietes „**Territorium Film - Deutsch-Russische Dokumentarfilm-tage in Kaliningrad**“. Für Schleswig-Holstein nahmen die Filme „Full Metal Village“ (Regie: Sung-Hyung Cho), „Glücksritterinnen“ (Regie: Katja Fedulova) und „Schweigen ist Silber“ (Regie: Florian Aigner) sowie ihre Regisseure an dem Festival teil. Eine Fortsetzung des gemeinsamen Festivals ist für 2012 geplant.

Die seit 1990 stattfindende „Graphic Art Biennial of the Baltic Sea Countries ‚Kaliningrad/Königsberg‘“ (**Grafik-Biennale der Ostseestaaten**) wird als Ars Baltica-Projekt durchgeführt. Im September 2011 nahm der Künstler und Malereistudent der Muthesius Kunsthochschule, Michael Struck, mit seinen Monotypien an der X. Biennale teil. Für seine Installation „Wanderung“ wurde er von der Jury mit einem Spezialpreis ausgezeichnet. Die Landesregierung hat den deutschen Ausstellungsbeitrag unterstützt.

Erste Kontakte wurden 2011 in Moskau und Umgebung für eine Ausstellung mit russischen Videokünstlerinnen und -künstlern von der Stadtgalerie Kiel aufgenommen. Im Herbst 2012, vom 15.09. bis 11.11., wird diese Kunstform in der Ausstellung „**Lost in Transformation - Videokunst aus Russland**“ in der Stadtgalerie präsentiert. Die Ausstellung entsteht in Zusammenarbeit mit den Zentren für zeitgenössische Kunst (NCCA) in Moskau und Kaliningrad.

Das **Projekt "Kaliningrad - die Bewohner - Einwanderer sind Auswanderer"** wurde 2009 und 2010 mit Landesmitteln unterstützt. Im Mittelpunkt des Projektes der schleswig-holsteinischen Künstlerin Gudrun Wassermann steht ein multimediales Portrait der heutigen Bewohnerinnen und Bewohner in der Region Kaliningrad. Die Künstlerin thematisiert darin die Themen Migration und Assimilation. Der Film wurde 2011 der Öffentlichkeit in Kiel vorgestellt.

Das Theater „Die Komödianten“ aus Kiel plant eine Kooperation mit dem „Theater Tilsit“ in der Oblast Kaliningrad. Gemeinsam mit dem russischen Theater und jeweils einer Jazzband soll ein Stück „**Jazz & Lyrik**“ erarbeitet und in Sovjetsk und in Kiel präsentiert werden.

Baltische Staaten

2008 war der Schwerpunkt des **folkBALTICA-Festivals** Estland, 2010 Lettland. 2011 nahmen die Akteure die „Kulturhauptstädte des Ostseeraums“ in den Fokus. Mit diesem Thema machte das Festival auf die Bewerbung Sønderborgs und der Region Sønderjylland-Schleswig um den Titel der Kulturhauptstadt 2017 international aufmerksam. Darüber hinaus wirken die Delegierten aus Litauen und Lettland aktiv im Ars Baltica Komitee mit.

Kulturelles Erbe

Schleswig-Holstein ist durch den Direktor des Archäologischen Landesamtes und leitenden Direktor der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen in der **Monitoring Group on Cultural Heritage in the Baltic Sea States** (Begleitausschuss Kulturelles Erbe in den Ostseestaaten) vertreten. Dieses Netzwerk ist eine Organisationsstruktur des Ostseerates im Cluster „Bildung und Kultur“. Die Monitoring Group koordiniert mehrere Arbeitsgruppen, von denen sich die **Working Group on Underwater Cultural Heritage of the Baltic Sea** mit dem kulturellen Erbe in der Ostsee beschäftigt. Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe führt seit 2008 der stellvertretende Direktor des Archäologischen Landesmuseums. In der Arbeitsgruppe gibt es derzeit 16 Mitglieder aus allen Ostseeanrainerstaaten und den kulturpolitisch eigenständigen Regionen Kaliningrad und Åland Inseln. Schwerpunkte der Arbeit sind die Koordination internationaler Projekte in diesem Bereich wie das 2006 abgeschlossene **RUTILUS-Projekt**, das dem Datenaustausch über die verschiedenen Schutzregime von Unterwasserfundstätten sowie archäologischer Ausbildung und Tourismusstrategien gilt, oder die unterwasserarchäologische Betreuung internationaler Baumaßnahmen wie die Erdgastrasse zwischen Russland und Norddeutschland, die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung des kulturellen Erbes unter Wasser als gemeinsames Kulturerbe der Region, die Sensibilisierung für seinen Schutz gegen unbefugten Zugriff und zerstörende Einflüsse aus sich verändernden Umweltbedingungen sowie die nachhaltige touristische Inwertsetzung des Kulturerbes innerhalb bestehender internationaler Konventionen wie der **UNESCO-Konvention zum Schutz des Kulturerbes** unter Wasser.

Das im September 2008 in der **Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf** gegründete **Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie (ZBSA)** hat im Berichtszeitraum seine Kooperationen im Zielgebiet ausgebaut. Es wurden **Kooperationsvereinbarungen mit archäologischen Instituten** in Polen, mit einem Institut in Norwegen, in Klaipeda/Litauen und in Riga/Lettland abgeschlossen. Verschiedene **internationale Veranstaltungen** wie der Nordic Blade Technology¹ Workshop ziehen regelmäßig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Skandinavien und Osteuropa nach Schloss Gottorf. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Lettland fanden in 2010 und 2011 zusammen mit dem Archäologischen Landesmuseum und lettischen Kollegen zwei Workshops statt. Über die intensive Vernetzung aus der Grundstruktur des ZBSA hinaus ist es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelungen, weitere Drittmittelprojekte einzuwerben, die die Zusammenarbeit mit Skandinavien, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Russland verstärken und ausbauen. Zu den wichtigsten zählt ein **Langzeitprojekt**

¹ Forschungsnetzwerk im Bereich der Prähistorik

über 18 Jahre bei der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz (**Siedlungarchäologische Grundlagenforschung zur Eisenzeit im Baltikum inkl. Ostpreußen**). Weiterhin wurde ein **Schwerpunktprogramm bei der Deutschen Forschungsgesellschaft** initiiert (Häfen von der Römischen Kaiserzeit bis zum Mittelalter). Die traditionell enge Zusammenarbeit mit dänischen Instituten hat zu der Beteiligung an einem INTERREG IV A-Projekt geführt (**Bones4Culture**: Kulturerbe erhellt deutsch-dänische Identität).

Im Rahmen der Neugestaltung der **Dauerausstellungen des Archäologischen Landesmuseums** wurde der **maritime Charakter der Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins** als Alleinstellungsmerkmal der Region herausgestellt und die Umsetzung dieses Themenfeldes als eine Hauptaufgabe in der Vermittlung der Landesgeschichte definiert. Für den einzigartigen Bestand maritimer Kulturgüter des Museums wie Schiffswracks, steinzeitliche Paddel und frühe maritime Kunst wird es auf der Schlossinsel eine eigene Ausstellungshalle mit ca. 700 m² Ausstellungsfläche geben, die den Arbeitstitel „Schiffshalle“ trägt. Die Fertigstellung dieser Dauerausstellung ist für 2014 vorgesehen.

Im Jahr 2015 steht der 300. Jahrestag der **Selbstversenkung des schwedischen Flaggschiffes „Prinsessan Hedvig Sophia“** vor Bülk in der Nähe von Kiel an. Dort wurde das Wrack vor wenigen Jahren entdeckt und unter Denkmalschutz gestellt. Internationale unterwasserarchäologische Untersuchungen durch das Archäologische Landesamt in Schleswig, die Arbeitsgruppe maritime und limnische Archäologie der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Universität Esbjerg in Dänemark brachten ans Licht, dass dieses Schiff eines der historisch bedeutendsten Wracks der Neuzeit ist und in eine Reihe mit den schwedischen Flaggschiffen „Kronan“ und „Vasa“ gestellt werden kann. Das Wrack versinnbildlicht eine entscheidende Phase in der Entwicklung des Ostseeraumes im Allgemeinen und des Herzogtums Schleswig-Holstein-Gottorf im Besonderen und beleuchtet in einmaliger Weise die enge Verflechtung des Gottorfer Schlosses mit den großen Dynastien des Ostseeraumes. Eine große **Sonderausstellung** auf Schloss Gottorf im Jahr 2015 **zum Großen Nordischen Krieg** im gesamten Ostseeraum ist in Vorbereitung. Für das Land Schleswig-Holstein bietet sich damit die einzigartige Chance, gemeinsam mit internationalen Partnern nordeuropäische Geschichtsschreibung voranzubringen.

Das **Archäologische Landesmuseum** betrieb im Berichtszeitraum Forschungen zur Hafenentwicklung von Haithabu und Schleswig im 11. Jahrhundert. An beiden Orten existierten im frühen bzw. hohen Mittelalter die zentralen Kommunikationsknoten und Warenumsschlagplätze Nordeuropas mit den jeweils größten Häfen ihrer Zeit. Die dadurch erwiesene Nordeuropa umspannende Bedeutung der inneren Schlei als Tor zwischen Nord- und Ostsee, als Umschlagplatz zwischen Ost- und Westeuropa,

hat das Ende der Wikingerzeit in der Mitte des 11. Jahrhunderts und damit einen gravierenden Bruch in der politischen Landschaft sowie der Wirtschafts- und Infrastruktur überdauert. Die Erforschung des Übergangs von Haithabu nach Schleswig ist deshalb im besonderen Maße geeignet, die Abgrenzung von Wikingerzeit und Mittelalter in der archäologischen und historischen Forschung zu überwinden. Gemeinsam mit dem Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und finanziert durch die Volkswagenstiftung wird das Archäologische Landesmuseum in einem dreijährigen **Forschungsprojekt die Entwicklung der Ostseehäfen Haithabu und Schleswig im 11. Jahrhundert** erforschen. Die Resultate fließen in eine **internationale Sonderausstellung** ein.

Das Archäologische Landesmuseum arbeitet außerdem an einem **Forschungsprojekt zur Entwicklung des Ostseeraumes im Mesolithikum und Neolithikum**. Mit dem beantragten Projekt sollen die Beziehungen zwischen den westlichen Regionen Russlands und dem nördlichen Mitteleuropa, vor allem dem Ostseeraum, im Zeitraum von ca. 10.000 bis 4.000 v. Chr. neu bewertet und diskutiert werden.

Das **Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein (ALSH)** besitzt traditionsgemäß zahlreiche und wichtige Kontakte in den Ostseeraum und darüber hinaus. Ein besonderes Anliegen ist hier die Abstimmung der transnationalen denkmalpflegerischen Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum. Partner sind insbesondere die dänische Denkmalschutzbehörde Kulturarvsstyrelsen und das Museum Sønderjylland - Arkæologi Haderslev. Als direkter Nachbar ist auch die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege / Archäologie und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern zu erwähnen.

Daneben steht die praktische denkmalpflegerische Tätigkeit selbst. Hier sind transnationale Großprojekte wie die **Fehmarnbeltquerung**, die **Gaspipeline zwischen Fockbek und Ellund** oder die **Projekte zur marinen Archäologie im Ostseeraum** wie das genannte zur „Prinzessin Hedvig Sophia“ zu nennen.

Von zentraler Bedeutung ist das vom ALSH getragene **Projekt zur Eintragung von Haithabu und dem Danewerk in die Liste der UNESCO-Welterbestätten**. An dem internationalen Projekt sind auch Dänemark, Island, Norwegen, Lettland und Schweden mit sieben eigenen Denkmälern beteiligt, von denen drei bereits auf der Welterbeliste stehen. Island hat die Projektleitung übernommen und wird die Antragsunterlagen bei der UNESCO einreichen. Derzeit werden noch die gemeinsamen Steuerungsstrukturen entwickelt sowie die Begründung des außergewöhnlichen universalen Wertes als Welterbe angepasst.

5.2. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas

Seit 2004 koordiniert die Landesregierung ihre meerespolitischen Aktivitäten im Rahmen der Landesinitiative „Zukunft Meer“¹. Grundlage des meerespolitischen Engagements der Landesregierung im Ostseeraum ist die **Schlusserklärung der Konferenz des Ostseeraums zum Grünbuch Europäische Meerespolitik** der EU-Kommission, die auf Initiative der Landesregierung im September 2006 in Kiel stattfand. Teilnehmer aus allen EU-Ostseeanrainerstaaten und aus Norwegen haben in der **Schlusserklärung**² die Erwartungen des Ostseeraums an eine Europäische Meerespolitik formuliert und sich für die Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas bis zum Jahr 2015 ausgesprochen. Verschiedene Ostseeorganisationen haben sich dieser Forderung in der Folge angeschlossen. Ziel ist es, die Ostsee bis 2015 zum saubersten und sichersten Meer Europas zu entwickeln und den Ostseeraum zum Modell der Vereinbarkeit von prosperierender maritimer Wirtschaft und nachhaltigem Schutz der marinen Ökosysteme fortzuentwickeln.

Die Deklaration ist auch Grundlage der meerespolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der Subregionen des Ostseeraums BSSSC und des Ostseerates.

Über die Deklaration wurde der Ostseerat gebeten, die Initiative der Konferenz aufzugreifen und die Umsetzung zu koordinieren. Diese schleswig-holsteinische Initiative wurde von den norddeutschen Ländern, der Bundesregierung und Ostseegremien wie dem Parlamentsforum Südliche Ostsee, der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC) mitgetragen und unterstützt.

Auf Initiative der Landesregierung hat das Auswärtige Amt das Anliegen in die Gremien des Ostseerates getragen und letztendlich erreichen können, dass der Ostseerat eine Expertengruppe Meerespolitik eingesetzt hat. Die konstituierende Sitzung der **Expertengruppe Meerespolitik des Ostseerates** fand im November 2009 in Vilnius statt. Den Vorsitz führt das jeweilige Vorsitzland im Ostseerat (bis Juni 2012 Deutschland).

Auch über das Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC engagiert sich die Landesregierung für gemeinsame meerespolitische Initiativen und Aktivitäten im Ostseeraum. Schleswig-Holstein hat den Vorsitz in der **BSSSC-Arbeitsgruppe Mee-**

¹ Im Internet: www.schleswig-holstein.de/MWV/DE/Technologie/LandesinitiativeZukunftMeer/LandesinitiativeZukunftMeer_node.html

² Schlusserklärung im Internet: www.maritimeconference2006.com/Presentations/Schlusserklaerung_german.pdf

respolitik¹ übernommen, der derzeit (Stand zu Redaktionsschluss) Vertreterinnen und Vertreter aus Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen, Russland, Schweden sowie Hamburg und Schleswig-Holstein angehören. Die Arbeitsgruppe sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsame meerespolitische Interessen der Regionen des Ostseeraums zu bündeln und im Rahmen politischer Initiativen und Modellprojekte (z. B. über das EU-Ostseeprogramm) voranzubringen und so einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels der maritimen Modellregion Ostseeraum zu leisten.

Wesentliche meerespolitische Initiative der Landesregierung im Rahmen der Kooperation mit BSSSC war die **Initiative für eine saubere Ostseeschifffahrt („Clean Baltic Shipping“)**. Das Projekt Clean Baltic Shipping umfasst die Komponenten

- Landstromanschluss für Schiffe
- Umweltbezogene Hafengebühren
- Saubere Kreuzschifffahrt (freiwilliger Verzicht auf Abwassereinleitungen auf Hoher See)
- Ostseeweite Label für umweltverträgliche Schifffahrt und nachhaltiges Hafenmanagement
- Auszeichnung (Preisverleihung) von Best Practice in den genannten Bereichen.

Über die Mitgliedschaft im Vorstand des Netzwerks der Ostseeregionen BSSSC konnte die Unterstützung von BSSSC und von fünf weiteren, mit BSSSC kooperierenden Ostseeorganisationen (Baltic Development Forum, CPMR Baltic Sea Commission, Union of Baltic Cities, Euroregion Baltic, B7 Baltic Islands Network) für die Initiative gewonnen werden. Auch das Parlamentsforum Südliche Ostsee, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben sich in ihren Beschlüssen zur EU-Ostseestrategie für das Projekt Clean Baltic Shipping ausgesprochen.

Ergebnis dieser Lobbyarbeit: **Priorität 4 des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie** lautet „Umwandlung [der Ostseeregion] in eine Modellregion für saubere Schifffahrt“, alle fünf Komponenten der schleswig-holsteinischen Initiative wurden in die erste Fassung des Aktionsplans aufgenommen.

Zur Unterstützung der Umsetzung hat die Staatskanzlei die Entwicklung des **INTER-REG-Projekts „Clean Baltic Sea Shipping“ (CleanShip)** und die Antragsstellung im EU-Ostseeprogramm unterstützt. Der Projektantrag wurde im Juni 2010 genehmigt und erhielt als einziges Projekt der Antragsrunde den Status „strategisches Projekt“. Für die Umsetzung des Projekts stehen inklusive Kofinanzierungsmitteln der Projektpartner rund 3 Mio. € zur Verfügung.

¹ BSSSC Working Group on Maritime Policy im Internet:
www.bsssc.com/index.php?system cms=5&s=24

Leadpartner ist der Hafen Trelleborg, das Projektmanagement liegt beim Baltic Energy Forum e. V. in Lübeck. Weiterer schleswig-holsteinischer Projektpartner sind die Stadtwerke Lübeck, assoziierte Partner sind die Staatskanzlei Schleswig-Holstein und das Maritime Cluster Norddeutschland (Clustermanagement: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein WTSH). Ein Vertreter der Staatskanzlei ist (gleichzeitig auch als Vertreter der BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik) Mitglied im **Politischen Begleitausschuss des Projekts CleanShip**.

Das Projekt verbindet Partner aller Ostseestaaten aus den Bereichen Schifffahrt, Häfen, Energieversorger, Wissenschaft, Administration und der Verbände. Ziel ist die Verringerung schädlicher Emissionen durch die Schifffahrt. Über Pilotprojekte sollen z. B. die Nutzung alternativer Treibstoffe und die Energieversorgung von Schiffen von Land während ihrer Liegezeiten im Hafen gefördert und Anreizsysteme für saubere Ostseeschifffahrt entwickelt werden.

Die Staatskanzlei hat ihre meerespolitischen Aktivitäten auf Wunsch der EU-Kommission in den **Jahresforen (Annual Forum) zur EU-Ostseestrategie 2010** (Tallinn) **und 2011** (Danzig) präsentiert, 2010 im Programmteil zum Thema Darstellung meerespolitischer Aktivitäten in den Regionen und Staaten des Ostseeraums, 2011 zum Thema Blue Growth / Wachstumschancen der maritimen Wirtschaft.

Im Rahmen des Annual Forum 2010 hat der Vertreter der Staatskanzlei als Vorsitzender der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik eine **gemeinsame Veranstaltung der meerespolitischen Arbeitsgruppen von Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz und BSSSC** im Rahmen des Europäischen Meerestages 2011 in Danzig angeregt. Ziel sollte die Abstimmung zwischen regionaler, nationaler und parlamentarischer Ebene im Bereich meerespolitischer Aktivitäten sein. Diese Anregung wurde von der Expertengruppe Meerespolitik (EGMP) des Ostseerates umgehend aufgegriffen. Die EGMP des Ostseerates hat Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung koordiniert.

Ziel der **Veranstaltung** unter dem Titel "**Common Vision, linking efforts, strengthening Visibility**" (Gemeinsame Vision, Bündeln der Kräfte, Stärken der Sichtbarkeit) anlässlich des **Europäischen Meerestages** im **Mai 2011 in Danzig** war die Präsentation der meerespolitischen Ziele und Aktivitäten der drei Ostseeorganisationen; gleichzeitig wurde für die Einbeziehung weiterer Akteure geworben. In einer **gemeinsamen Erklärung**¹ wurde die weitere Zusammenarbeit verabredet mit dem Ziel, zur Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellegion Europas im Sinne der Schlusserklärung der Kieler Meereskonferenz (s. o.) beizutragen.

¹ Im Internet: www.cbss.org/Economic-Development/expert-group-on-maritime-policy

Auf Einladung der Expertengruppe Meerespolitik des Ostseerates fand im **Januar 2012** ein **Workshop** zur Koordinierung weiterer gemeinsamer Aktivitäten statt. Neben den Vertreterinnen und Vertretern der meerespolitischen Gremien von Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz und BSSSC waren Vertreterinnen und Vertreter von HELCOM, der Ostseekommission der CPMR¹, Baltic Sea Forum², VASAB³, der Transportpartnerschaft der Nördlichen Dimension⁴, des BONUS Forschungsprogramms⁵ und der EU-Kommission beteiligt. Alle Beteiligten werden im Rahmen des Programms zum **Europäischen Meerestag 2012 in Göteborg** eine gemeinsame Veranstaltung durchführen. Ziel ist die Verbesserung des Dialogs der meerespolitischen Akteure untereinander, die Reduzierung von Doppelarbeit und die bessere Verknüpfung der maritimer Aktivitäten mit der EU-Ostseestrategie.

Im Rahmen des Europäischen Meerestages in Göteborg ist auch eine Präsentation der Landesinitiative „Zukunft Meer“ geplant.

Eine weitere schleswig-holsteinische Initiative im Rahmen des Vorsitzes in der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik ist die für einen **Baltic Sea Clean Marine Award**, einen Preis für vorbildliche Projekte im Bereich der sauberen Ostseeschifffahrt. Ein solcher Preis setzt Anreize für Unternehmen im Bereich umweltverträglicher Schifffahrt und erhöht die Sichtbarkeit der Ziele einer integrierten Meerespolitik. Die Initiative knüpft an den 2004 von der EU Kommission einmalig vergebenen „Clean Marine Award“ an, der entsprechende Projekte europaweit ausgezeichnet hatte. Damalige Preisträger waren die schleswig-holsteinische Reederei Rörd Braren für ihre Ultra-Leicht-Schiffe, das schwedische Unternehmen SCA Transforest für ihre emissionsarme Logistikpolitik und der Hafen Göteborg für seine Anlage zur Landstromversorgung von Schiffen.

Die Initiative wurde vom Baltic Sea Forum aufgegriffen und soll möglichst im Rahmen der Projektpartnerschaft des Baltic Sea Forums im INTERREG-Projekt CleanShip realisiert werden.

¹ Conference of Peripheral Maritime Regions, Homepage: www.cpmr.org

² Das Baltic Sea Forum ist eine Nichtregierungsorganisation, die das wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenwachsen der Ostseeanrainerländer unterstützt. Homepage: www.baltic-sea-forum.org

³ Zu VASAB siehe Seite 94

⁴ Die Nördliche Dimension ist ein Bereich der EU-Politik zur Verbesserung der Beziehungen zwischen nördlichen EU-Staaten und ihren Nachbarn

⁵ BONUS ist ein EU-Forschungsprogramm für den Ostseeraum, Homepage: www.bonusportal.org

5.3. Zusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung

Projekte mit Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner

Projekt „Sichtwechsel“

„Sichtwechsel“ ist ein Projekt der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Flensburg mbH und wurde im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit aus Mitteln der Europäischen Union sowie des ehemaligen Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa Schleswig-Holstein gefördert. Das Projekt startete im Jahr 2009 und wurde im Oktober 2010 um zwei weitere Jahre verlängert. Seitens der Berufsbildenden Schulen sind die Flensburger Wirtschaftsschule sowie die Berufliche Schule des Kreises Nordfriesland in Niebüll Kooperationspartner in diesem Projekt.

Das Projekt hat das Ziel, Auszubildenden und Studierenden die Grenzregion Sønderjylland/Schleswig näher zu bringen. Die Grenzregion soll als gemeinsamer Arbeits- und Wirtschaftsraum wahrgenommen werden, indem die Studierenden und Auszubildenden nicht nur die Sprache, sondern auch die Kultur und vor allem den Arbeitsmarkt besser kennen lernen. Die Auszubildenden erhalten die Chance, ihre Kompetenzen und Qualifikationen zu stärken, um ihre Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu steigern. Konkret unterstützt „Sichtwechsel“ u. a. bei der Suche nach einem Praktikumsplatz in Dänemark, bietet Betriebsbesichtigungen von dänischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen und sprachliche Vertiefungsmöglichkeiten an sowie Workshops, die nicht nur über das andere Land informieren, sondern auch interkulturelle Kompetenzen stärken sollen.

Projekt „Dual Plus“

Das Projekt „Dual Plus“ soll zur Qualitätsförderung der beruflichen Bildung in Norddeutschland sowie Südjütland beitragen und wurde im Januar 2012 gestartet und hat eine Laufzeit bis Februar 2014. Als Ausgangslage zur Qualitätsförderung dienen Best Practice-Aktivitäten der Partnerländer mit den fachlichen Fokusfeldern „Lernortkooperation“ in Deutschland und „Qualitätssicherung der betrieblichen Berufsausbildung“ in Dänemark.

„Dual Plus“ soll als Rahmen für das Projekt ein Praxisnetzwerk zwischen norddeutschen und südjütländischen Berufsschulen bilden, unter aktiver Einbeziehung von offiziellen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern des Arbeitsmarktes (Sozialpartner) in den beiden Regionen.

In Workshops und virtuellen Arbeitstreffen soll das Netzwerk das Praxiswissen identifizieren. Es werden Werkzeuge und Prozeduren ausgewählt, in der Praxis des Partnerlandes getestet, evaluiert und darauf folgend generalisiert zwecks späterer Anwendung an weiteren Schulen bzw. in den offiziellen Ausbildungsausschüssen, die in

beiden Ländern aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bestehen. Angestrebt werden u. a. Resultate wie:

- neue Mobilitätsinitiativen für Lehrer, Ausbildungsberater und betriebliche Ausbilder,
- Praxisguide für ein eintägiges Austauschkonzept,
- Skizzen für die organisatorische Umsetzung einer effektiven Lernortkooperation (Betriebe / Berufsschulen),
- Empfehlung inhaltlich-didaktischer Schwerpunkte der Lernortkooperation differenziert nach Ausbildungsfeldern und -berufen,
- Lernmaterialien für die Ausbildung dänischer betrieblicher Ausbilder,
- gegenseitige Anerkennung von Kursen zur Qualifizierung betrieblicher Ausbilder.

Evaluierung

Die Evaluationen werden projektintern durchgeführt, mit systematischer Dokumentation sowohl der Einzelaktivitäten als auch der abschließenden Projektevaluation. Für Projektbeteiligte besteht ständiger virtueller Zugriff auf die Evaluationsresultate auf der Projektseite. Die methodischen Maßnahmen zur Entwicklung und Anwendung von Bewertungskriterien werden projektiert.

Nachhaltigkeit:

Noch besteht keine konkrete Vereinbarung zwischen den Projektpartnern zur Fortsetzung oder Erweiterung der Kooperation nach Projektabschluss. Geschaffen werden sollen dauerhafte Austauschforen von Ausbildungsausschüssen beider Länder (mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen). Die gleichwertige Partnerschaft ist fachlich so aufgestellt, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit für den Transfer auf andere Schulen, Branchen und Sektoren besteht.

Projektpartner:

Erhvervsuddannelsescenter EUC Syd, International Business College IBC Fredericia, Industrie- und Handelskammer Flensburg, Handwerkskammer Flensburg, Regionales Berufsbildungszentrum Theodor-Litt-Schule, Regionales Berufsbildungszentrum Walther-Lemkuhl-Schule, Regionales Berufsbildungszentrum Hannah Arendt Schule

Projekt „Competence to go - grenzüberschreitende Mobilität – ein Ausbildungsgang mit zwei Abschlüssen“

Das Projekt ist ein Pilotprojekt, das die Grundlage für zukünftige Ausbildungskonzepte in Europas Grenzregionen schaffen soll. Übergeordnetes Ziel ist es, die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungen zu vereinfachen, indem bestehende Barrieren in

den beiden Helferausbildungen auf deutscher und dänischer Seite verifiziert und kariert werden.

„Competence to go“ ist ein grenzüberschreitendes Pilotprojekt, bei dem ein **Qualifizierungsmodell / Merit Model** (Gutschriftmodell) zur Erreichung des dänischen Abschlusses als Sozial- und Gesundheitshelfer (social- og sundhedshjælper) und des deutschen Abschlusses als Altenpflegehelfer in *einem* Ausbildungsgang, der grenzüberschreitende Mobilität ermöglicht, entwickelt und erprobt wird. D. h., die Jugendlichen durchlaufen die dänische Ausbildung und bekommen Teile gutgeschrieben für die deutsche Ausbildung. Die Projektaktivitäten beinhalten eine Bestandsaufnahme der gemeinsamen und besonderen Kompetenzen in der Ausbildung zum Sozial- und Gesundheitshelfer (social- og sundhedshjælper) in Dänemark und der Ausbildung zum Altenpflegerhelfer in Deutschland.

Angestrebtes Ergebnis des Projektes ist die Entwicklung eines Handbuchs für ein Merit Model / Qualifizierungsmodell im Bereich der gesetzlich regulierten Berufe. Das Modell wird auch in anderen Fachbereichen und in anderen Grenzregionen angewendet werden können. Es wird ein Netzwerk der Ausbildungsinstitutionen aufgebaut, die gemeinsam die Kompetenz haben, die beiden Prüfungen durchzuführen.

Evaluierung: Während der Durchführung des Projektes werden laufend Evaluationen in Zusammenarbeit mit der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet vorgenommen, um ggf. Anpassungen so früh wie möglich vornehmen zu können. Angelegte Kriterien sind u. a. Transfermöglichkeit, Qualität der Umsetzung, Etablierung neuer Strukturen, Akzeptanz.

Nachhaltigkeit: Die beteiligten Schulen erklären, dass sie nach Abschluss des Projekts eine **Ausbildung mit zwei staatlichen Prüfungen** anbieten werden. Die langfristige Zusammenarbeit hängt davon ab, inwieweit die neuen grenzübergreifenden Ausbildungsangebote in der Testperiode während der Projektlaufzeit erfolgreich verlaufen.

Projektpartner: Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Nordfriesland, Jobcenter Flensburg, Billund Kommune, Fredericia Kommune, Social- og Sundhedsskolen Esbjerg, Social- og Sundhedsskolen Åbenrå, Regionskontor & Infocenter Sønderjylland-Schleswig, Projekt Pontifex, Projekt CAAB.

COMENIUS-Schulpartnerschaften

Die Europäische Union fördert mit COMENIUS-Schulpartnerschaften die Zusammenarbeit von Schulen und vorschulischen Einrichtungen mit Partnereinrichtungen aus mindestens zwei Teilnahmestaaten am EU-Programm für lebenslanges Lernen.

Die Projekte haben generell eine zweijährige Laufzeit. Es werden pauschale Zuschüsse gewährt, die sich an der Anzahl der Mobilitäten orientieren.

2010 erhielten 12 Schulen in Schleswig-Holstein eine Genehmigung für ihre Schulprojekte mit 24 Schulen aus dem Ostseeraum. Besonders hervorzuheben ist das **multilaterale Schulprojekt der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg** mit sieben Partnern ausschließlich aus der Ostseeregion (Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden) - zudem wurde ein Teilprojekt aus dieser Partnerschaft Ende 2010 durch die eTwinning-Jury¹ ausgezeichnet.

Im Jahr 2011 haben insgesamt 15 Projekte schleswig-holsteinischer Schulen mit 21 Partnern aus sieben verschiedenen Ostseeanrainerstaaten eine Genehmigung erhalten. Die Cesar-Klein-Schule Ratekau hat zwei verschiedene Comenius-Projekte mit je einem Partner in Schweden und Polen ins Leben gerufen.

Comenius-Assistenzzeiten

Das Regionale Berufsbildungszentrum Technik in Kiel hat eine Comenius-Assistenzkraft aus Polen für das Schuljahr 2010/2011 aufgenommen. Eine Studentin der Universität Kiel wurde an eine Schule in Dänemark vermittelt. Im Jahr 2011 konnte eine finnische Assistentin an der Gemeinschaftsschule in Meldorf eingesetzt werden. Eine schleswig-holsteinische Studentin wurde an eine norwegische Gasteinrichtung vermittelt. Die Teilnehmerinnen erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.

Comenius-Lehrerfortbildung

Im Jahr 2010 nahmen insgesamt zehn Lehrkräfte an Kursen in Dänemark, Estland, Finnland und Schweden teil. 2011 hat eine Lehrkraft an einem Kurs in Schweden teilgenommen. Fahrt- und Aufenthaltskosten wurden aus EU-Mitteln finanziert.

Projekt FLIP Flensburg - Linköping Inclusion Project

Im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Comenius-Regio ist im Jahr 2009 erstmals ein Projekt des Schulamtes Flensburg mit der Universität Linköping mit zweijähriger Laufzeit genehmigt worden. Im Mittelpunkt stand der Austausch von Erfahrungen und Best Practice-Modellen bezüglich folgender Leitthemen:

- Prozesse der Inklusion in unterrichtliche und schulische Arbeitsstrukturen
- Förderung selbständiger und individualisierter Unterrichtsformen
- Unterstützungsstrukturen für Unterrichts- und Schulentwicklung.

Innerhalb des Projektes wurden Entwicklungsstrategien bezüglich der Schul- und Unterrichtsentwicklung unter Berücksichtigung von einschlägigen Erfahrungen in den

¹ Das EU-Programm eTwinning vernetzt Schulen aus Europa über das Internet miteinander

Partnerregionen entwickelt. Die Teilnehmer erhielten aus EU-Mitteln pauschale Zuschüsse zu den Projekt- und Mobilitätskosten. Das Comenius-Regio-Projekt der schulischen sowie universitären Partner - „EULE“ (Einrichtung der Universität Flensburg sowie des IQSH¹ für **U**nterrichtsentwicklung, **L**ernkultur und **E**valuation), Schulamt Flensburg, Kommune Linköping, Grundschule Adelby, Volksschule Linköping und Universität Linköping - wurde 2011 erfolgreich abgeschlossen. Die Erfahrungen der Teilnehmenden und Kommunen waren durchweg positiv. Ein neuer Antrag ist in Planung.

Baltic Sea Project (Ostseeprojekt)

Das Ostseeprojekt (Baltic Sea Project) ist ein internationales Schulprojekt im Rahmen des internationalen Netzwerks der UNESCO-Projektschulen. Die Gründung des Baltic Sea Project (BSP) im Jahr 1989 geschah ursprünglich nicht aus dem Netzwerk der UNESCO-Projektschulen heraus, sondern als Konsequenz einer internationalen UNESCO-Konferenz zur Umwelterziehung in Lillehammer/Norwegen. Insofern war es sowohl geografisch als auch thematisch fokussiert auf ein Leitbild zur Umweltbildung. Der geografische Fokus auf die neun Ostseeanrainerländer ist bis heute erhalten, der Themenbereich deutlich erweitert worden, die Ostsee aber bleibt zentraler Mittelpunkt.

Die Strukturen des Netzwerkes entsprachen von Beginn an denen der UNESCO-Projektschulen; allerdings sind die Aufnahmekriterien sehr einfach – wer mitmacht, ist dabei. Durchschnittlich sind 200 Schulen aktiv im BSP beteiligt, darunter zehn Schulen aus Schleswig-Holstein.

Die jährlich stattfindenden Konferenzen, an denen Schülerinnen und Schüler aller neun Staaten teilnehmen, haben das Interesse der Schülerinnen und Schüler auf die Ostseestaaten gerichtet und feste Beziehungen über das Netzwerk hinaus entstehen lassen. In den 22 Jahren seines Bestehens haben sich nicht nur unter den Lehrkräften, sondern auch unter den Schülerinnen und Schülern feste Kontakte entwickelt, die weit über die Schulzeit hinausreichen.

Die Aktivitäten im Rahmen des BSP werden in zweimal jährlich herausgegebenen **Newslettern** dokumentiert; alle 2 Jahre entstehen sogenannte **Learners' Guides**, die sich mit speziellen Themen – auch für Unterrichtsprojekte – befassen.²

Es zeigt sich, dass im Vergleich zu zeitlich begrenzten Projekten (z. B. COMENIUS) solche langfristig arbeitenden Netzwerke dadurch Nachhaltigkeit erreichen, dass sie

¹ Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

² Alle Veröffentlichungen im Internet über: www.b-s-p.org

den Schülerinnen und Schülern ein Hineinwachsen ermöglichen, stabile Rahmenbedingungen schaffen und langfristige Beziehungen auch der Schulen und Lehrkräfte untereinander fördern. Es entstehen auf diese Weise Traditionen, durch die interkulturelle Arbeit in Schulen zur Selbstverständlichkeit wird.

In den einzelnen Mitgliedsländern haben sich thematische Schwerpunkte entwickelt mit besonderer Expertise einzelner Schulen, die anderen Schulen zur Information und Unterstützung zur Verfügung steht.

Schulpartnerschaften im Ostseeraum 2011

Schulart	DK	EST	FIN	LET	LIT	POL	NOR	RUS	SWE
Förderzentren	0	3	1	0	1	4	0	0	0
Grundschulen	1	0	1	0	0	1	0	0	1
Grund- /Hauptschulen	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Regionalschulen	2	1	1	0	0	2	0	0	0
Gemeinschaftsschulen (GS)	2	3	4	1	0	14	2	1	2
GS mit gymn. Oberstufe	2	0	0	0	0	7	1	2	2
Gymnasium	13	7	6	0	0	24	5	11	10
Berufsschulen	12	1	7	1	0	11	2	3	1
insgesamt	33	16	20	2	1	64	10	17	16

Stand: Februar 2012

Kooperationen im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung

Projekt INCLUDEME

Das INCLUDEME-Programm der EU ermöglicht angehenden europäischen Lehrkräften im Bereich der berufspraktischen Ausbildung die Zusammenarbeit mit jeweils einer Partnerlehrkraft aus einem anderen europäischen Land.

Schleswig-holsteinische Schulen arbeiten mit folgenden Kooperationspartnern zusammen:

- Viikki Teacher Training School Helsinki und Universität Helsinki
- Sct. Severin Skole und University College Syddanmark in Haderslev
- Vilniaus savivaldybės Grigiškių vidurinė mokykla (weiterführende Schule) und Vilniaus pedagoginis universitetas (pädagogische Universität) in Vilnius/Litauen.

Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst mit verschiedenen Unterrichtsfächern hospitieren und unterrichten entsprechend der Projektstandards an den genannten Schulen. Der Auslandsaufenthalt erstreckt sich über 14 Tage. Im Austausch hospitieren und unterrichten angehende Lehrkräfte insbesondere aus Finnland in Schleswig-Holstein.

Das INCLUDEME-Projekt (weitere Kooperationen mit den Niederlanden, Spanien und der Tschechischen Republik) wird erstmalig aufgrund von Mittelknappheit nicht über das EU-LL-Programm Comenius / Comenius Lehrerfortbildung gefördert. Deshalb kam eine erneute Kooperation mit der Universität Tallinn/Haapsalu College nicht zustande.

Mini-Referendariat

Das Mini-Referendariat für ausländische Deutschlehrkräfte wurde in diesem Jahr um die Länder Estland und Finnland erweitert. Im Zeitraum vom 14. – 20. Mai 2011 waren die Teilnehmenden aus Schweden, Polen, Estland und Finnland in Gastfamilien untergebracht. Sie erhielten mit einem umfangreichen Praktikums-, Seminar- und Vortragsprogramm sowie unterschiedlichen kulturellen Veranstaltungen und Exkursionen ein vielfältiges Angebot.

Projekt MaP – Mathematik mit Perspektive

Das Projekt wird über das INTERREG A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“¹ gefördert. In den letzten Jahren haben die Ergebnisse von internationalen Schulleistungsstudien wie z. B. den PISA-Studien sowohl in Deutschland als auch in Dänemark zu einer intensiven bildungspolitischen Debatte geführt. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren in beiden Ländern langfristige Weichenstellungen zur Veränderung von Schulunterricht und Lehrerbildung erfolgen werden. Vor diesem Hintergrund organisieren die beteiligten Institutionen aus der Region Schleswig-Holstein und Süddänemark ein Netzwerk, das auf Basis von vorhandenen Erkenntnissen der Bildungsforschung und unter grenzüberschreitender Einbeziehung von neuen Bildungskonzepten erfolgreiche Modelle zur nachhaltigen Verbesserung des Bildungsangebotes nicht nur entwickelt und implementiert, sondern auch in die aktuelle bildungspolitische Debatte einbringt. Dazu sind neben effektiven vorhandenen Maßnahmen insbesondere auch neue innovative Maßnahmen vorgesehen, durch die unsere Region eine Vorreiterfunktion für andere Landesteile in Dänemark und Deutschland übernehmen kann.

¹ Zum INTERREG A-Programm siehe Seite 39 ff.

Leadpartner ist das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik Kiel (IPN). Zentraler dänischer Partner ist die Syddansk Universitet (SDU) mit dem Zentrum für die Didaktik der Naturwissenschaften und Mathematik.

Ziel des Netzwerkes ist es, auf Basis der spezifischen Wissensressourcen in Schleswig-Holstein und Süddänemark eine Verbesserung des vorschulischen und schulischen Bildungsangebots durch eine Qualitätssteigerung der Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen sowie Erzieherinnen und Erzieher anzustreben. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf vorhandenen effektiven Aus- und Weiterbildungsangeboten aus Schleswig-Holstein bzw. aus Süddänemark, die grenzüberschreitend bekannt gemacht, implementiert und kooperativ weiterentwickelt werden sollen. Darüber hinaus soll in länderübergreifenden Teilprojekten die Entwicklung von neuen innovativen Konzepten zur Qualitätssteigerung der Aus- und Weiterbildungsangebote im Programmgebiet initiiert und in die bildungspolitische Debatte eingebracht werden.

Das Projekt fokussiert in der ersten Antragsphase auf den Bereich Mathematik, da die mathematische Bildung essentielle Grundlage für die mathematische, naturwissenschaftliche und technische Bildung ist. Nach erfolgreicher Durchführung des Projektes ist eine Ausweitung auf die naturwissenschaftlichen Fächer geplant. Die Auftaktveranstaltung fand im März 2011 in Kiel statt.

Berufliche Bildung

Mobilitäten im Rahmen des Programms Leonardo da Vinci

Das EU-Programm Leonardo da Vinci finanziert praxisorientierte Projekte im Bereich der beruflichen Bildung. Im Rahmen des von der Flensburger Wirtschaftsschule (HLA) beantragten Leonardo da Vinci-Mobilitätsprojekts (VETRPRO) mit dem Titel „**Kennenlernen und Annäherung von Schul- und Berufsausbildung in Europa**“ haben über das IQSH¹ angebotene Fortbildungen für Kolleginnen und Kollegen berufsbildender Schulen stattgefunden. Von den fünf Mobilitäten wurde im Mai 2011 vom Oulu Business College eine Fortbildung für elf Kolleginnen und Kollegen in Oulu/Finnland organisiert, eine weitere Fortbildung wird mit ca. 15 Kolleginnen und Kollegen im Mai 2012 in Zusammenarbeit mit dem Business College Syd in Sønderburg/Dänemark durchgeführt. Die Besonderheit dieser von der EU geförderten Leonardo-Maßnahme liegt darin, dass sich sowohl Lehrkräfte als auch Ausbilderinnen und Ausbilder von Firmen gemeinsam über die Berufsausbildung informieren und Kontakte zu Firmen aufbauen. Dadurch wird für Referendarinnen und Referendare, Lehrkräfte und Auszubildende die Möglichkeit geschaffen, Praktika im europäischen

¹ Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Ausland durchzuführen. Ein weiterer Aspekt des Projektes ist der Austausch von Unterrichtskonzepten und -methoden.

Es ist geplant, im Rahmen eines neuen Leonardo-Projektes im Jahr 2013 eine weitere Leonardo-Mobilität für ca. zwölf Teilnehmenden (Lehrkräfte berufsbildender Schulen, Studienleiter/-innen des IQSH, Schulleiter/-innen) nach Finnland durchzuführen.

Ausbildungstag in Dänemark

Langjährige Kontakte mit dem **Business College Syd in Sønderburg** ermöglichen dem Landesseminar Berufliche Bildung, mindestens einmal jährlich einen Ausbildungstag im Rahmen einer Wahlveranstaltung für Referendarinnen und Referendare anzubieten, um Informationen über das dänische Berufsschulsystem zu erhalten. Da es sich um eine Wahlveranstaltung handelt, nehmen daran Referendarinnen und Referendare aller Schularten teil.

5.4. Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit

Polizeiliche Zusammenarbeit

Der Ostseerat hat 1996 die **Baltic Sea Task Force on Organized Crime** (Ostsee-Task Force Organisierte Kriminalität) eingesetzt. Wesentliches Ziel ist die Vereinfachung der Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden. Seit 1998 nimmt ein Vertreter des Landeskriminalamtes (LKA) an den Sitzungen des damals gegründeten **Operativen Ausschusses** (Operative Committee - OPC) teil.

Er hatte daneben den Vorsitz in der **Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Rauschgifthandels Nord-Ost** (AG Nordost), die bereits 1978 unter Federführung des LKA Schleswig-Holstein gegründet wurde. Um die Zusammenarbeit mehr auf die operative Ebene zu verlagern, wurde beschlossen, die AG Nordost nicht fortzuführen, sondern eine Nachfolgeorganisation zu entwickeln, die den mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität befassten sachbearbeitenden Dienststellen aus Norddeutschland, Dänemark und Schweden eine engere Zusammenarbeit auf operativer Ebene ermöglicht.

Mit Dänemark und Schweden wurde in den Jahren 2010/2011 eine **Gemeinsame Ermittlungsgruppe** (GEG) gem. Art. 13 Europäisches Rechtshilfeübereinkommen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden, internationalen Kfz-Verschlebung im Rockermilieu erfolgreich abgeschlossen. Polnische und niederländische Behörden waren ebenfalls involviert.

Die Zusammenarbeit mit dem nunmehr **Gemeinsamen Zentrum Padborg** (ehemals Bürogemeinschaft Padborg) gestaltet sich weiterhin sehr positiv.

Mit allen skandinavischen Ländern gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen Rockerkriminalität. Die typischen Delikte in diesem Bereich sind Drogenhandel, Menschenhandel, Waffenhandel und Gewaltdelikte.

Mit der Polizei Sydjylland und Sønderjylland, der Ausländerkontrollabteilung (UKA) in Padborg, dem Landeskriminalamt Schleswig-Holstein, der Polizeidirektion Flensburg, dem Gemeinsamen Zentrum der deutsch-dänischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Padborg und der Bundespolizei existiert im Rahmen des europäischen Rechts seit 2011 eine **institutionalisierte Zusammenarbeit auf den drei Feldern Informationsaustausch, gemeinsame Kontrollen und Strafverfolgung**, um die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Grenzraum effektiver zu gestalten.

Polizeiliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Menschenhandels

Vor dem Hintergrund der Internationalität des Deliktes Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung, Ausbeutung der Arbeitskraft und zunehmender Täter- und Opfermobilität besteht auf dem Gebiet der Strafverfolgung ein hoher Bedarf an einer engen Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden im Ausland. Dieses findet sowohl fall- und anlassbezogen durch Austausch von Informationen mit den Polizeibehörden Dänemarks und ganz Skandinaviens über das „**Gemeinsame Zentrum der deutsch-dänischen Polizei- und Zollzusammenarbeit**“ in Padborg als auch auf dem Wege der internationalen polizeilichen Rechtshilfe über das Bundeskriminalamt (BKA - Zentralstellenfunktion) statt.

Daneben bietet **Europol** an, sich – über eine auch vom Landeskriminalamt (LKA) genutzte **virtuelle Plattform** - international an länderübergreifenden (europaweiten) Auswertungen (so genannten „Focal Points“) zu beteiligen und Erkenntnisse abzurufen, die auch die Ostseeanrainerstaaten betreffen. Bei vorliegender Ermittlungszuständigkeit des LKA und Notwendigkeit länderübergreifender gemeinsamer Ermittlungen ist grundsätzlich eine Zusammenarbeit in Form eines **JIT (Joint Investigation Team – gemeinsame Ermittlungsgruppe)** für den Phänomenbereich Menschenhandel anwendbar. Dieses Verfahren wurde durch das LKA bereits in anderen Deliktsbereichen erfolgreich mit Dänemark praktiziert.

Daneben verfolgt die seit 2005 beim LKA im Sachgebiet „Auswertung Organisierter Kriminalität“ angebundene kooperative **Auswertestelle Schleusung / Menschenhandel / illegale Beschäftigung Schleswig-Holstein (ASMiB SH)** einen phänomen- und behördenübergreifenden Bekämpfungsansatz. Die Kooperation besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespolizei, der Bundespolizei und des

Zolls, die unter anderem einen besonderen Fokus auf die irreguläre Migration und den damit im Zusammenhang stehenden Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung oder Ausbeutung von Arbeitskraft richtet.

Die Strafverfolgungsbehörden verfolgen den Straftatbestand des Menschenhandels nachhaltig. Allerdings ist dieser Phänomenbereich erfahrungsgemäß geprägt von einem großen Dunkelfeld, wodurch sich die Aufklärung und Verfolgung unter strafrechtlichen wie auch polizeilichen Aspekten in der Praxis als äußerst schwierig erweist. In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 2010 - wie bereits im Vorjahr - insgesamt vier Personen wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB) verurteilt.

Austausch im Bereich der Polizeiausbildung

Die seit 1997 bestehenden **Kooperationsvereinbarungen zur polizeilichen Zusammenarbeit mit dem Juristischen Institut Kaliningrad** des Innenministeriums der Russischen Föderation wurden im September 2010 im Rahmen der Vereidigung der Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger in Eutin durch die Leitung des Juristischen Instituts Kaliningrad und den Landespolizeidirektor für weitere drei Jahre unterzeichnet.

Durch weitreichende Umorganisationen der Sicherheitsorgane in Russland wurde die Vereinbarung im Frühjahr 2011 ausgesetzt, so dass es bisher zu keinem weiteren Austausch kam. Wann der Prozess der Umorganisation in Russland abgeschlossen sein wird, ist nicht bekannt.

Für den **Fachbereich Polizei der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig-Holstein** (FHVD) war im Berichtszeitraum erneut der Austausch mit Bildungseinrichtungen und Polizeidienststellen in Dänemark von zentraler Bedeutung. Dies liegt unter anderem auch daran, dass in Dänemark aktuell ein polizeispezifischer Bachelorstudiengang konzipiert wird und großes Interesse an einem fachlichen **Austausch** mit der FHVD besteht. Sowohl 2010 als auch 2011 erfolgten mehrere Kontaktbesuche von Leitung und Lehrkräften des Fachbereichs in Kopenhagen, Århus und Padborg. Im Gegenzuge nahmen Delegationen der dänischen Polizei an zwei Sonderlehrveranstaltungen und einer Fachbesprechung in Altenholz teil. Mit Unterstützung des Innenministeriums wurde weiter im Mai 2010 eine Studienfahrt nach Kopenhagen (8 Studierende, 1 Lehrkraft) und im April 2011 eine Studienfahrt nach Århus, Horsens und Esbjerg (18 Studierende, 2 Lehrkräfte) durchgeführt. Hinzu kamen sieben Tagesfahrten nach Padborg und Sønderborg (jeweils 25 Studierende, 1 Lehrkraft).

Ausgebaut wurden die Kontakte zur **Polizeihochschule in Szczytno (Wojewodschaft Ermland-Masuren/Polen)**. Neben regelmäßigen fachlichen Kontakten fand im Mai 2010 mit Unterstützung des Innenministeriums eine Studienfahrt nach Danzig und Szczytno (28 Studierende, 2 Lehrkräfte) statt.

Aktuell wird **zwischen dem Fachbereich Polizei und der Norwegischen Polizeihochschule in Oslo ein Kooperationsvertrag** (Letter of Intent) vorbereitet. Es geht darin um den regelmäßigen Austausch von Studierenden und Lehrkräften sowie um die Zusammenarbeit bei der Fortentwicklung der jeweils bestehenden Bachelorstudiengänge.

Grenzüberschreitende Justizkooperation

Im Bereich der Justiz besteht zwischen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg und Dänemark eine enge Zusammenarbeit. So ist der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg seit Jahren Mitglied der "**Kooperationsgruppe Schengen-Nord**", die bisher zweimal jährlich, zuletzt im April 2011, getagt hat und an der der "Politidirektor" nebst Vertretern und der "Chefanklager" mit Sitz in Esbjerg sowie die Chefs der deutschen und dänischen Zoll-, Bundes- und Landespolizeibehörden teilnehmen. Dort werden alle anstehenden Probleme erörtert und auch gravierende Handlungsmaßnahmen, etwa bei grenzüberschreitender Geiselnahme, angesprochen und verbindlich festgelegt. Entsprechende gemeinsame Übungen wurden und werden geplant und durchgeführt. Es gab mehrere gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen in Deutschland und Dänemark. Darüber hinaus besteht ein **gemeinsames Büro in Padborg**, das mit Mitarbeitern deutscher Bundes-, Landespolizei- und Zollbehörden und von dänischer Seite in einem Nebenhaus vergleichbar besetzt ist. Dort werden im Rahmen der Rechtshilfe Anfragen und Auskünfte direkt und ohne großen Verzug bearbeitet.

5.5. Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet

Zusammenarbeit zum Schutz der Meere

Die internationalen Kooperationen zum Schutz der Ostsee, an denen auch Schleswig-Holstein beteiligt ist, fordern die Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung der Ostsee zum sichersten bzw. saubersten Seeverkehrsgebiet und zu einem ausreichend geschützten und ökologisch intakten Meeresgebiet. Um diesen Zustand zu erreichen, müssen die im Hinblick auf den steigenden Seeverkehr ergriffenen Maß-

nahmen geeignet sein, negativen Umweltauswirkungen durch die Schifffahrt vorzubeugen. Zu diesen **Maßnahmen und Zielen** zählen:

- schnellstmögliche nationale Ratifizierung und Umsetzung von internationalen Regelwerken,
- sicherer Schiffsverkehr ohne unfallbedingte Verschmutzungen oder illegale Einleitungen,
- effektive Notfallkonzepte und -kapazitäten,
- Minimierung der Verschmutzung durch Schiffsabwässer,
- keine Einschleppung von gebietsfremden Arten durch Schiffe,
- Minimierung der Luftverschmutzung durch Schiffe
- keine Einträge von Offshore-Plattformen,
- Minimierung der Umweltgefährdung durch Bauwerke im Meer.

Maßgeblich für die Erarbeitung dieser Forderungen und Maßnahmen sind auf globaler Ebene die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO (International Maritime Organisation), auf europäischer Ebene die einschlägigen Regelwerke der EU (z. B. die EG-Meerestrategie-Rahmenrichtlinie) und auf regionaler Ebene die Helsinki Kommission (Kommission für den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets - HELCOM)¹. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Gremien u. a. dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz und der Umsetzung einschlägiger EU-Umweltrichtlinien im Ostseeraum befassen, und wird sich hier auch weiterhin für die oben genannten Ziele einsetzen.

Zusammenarbeit im Bereich des Transportes gefährlicher Güter

Im Rahmen des Transportes gefährlicher Güter mit RoRo-Schiffen existiert seit vielen Jahren ein „**Memorandum of Understanding**“ (**MoU**) zur Erleichterung des Gütertransports mit Straßen- und Schienenfahrzeugen über die Ostsee. Mitgliedstaaten sind derzeit Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Deutschland. Diesem MoU liegt die Idee zugrunde, dass die internationalen Transportvorschriften für gefährliche Güter auf Schiene und Straße weitestgehend auch für die Passage mit RoRo-Schiffen über die Ostsee zur Anwendung kommen sollen. Zur Vermeidung unverträglicher Sicherheitslücken sind ergänzende Vorschriften, z. B. bezüglich erhöhter technischer Anforderungen an die Schiffe, die Gütertransporte nach dem MOU durchführen wollen, geschaffen worden.

¹ Mehr zu HELCOM auf Seite 15

Ferner wurde zwischen den Mitgliedstaaten ein abgestimmtes Überwachungsregime vereinbart, nach dem bestimmte Zeiträume als **gemeinsame Kontrollschwerpunkte** („Joint Checks“) ausgewiesen und deren Ergebnisse im Anschluss durch eine koordinierende Stelle zusammengetragen, aufbereitet, ausgewertet und schließlich wieder an die Mitgliedstaaten zurück übermittelt werden. In Deutschland werden diese Kontrollen vornehmlich durch die Wasserschutzpolizeien durchgeführt.

Die Aufgabe des **Kontroll-Koordinators** liegt seit Ende 2007 bei Schweden. Daher werden die Kontrollergebnisse der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein über das Innenministerium direkt an die schwedische Küstenwache gemeldet.

Kampfmittelbeseitigung

In enger Zusammenarbeit zwischen Behörden, Umweltverbänden und der privaten Wirtschaft werden Techniken zur Verringerung von Umweltauswirkungen im Falle unvermeidbarer Beseitigung von Altmunition durch Unterwasser-Vernichtungssprengungen im Meer fortentwickelt. Dabei bildet die Dämpfung von Schockwellen, die einen besonderen Risikofaktor für den streng geschützten Schweinswal darstellen, durch Blasenschleier oder sog. „shock wave shaper“ (Schockwellen-Dämpfer) derzeit den Schwerpunkt.

Darüber hinaus hat die unter Federführung Schleswig-Holsteins arbeitende **Bund-Länderarbeitsgruppe „Munitionsaltlasten im Meer“** im Dezember 2011 den ersten **Bericht über die Munitionsbelastung von Nord- und Ostsee** mit entsprechenden Empfehlungen dem Landtag vorgelegt¹. Diesen Empfehlungen folgend sind u. a. weitere Archivrecherchen, die Entwicklung geeigneter Untersuchungs- und Überwachungsmethoden, eine Methode zur Risikobeurteilung sowie die Durchführung von Forschungsprojekten zu alternativen, die Umwelt weniger belastenden Beseitigungsmethoden, unter Einbeziehung der Partner der HELCOM Region, anzustreben. Auf diese Weise können in Zukunft Beseitigungsmaßnahmen nach objektiven Kriterien eingeleitet werden und so einen objektiven Beitrag sowohl zur Verringerung von Gefahren für die Menschen und die Meeresumwelt als auch für die wirtschaftliche Nutzung des Meeres leisten.

Mit Bezug auf die Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz 2011 ist festzustellen, dass die im Herbst 2009 eingerichtete **HELCOM-ad-hoc-Expertengruppe „Chemische Munition“** voraussichtlich Ende des Jahres 2012 zu einer Bewertung der Schlussfolgerungen des aus dem Jahre 1993 stammenden Berichts der HELCOM ad hoc Working Group on Dumped Chemical Munitions (HELCOM CHEMU -

¹Landtags-Umdruck 17/3225

Arbeitsgruppe Versenkte Chemische Munition) kommen wird. Es zeichnet sich ab, dass neuere Erkenntnisse hinsichtlich der Umweltbelastungen und weitere Versenkungsstellen berücksichtigt werden müssen.

Nach der UNO Resolution A/C.2/65/L.32/Rev.1 sind die Erkenntnisse der HELCOM-ad-hoc-Expertengruppe im Hinblick auf jedweden, die Versenkung chemischer Munition betreffenden Fall einzubeziehen.

Darüber hinaus sollte nach Auffassung der beteiligten Experten auf Grund der erheblichen Belastung der Ostsee mit konventioneller Munition eine entsprechende **HELCOM - Arbeitsgruppe** für diesen Bereich eingesetzt werden. Hintergrund ist das Gefährdungspotenzial der sprengstofftypischen Verbindungen, die bei sukzessiver Freisetzung in Folge von Korrosion der Sprengkörper im maritimen Milieu zu befürchten ist. Es ist vorgesehen, sich an dem unter schleswig-holsteinischer Federführung erstellten Bericht „**Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer - Bestandsaufnahme und Empfehlungen“ von November 2011**“¹ zu orientieren.

Automatisches Schiffsidentifizierungssystem (AIS) Ostsee

Alle verkehrlich relevanten Bereiche in der Ostsee sind durch AIS (Automatic Identification System), ein automatisches Schiffsidentifizierungssystem, abgedeckt. Für alle Schiffe über 300 BRZ existiert eine AIS-Ausrüstungspflicht entsprechend der Vorschriften der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO). AIS ist ein zusätzliches Hilfsmittel und dient der Vermeidung von Kollisionen auf See, dem automatischen Informationsaustausch zwischen Schiffen untereinander und mit Landstationen sowie mit den Verkehrszentralen an der Küste als ergänzendes Mittel zur maritimen Verkehrssicherung. Mit Hilfe von AIS wird der Schiffsverkehr in der Ostsee überwacht und entsprechende Daten zwischen den beteiligten Staaten ausgetauscht. AIS stellt Schiffsbewegungen genau so dar, wie sie in Wirklichkeit zu sehen sind, und trägt wesentlich zur weiteren Sicherheit der Navigation, von Leben auf See, dem Schutz der maritimen Umwelt und damit des Schiffsverkehrs insgesamt bei. Zur Unterstützung der Schiff/Schiff-, Schiff/Land- und Schiff/Offshore-Navigation und damit zur Verbesserung der Schiffssicherheit hat das AIS-System einen deutlichen Beitrag geleistet.

Schutz der Fährschiffahrt

Die internationale Fahrgastschiffahrt unterliegt grundsätzlich den Regeln des **ISPS-Codes** (International Ship and Port Facility Security Code), der für die Schiffe und die ihnen dienenden Hafenanlagen ein komplexes System zur Gefahrenabwehr vor-

¹ Im Internet: www.schleswig-holstein.de/UXO/DE/Service/PDF/Anhang/aa_blmp_langbericht__blob=publicationFile.pdf

schreibt. Die Fährschifffahrt auf der Ostsee nimmt dabei eine Sonderstellung in Bezug auf die Umsetzung von Vorgaben des ISPS-Codes ein, da die meisten Fährlinien im Sinne eines Brückenersatzverkehrs in Konkurrenz zum Landweg stehen. Die eingerichteten Fährdienste sind unter anderem durch vergleichsweise kurze Überfahrten mit bereits stark optimierten Hafendurchläufen gekennzeichnet. Dies birgt große Herausforderungen bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz vor terroristischen Bedrohungen.

Mit dem Ziel der Reduzierung von Zielkonflikten zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit wurde das **Projekt VESPER (Verbesserung der Sicherheit von Personen in der Fährschifffahrt)** unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ins Leben gerufen. Es hat sich während seiner dreijährigen Laufzeit (März 2008 - Februar 2011) der Verbesserung der Sicherheit des internationalen Fährverkehrs zum Schutz vor terroristischen Bedrohungen gewidmet. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Vorgaben des ISPS-Codes und deren Umsetzung auf einzelnen Hafenanlagen und Fährschiffen. Untersuchungsgegenstand waren sicherheitsrelevante Maßnahmen und Abläufe sowie die Untersuchung des Einsatzes von bekannten, aber auch neuartigen Technologien zur Gefahrenabwehr. Neben einer Vielzahl anderer Stellen aus den Bereichen von Forschung und Technologie sowie der Schifffahrts- und Hafenwirtschaft hat sich auch das schleswig-holsteinische Innenministerium mit der Behörde für Hafenanlagensicherheit als Partner an dem Projekt beteiligt. Die Projektergebnisse fanden u. a. auf EU-Ebene internationale Beachtung.

Maritime Notfallvorsorge

Der Bund und die Küstenländer unterhalten das **Havariekommando in Cuxhaven** als gemeinsame Einrichtung für die Maritime Notfallvorsorge. Es hat am 1. Januar 2003 seinen Dienst aufgenommen und gewährleistet ein gemeinsames Unfallmanagement auf Nord- und Ostsee. Das Havariekommando bündelt die Verantwortung für die Planung, Vorbereitung, Übung und Durchführung von Maßnahmen zur Verletztenversorgung, zur Schadstoffunfallbekämpfung, zur Brandbekämpfung, zur Hilfeleistung und zur Gefahrenabwehr bezogenen Bergung bei komplexen Schadenslagen auf See sowie einer strukturierten Öffentlichkeitsarbeit.

Das Havariekommando ist im Alltagsbetrieb ein Kompetenzzentrum mit ca. 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das **Maritime Lagezentrum (MLZ)** läuft im 24 Stunden-Dienstbetrieb und ist mit erfahrenen Nautikern besetzt. Im Maritimen Lagezentrum wird ständig ein aktuelles, maritimes Lagebild vom deutschen Hoheitsgebiet in Nord- und Ostsee erstellt, wobei auch Mitteilungen der Nord- und Ostseeanrainerstaaten einfließen. In den Fachbereichen Schadstoffunfallbekämpfung See und Kü-

te, Brandbekämpfung und Verletztenversorgung sowie Bergung zur Gefahrenabwehr werden die jeweils möglichen Teilaspekte einer Havarie konzeptionell bearbeitet und für den Einsatzfall Taktiken und Vorgehensweisen erstellt. Dazu gehört auch die internationale Zusammenarbeit, einschließlich der Mitwirkung an Projekten. So hat das Havariekommando im Berichtszeitraum für Deutschland z. B. an dem **Projekt BRISK (Sub-regional risk of spill of oil and hazardous substances in the Baltic Sea - Risiko der Subregionen bzgl. Verschmutzung durch Öl und gefährliche Substanzen in der Ostsee)** mitgewirkt.

Bei komplexen Schadenslagen wird ein **Havariestab** einberufen, der das einheitliche und koordinierte Vorgehen aller Einsatzkräfte des Bundes und der Küstenländer ermöglicht. In der Einsatzorganisation besetzen die Mitarbeiter des Kompetenzzentrums den Havariestab. Der Leiter des Havariekommandos übernimmt als Gesamteinsatzleiter auch die Leitung des Havariestabes. Bei Bedarf reicht diese Einsatzleitung auch in Abstimmung mit benachbarten Anrainerstaaten bis in deren Gewässer hinein. Diese Konzeption hat sich im Oktober 2010 besonders bei der erfolgreichen Bewältigung der Havarie im Zusammenhang mit dem Brand auf dem Fährschiff „LISCO GLORIA“ auf der Ostsee zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark bewährt. Das Havariekommando behielt hier in Abstimmung mit den dänischen Stellen die Einsatzleitung auch weiter, als der Havarist sich bereits dicht vor der Küste Langelands in dänischen Hoheitsgewässern befand.

Notschlepper in der Ostsee

Zur maritimen Notfallvorsorge zählt ein **Notschleppkonzept**, das ein Gesamtkonzept zur Ausrüstung und zum Einsatz von Notschleppkapazitäten in Nord- und Ostsee beinhaltet und damit die gesamte deutsche Küste abdeckt. Es sieht für jeden Notfallort auf See im deutschen Zuständigkeitsbereich eine maximale Eingreifzeit der Schlepper und Mehrzweckschiffe von zwei Stunden vor.

Neben den beiden bundeseigenen Mehrzweckschiffen sind in der Ostsee drei vom Bundesverkehrsministerium gecharterte Notschlepper stationiert. Seit Ende September 2010 ist der neue Ostseenotschlepper „BALTIC“ in Warnemünde – speziell für den Einsatz in der Kadettrinne – stationiert. Gemeinsam mit den übrigen Schleppern und Mehrzweckschiffen wird die „BALTIC“ in den nächsten zehn Jahren Charterzeit für noch mehr Sicherheit in der Ostsee sorgen. Im Rahmen von HELCOM bestehen Übereinkommen zwischen den Ostseeanrainerstaaten hinsichtlich der gegenseitigen Unterstützung mit Notschleppkapazitäten.

Stationierungen:

Kiel	1 Schlepper	Kieler Förde
Kiel	1 Mehrzweckschiff	Fehmarnbelt
Warnemünde	1 Schlepper	westlicher Teil Kadetrinne
Stralsund	1 Schlepper	Pommersche Bucht
Sassnitz	1 Mehrzweckschiff	östlicher Teil Kadetrinne

Schiffssicherheit im Fehmarnbelt**Tiefwasserwege / Verkehrstrennung in der Ostsee**

Das seit dem 1. Juli 2006 eingerichtete Wegführungssystem für große, tiefgehende Schiffe in der westlichen Ostsee zwischen der Kadetrinne und Bornholm hat sich in der Schifffahrt bewährt. Deutschland hatte sich intensiv für die Einrichtung dieses Verkehrstrennungsgebietes bei der IMO eingesetzt, denn es ist eine große Navigationshilfe für tiefgehende Schiffe im Zu- und Ablauf der Kadetrinne.

Verkehrslenkung im Fehmarnbelt

Die Errichtung der festen Verbindung über den Fehmarnbelt wird auch Auswirkungen auf die Schifffahrt im Fehmarnbelt haben.

Auf Grund genügender Wassertiefe besteht derzeit im Fehmarnbelt für die Schifffahrt keine Pflicht, bestimmte Fahrtrouten zu benutzen. Lediglich für tiefgehende Schiffe werden von der IMO Passageempfehlungen und Empfehlungen zur Lotsannahme gegeben. Im Rahmen der Baumaßnahmen der festen Querung (Brücke oder Tunnel) werden jedoch Verkehrsführungsmaßnahmen (z. B. Einrichtung von Verkehrstrennungsgebieten in Abstimmung mit der IMO) erforderlich sein, um den Schiffen sichere Passagen des Gewässers zwischen Fehmarn und Lolland zu ermöglichen. Deutsche und dänische Schifffahrtsbehörden und Schifffahrtsexperten haben dazu eine große Anzahl von **Risikoanalysen und Sicherheitsbewertungen** durchgeführt. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch Simulationsuntersuchungen zum Test der von den Experten vorgeschlagenen Verkehrsführungen im Fehmarnbelt bei einem Brückenbauwerk. Schiffssicherheit und Umweltschutz, aber auch die Sicherheit aller Beteiligten während der Bauphase der Brücke haben oberste Priorität.

Für die Bauphase eines ebenfalls möglichen Tunnelbauwerks an Stelle einer Brücke sowie für die Transportwege der Tunnelelemente wurden im September 2011 Gefahren- und Risikoanalysen durchgeführt. Hauptziel auch dieser Maßnahmen war es,

die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt im Fehmarnbelt während der Bauphase eines Tunnels zu gewährleisten.

5.6. Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung

Übergeordnetes Ziel der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein. Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum sollen gezielt genutzt und gleichzeitig die marine Umwelt nachhaltig geschützt und erhalten werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Kooperation der Ostseeanrainerstaaten im Rahmen der **Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt (HELCOM)** zu nennen. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Fachgremien dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz und der Umsetzung von einschlägigen EU-Umweltrichtlinien in der Ostsee befassen.

Von besonderer Bedeutung für den Ostseeraum ist die Verabschiedung des **Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan)¹ im November 2007** durch die HELCOM-Vertragsstaaten sowie die Umsetzung der Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (**Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie - MSRL**)² gewesen.

Zusammenarbeit im Bereich Meeresschutz

Der **HELCOM Baltic Sea Action Plan** beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Vertragsstaaten, bis spätestens 2021 den guten Umweltzustand der Ostsee zu erreichen und dazu konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Meeresumwelt zu ergreifen. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Minimierung der Nährstoffeinträge und des Eintrags gefährlicher Stoffe, zur umweltfreundlichen Seeschifffahrt und zum Schutz der Biodiversität. Diese Maßnahmen müssen nun von den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden. Die gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation gibt dem Aktionsplan eine besondere politische Bedeutung.

Die **Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)** fordert von den EU-Mitgliedstaaten, bereits bis zum Jahr 2020 den guten Umweltzustand und damit auch den nachhaltigen Schutz mariner Ressourcen in allen europäischen Meeresgebieten sicherzustellen. Das Ziel gilt für festgelegte Meeresregionen, zu denen auch die Ostsee zählt.

¹ Im Internet: www.helcom.fi/BSAP/ActionPlan/en_GB/ActionPlan

² Im Internet: www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/WasserMeer/07_KuestengewMeere/01_Meeresschutz/ein_node.html

Um dies zu erreichen, gibt die Richtlinie terminierte Teilschritte vor. Um den guten Umweltzustand zu erreichen, muss zunächst der derzeitige Zustand der Meeresumwelt bewertet, der gute Umweltzustand beschrieben und Umweltziele für seine Erreichung festgelegt werden. Zu hohe anthropogene Belastungen und deren schädliche Auswirkungen auf die Meeresökosysteme müssen identifiziert und durch angemessene Managementmaßnahmen minimiert werden. Zu diesen Belastungen gehören nach dem im Jahr 2010 veröffentlichten **Zustandsbericht** (HELCOM Initial Holistic Assessment – Ecosystem Health of the Baltic Sea¹) primär die Nähr- und Schadstoffeinträge sowie die Auswirkungen der kommerziellen Fischerei, insbesondere der Fischerei mit Grundschleppnetzen.

Die MSRL ist auf europäischer Ebene die rechtsverbindliche übergeordnete Handlungsgrundlage zum Meeresumweltschutz, in die Aktivitäten und Anforderungen der HELCOM sowie anderer internationaler Vereinbarungen einbezogen werden.

Da die HELCOM-Kooperation neben EU-Mitgliedstaaten auch Russland und damit das gesamte Ostseegebiet umfasst, ist sie auch für die ostseeweit kohärente Umsetzung der Richtlinie auf regionaler Ebene ausschlaggebend. Der HELCOM-Ostseeaktionsplan kann folglich wegen seiner inhaltlichen und räumlichen Überschneidungen mit der MSRL als erster regionaler Ansatz zur Umsetzung dieser Richtlinie im Ostseeraum angesehen werden. Gleichzeitig ist die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans wesentlicher Bestandteil der EU-Ostseestrategie.² Die MSRL stellt außerdem die Umweltsäule der Europäischen Meerespolitik dar und fordert einen europäischen Meeresumweltschutz nach einheitlichen Grundsätzen und Kriterien.

An der Entwicklung dieser Europäischen Meeresstrategie war das Umweltministerium seit Oktober 2003 mit offiziell benannten Ländervertretern beteiligt. Es wirkte in den entscheidenden Fachgremien mit. Das Umweltministerium setzt diese Mitarbeit jetzt bei der Umsetzung der Richtlinie auf EU-Ebene fort. Auf nationaler Ebene kooperiert das Umweltministerium im Ostseeraum mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund. Diese Kooperationen finden im Rahmen des sog. **Bund-Länder-Messprogramms (BLMP)**, des **Lenkungsausschusses Expertengruppe Meer** sowie dem **Bund-Länder-Ausschuss Nord- und Ostsee (BLANO)** statt. Die nationale Zusammenarbeit wird derzeit (Stand zu Redaktionsschluss) zur Umsetzung der MSRL neu strukturiert.

¹ Im Internet: www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/WasserMeer/07_Kuestengew-Meere/04_HELCOM/ein_node.html

² Mehr zur EU-Ostseestrategie auf Seite 17 ff.

Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei

Die Fischerei ist ein Teil der Gemeinsamen Politik der Europäischen Union. Änderungen am Fischereimanagement müssen somit auf europäischer Ebene erreicht werden.

Das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium setzt sich seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit den anderen Küstenländern und dem Bund aktiv für eine Verbesserung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ein. Regelmäßig wird z. B. auf gemeinsamen **Veranstaltungen im Hanse-Office in Brüssel** für schleswig-holsteinische Positionen geworben. Auch wenn vieles in der aktuellen Gemeinsamen Fischereipolitik noch zu verbessern ist, sind erste Erfolge erkennbar.

Durch die Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 über ein **Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei** (IUU-Verordnung) und mit der Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (**Kontroll-Verordnung**) sowie deren jeweilige Durchführungsverordnungen wurde eine solide Grundlage geschaffen, um die Fischereikontrolle zu verbessern und die illegale Fischerei weltweit wirksam zu bekämpfen.

Auch im Management der Fischbestände werden neue Wege beschritten. So werden immer mehr Arten auf der Grundlage von nach wissenschaftlichen Empfehlungen erstellten **mehrjährigen Bewirtschaftungsplänen** bewirtschaftet. Und bis 2015 erfolgt die schrittweise Umstellung des Managementansatzes auf den **maximalen nachhaltigen Dauerertrag**.

Die Zahl der Bestände, die nachhaltig bewirtschaftet werden, steigt infolgedessen gerade in der Nord- und Ostsee stetig an. Gutes Beispiel dafür ist der Dorschbestand in der östlichen Ostsee, der 2008 noch als deutlich überfischt galt und seitdem rasant angewachsen ist. Auch die gerade bei diesem Bestand vor wenigen Jahren noch sehr hohen Schwarzanlandungen konnten wirksam unterbunden werden.

Zwei zentrale Themen in der für 2014 anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik sind die Reduzierung der Beifänge, z. B. durch die Einführung von Rückwurfverboten, und der Ausbau einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Aquakultur.

Die diesbezüglichen Forderungen in den Resolutionen von Ostseeparlamentarierkonferenz und Parlamentsforum Südliche Ostsee aus 2010 sind daher in Teilen bereits umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung.

Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz

RADOST

Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) ist Partner im „RADOST-Projekt (Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste), das im Rahmen des Förderprogramms KLIMZUG - Klimawandel in Regionen des Bundesforschungsministeriums läuft. Projektlaufzeit ist von Juli 2009 bis Juni 2014.

Übergeordnete Ziele sind:

- die Minimierung der durch die Klimaerwärmung verursachten Schäden für Natur, Gesellschaft und Wirtschaft,
- die optimale Nutzung der mit dem Klimawandel verbundenen Chancen,
- der Aufbau eines dauerhaften regionalen Akteursnetzwerks und
- die Erarbeitung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel für die deutsche Ostseeregion.

Das LLUR ist als regionales Verwaltungsorgan und Akteur vor Ort Abnehmer und zentraler Umsetzungspartner der Projektergebnisse. Aufgrund der Mitwirkung in nationalen und internationalen Gremien wird dafür gesorgt, dass die Erkenntnisse auch über die **RADOST-Netzwerke** hinaus überregionale Verwendung finden.

Um die bestehenden wissenschaftlichen Netzwerke zum Thema „Makrophyten“ zu festigen und neue Netzwerkstrukturen aufzubauen, lud das Landesamt im März 2011 zur **Veranstaltung „Wiesen und Wälder in der Ostsee“** ein. Ein weiteres Ziel war es, die ökologische und ökonomische Bedeutung der dominierenden Großalgen und Blütenpflanzen in der Ostsee darzustellen und über die Gefährdung dieser Ökosysteme durch Eutrophierung und Klimawandel zu informieren. Der ökonomische Wert dieser Flachwasserlebensräume für verschiedenste gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bereiche wurde angesprochen und ökologische Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Menschen und marinen Lebensräumen wurden dargestellt.

Innerhalb des RADOST-Verbundes bearbeitet das LLUR das **Anwendungsprojekt „Qualitätskomponenten zur Wasserrahmenrichtlinie: Bestandsunterstützung Seegras und Blasentang“**. Das Vorkommen und die Tiefenverbreitung von Seegras und Blasentang sind bedeutende Strukturparameter für die Bewertung der Ostseeküstengewässer nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Der mögliche Einfluss des Klimawandels auf diese marinen Makrophyten wird unter Berücksichtigung anderer anthropogener Einflussfaktoren beurteilt. Letztendlich entstehen Konzepte zu Schutz und Erhalt dieser bedeutenden Ökosysteme. In die Bearbeitung des Anwendungsprojektes sind verschiedene RADOST-Projektpartner (Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Institut für Angewandte Ökosystemforschung GmbH,

Universität Rostock, Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Küsten Union Deutschland EUCC), aber auch externe Netzwerkpartner eingebunden. In den Jahren 2010 und 2011 wurden **projektbezogene Forschungsaufträge** an das Geowissenschaftliche Institut der Christian-Albrechts-Universität, an die Firma MariLim in Schönkirchen und an das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften vergeben.

CLIWAT

Das LLUR ist außerdem am **INTERREG IV B-Projekt CLIWAT** beteiligt. CLIWAT (Climate & Water) hat den Einfluss des Klimawandels auf das Grundwassersystem und die Folgewirkungen auf das Oberflächenwasser sowie die Wasserversorgung insgesamt untersucht. In sechs Pilotgebieten in Belgien, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden wurden beispielhaft die Konsequenzen auf die Grundwasserquantität und -qualität abgeschätzt und Anpassungsstrategien für die Land- und Wasserwirtschaft sowie Infrastruktur-Planungen entwickelt. Die Projektlaufzeit umfasste den Zeitraum September 2008 bis August 2011.

Das LLUR hat im Rahmen des Projektes zusammen mit dänischen und deutschen Partnern ein **grenzübergreifendes Pilotgebiet** bearbeitet, das den südlichen Teil Jütlands und den Norden des Landesteils Schleswig auf einer Fläche von etwa 5.000 km² beiderseits der Grenze umfasst. Das Untersuchungsgebiet schloss die Küstenbereiche an der Nord- und Ostsee sowie die Inseln Föhr und Alsen mit ein. In mehreren Teilen des Gebietes wurden geophysikalische und hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt, die dazu dienen, den geologischen Kenntnisstand weiter zu verbessern und ein grenzübergreifendes geologisches 3-D-Modell zu optimieren. Dieses geologische 3-D-Modell ist Basis für die Simulation der Auswirkungen von prognostizierten Szenarien des Klimawandels auf die Oberflächen- und Grundwassersysteme der Region.

Zusammenarbeit im Bereich Naturschutz

Das **LIFE-Naturschutzprojekt**¹ der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein „**Balt-Coast**“² (Rehabilitation of the Baltic coastal lagoon habitat complex) befasst sich mit dem Schutz und der Wiederherstellung von Küstenlagunen-Dünen-Komplexen. In 34 Projektgebieten in Dänemark, Estland, Litauen, Schweden und Deutschland werden hierzu konkrete Maßnahmen zur Habitatverbesserung durchgeführt. Vorbereitet und begleitet werden die Maßnahmen durch einen intensiven Fach-Austausch der internationalen Experten mit den Stakeholdern und Managern vor Ort. Ergebnis wird u. a. die Erarbeitung eines **Leitfadens zur Renaturierung von Lebensraumkomplexen**

¹ LIFE ist ein EU-Programm zur Förderung von Umwelt- und Naturschutzvorhaben.

² Im Internet: www.baltcoast.eu

um **Ostseeküstenlagunen mit Dünen- und Salzwiesen** sein. Das gesamte Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2012. Mittlerweile zeigen sich erste Erfolge beim Schutz der Zielarten und Lebensräume in den Projektgebieten. Weitere schleswig-holsteinische Partner sind das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) und der NABU (Wasservogelreservat Wallnau).

Umweltzusammenarbeit mit der Region Syddanmark

Der im Rahmen der **Vereinbarung mit Syddanmark** zur Erarbeitung der jährlichen Arbeitspläne eingerichtete **Koordinierungskreis Umwelt** lässt nach fortlaufender Personalfuktuation auf dänischer Seite seine Tätigkeit derzeit ruhen. Es wird auf ein Signal aus Dänemark gewartet, wann und mit wem der ehemals konstruktive Austausch wieder aufgenommen werden kann. Hinderlich ist die veränderte, verminderte Zuständigkeit für Umwelt- und Naturschutzfragestellungen innerhalb der veränderten regionalen Verwaltungsstrukturen in Süddänemark.

Nachhaltige Beschaffung

Die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (August 2011) hat in ihrer EntschlieÙung angeregt, Anreize und Möglichkeiten für umweltgerechte öffentliche Beschaffungen zu schaffen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte die Landesregierung schon im Jahre 2009 aufgefordert sicherzustellen, dass im Land nur Produkte verwendet werden, die unter Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation¹, insbesondere ohne ausbeuterische Kinderarbeit, hergestellt werden. Außerdem sollen ökologische Standards und Standards des fairen Handels in geeigneter Weise berücksichtigt werden.

Zur Umsetzung der Forderung des Landtages ist durch Beschluss der Landesregierung vom 31.08.2010 die **Landesbeschaffungsordnung** geändert worden. Zur Erreichung des Ziels, nur Produkte zu beschaffen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, ist nunmehr bei ausgewählten Produkten eine entsprechende Erklärung der bietenden Unternehmen zu verlangen. Diese Regelung entspricht der zuvor schon praktizierten Verfahrensweise, die für den staatlichen Hochbau verbindlich vorgeschrieben war und auch von der Zentralen Beschaffungsstelle des Landes in den übrigen Bereichen ohne eine entsprechende Anweisung praktiziert wurde. Durch die Aufnahme in die Landesbeschaffungsordnung ist die Regelung für

¹ Die Internationale Arbeitsorganisation (engl. International Labour Organization - ILO) ist eine Organisation der Vereinten Nationen und damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern

alle Dienststellen verbindlich festgeschrieben worden. Ökologische Standards waren auch schon vorher bei der Beschaffung zu berücksichtigen.

Zusammenarbeit im Bereich der Raumplanung

Im Herbst 2009 hat die Raumordnungsministerkonferenz der Ostseestaaten auf der Basis der institutionalisierten Zusammenarbeit der Raumordner des Ostseeraumes (**VASAB**) eine langfristige Strategie zur **Raumentwicklung für die Ostseeregion (Long-Term Perspective)** verabschiedet. Schwerpunkte dieser bis ins Jahr 2030 gerichteten Strategie sind die Förderung der Zusammenarbeit und bessere Erschließung der Innovationspotentiale der Städte und Regionen, effizientere Formen der räumlichen Organisation, insbesondere der Stadt-Land-Zusammenarbeit, die Verkehrsintegration und Verbesserung der Erreichbarkeit sowie die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und Förderung einer integrierten Entwicklung der Meeres- und Küstenregionen. Damit wird auch ein Beitrag zur Anwendung der Territorialen Agenda der Europäischen Union und der Leipzig Charta¹ geleistet.

Zugleich hat VASAB wichtige Impulse für transnationale INTERREG B-Projekte im Ostseeraum und Anregungen für die Umsetzung der Ostseestrategie sowie die Vorbereitung der neuen EU-Strukturfondsperiode gegeben.

Raumordnerische Zusammenarbeit mit Dänemark

Die bereits mit der früheren Amtskommune **Sønderjylland** begonnene Kooperation der Landesplanung wird seit vielen Jahren auch mit der **Region Syddanmark** fortgesetzt und vertieft.

Die in den jährlichen Arbeitsplänen vereinbarte gegenseitige **Beteiligung bei der Aufstellung der jeweiligen Entwicklungspläne** wird weitergeführt. Nachdem im Frühjahr 2008 die Landesplanung Schleswig-Holstein zur süddänischen Entwicklungsplanung und im Herbst desselben Jahres sowohl die Region Süddänemark als auch die großen Kommunen im südlichen Grenzbereich Dänemarks bezüglich des schleswig-holsteinischen **Landesentwicklungsplans (LEP)** jeweils positive Stellungnahmen abgegeben haben, liegt nunmehr die Überarbeitung/Fortschreibung der **süddänischen Entwicklungsplanung** vor. Eine Stellungnahme hierzu wird das Innenministerium im März 2012 abgeben.

¹ Die Territoriale Agenda der EU enthält Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik, die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisieren; die Leipzig-Charta enthält Grundlagen für die Stadtpolitik in Europa

Darüber hinaus hat sich die Region Syddanmark in den Jahren 2008 bis 2010 an einzelnen Teilprojekten des **Modellprojektes der Raumordnung (MORO) „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg“** beteiligt. Sie ist auch in das Nachfolgeprojekt **„Projektpartnerschaft Nord“ (PP-Nord)** involviert.

Das in den gemeinsamen Arbeitsplan 2009/2010 neu aufgenommene Projekt zum **Aufbau einer grenzübergreifenden Statistikdatenbank**, die als Grundlage für wirtschaftliche und politische Entscheidungen dienen und z. B. harmonisierte Daten zu Pendlerverflechtungen und Arbeitsmarktdaten enthalten soll, wird weiter verfolgt. Seit dem Frühjahr 2011 ist hieran auch die Region Seeland beteiligt und aktuell (zu Redaktionsschluss) hat die Freie und Hansestadt Hamburg ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bei diesem Projekt bekundet.

Derzeit bemühen sich die dänischen Partner darum, die Eckpunkte für eine gemeinsame INTERREG A-Förderung zu vereinbaren, um noch in der laufenden Förderperiode entsprechende Anträge ausarbeiten und einreichen zu können. Hierfür haben die dänische Statistikbehörde, das Statistikamt Nord und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhebliche Vorarbeiten geleistet.

5.7. Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum

Die Übersichten zur **Einfuhr und Ausfuhr Schleswig-Holsteins** (s. Anhänge 2 und 3) belegen eindrucksvoll die enge Verflechtung des Landes mit dem Ostseeraum. Insbesondere der Anteil der Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein in den Ostseeraum hat sich in den Jahren 1999 bis 2011 deutlich erhöht. Auch die Einfuhr Schleswig-Holsteins aus dem Ostseeraum hat sich stark erhöht. Die Bedeutung unserer Verflechtung mit dem Ostseeraum wird im Jahre 2011 insofern eindrucksvoll bestätigt, als in diesem Jahr sowohl in der Einfuhr (33,7 %) als auch in der Ausfuhr (24,8 %) die Spitzenwerte des betrachteten Zeitraumes erreicht wurden.

Die Spitzenwerte der Einfuhr und der Ausfuhr bestätigen einmal mehr die wachsende Bedeutung dieser dynamischen Wirtschaftsregion für die Wirtschaft unseres Landes. Schleswig-Holstein konnte seine Rolle als Drehscheibe zwischen den Märkten West- und Nordosteuropas weiter ausbauen.

Die im Kapitel 3.1 beschriebene Präsenz der Landesregierung im Ostseeraum dient ganz wesentlich auch der gezielten Nutzung wirtschaftlicher Chancen in dieser Region. Als weitere Aktivität ist insbesondere das von der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) betreute **Schleswig-**

Holstein Business Center (SHBC) in Moskau hervorzuheben. Auch das **Enterprise Europe Network (EEN)**, in dem Schleswig-Holstein gemeinsam mit Hamburg über ein Konsortium aus Investitionsbank, WTSH und Innovationsstiftung sowie der TuTech Innovation GmbH in Hamburg vertreten ist, bietet im Ostseeraum neue Möglichkeiten der Kooperation.

Zusammenarbeit im Bereich Klima und Energie

Das Thema Klimaschutz und Energie ist weiterhin Schwerpunkt der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark. Die Zusammenarbeit zielt auf die Entwicklung gemeinsamer Projekte in den Themenfeldern Offshore Windenergie, Elektromobilität, Nahwärmenetze, Solarenergie und Nutzung von organischem Abfall für die Energieerzeugung. Als Plattform für die Entwicklung von Projekten wird das **INTERREG IV A-Projekt „FURGY“¹** genutzt, das der Entwicklung konkreter Kooperationsansätze dient. Das Projekt soll bis Ende 2012 verlängert werden, um die bisherigen Ansätze zu vertiefen und das grenzüberschreitende Netzwerk zu festigen sowie weitere Aktivitäten vorzubereiten.

Schleswig-Holstein wird für gezielte wirtschaftliche und klimaschutzorientierte Aktivitäten im Ostseeraum auch weiterhin EU-Fördermöglichkeiten nutzen, um seine technologischen Kompetenzen einzubringen. Dabei wird das **Konzept „Integriertes Klima- und Energiekonzept für Schleswig-Holstein“²** (September 2011) Leitlinie für wirtschaftliche Aktivitäten im Energiebereich und für den Klimaschutz werden.

U. a. folgende Betätigungsfelder bieten sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Energiebereich im Ostseeraum an:

- verstärkte Nutzung der Windenergie on- und offshore,
- Umsetzung von Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung,
- Nutzung von Bioenergie,
- Zusammenarbeit bei der Energiespeicherung,
- Energiemanagement in Kommunen und Unternehmen sowie
- Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit.

Multilaterale Projekte, die z. B. aus den INTERREG-Programmen (EU-Ostseeprogramm, INTERREG A) gefördert werden, greifen gezielt einzelne Betätigungsfelder auf. Hierfür stehen beispielsweise folgende Projekte:

¹ Homepage: www.furgy.eu

² Im Internet über: www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/ImmissionKlima/06_Klimaschutz/klimaschutz_node.html

Urb.Energy (Energy Efficiency and Integrated Urban Development)

Das im Januar 2009 gestartete Projekt mit einer dreijährigen Laufzeit stellt die Energieeffizienz im Rahmen von integrierten Stadtentwicklungsmaßnahmen bzw. in Stadtteilen in den Vordergrund. Es baut auf Erkenntnissen des **Vorläuferprojektes BEEN¹** auf, das Ziele, Strategien und Instrumente zur Energieeinsparung im Wohnungsbestand der Ostseeregion entwickelt hatte.

Beteiligt an Urb.Energy sind 15 Partner aus den baltischen Staaten, aus Polen, Weißrussland und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein ist das Wirtschaftsministerium unter Einbeziehung der ARGE für zeitgemäßes Bauen, der Energieagentur Schleswig-Holstein, der Hansestadt Lübeck und des Lübecker Bauvereins beteiligt. Das Projekt wurde aus dem EU-Ostseeprogramm gefördert und ist im **Dezember 2011** mit einer **Abschlusskonferenz in Riga/Lettland** erfolgreich abgeschlossen worden.

GADOW (German and Danish Offshore Wind)

Allgemeines Ziel des Projektes ist es, einen aktiven Beitrag zu erhöhter Wertschöpfung in der Region im Bereich Offshore-Windenergienutzung zu leisten. Teilziele des Projektes sind die Schaffung von grenzüberschreitender Transparenz über die in den beteiligten Regionen Dänemarks und Deutschlands vorhandenen Angebote sowohl unternehmensseitig als auch seitens der Hochschul- und Forschungsinstitute. Ebenfalls mehr Transparenz soll nach Abschluss des Projektes über abgeschlossene und laufende öffentlich geförderte **Forschungsprojekte** - und deren Ergebnisse - auf der deutschen und der dänischen Seite zu beiderseitigem Nutzen bestehen. Hierbei spielt die direkt an der dänisch-deutschen Grenze befindliche FINO3-Forschungsplattform eine besondere Rolle, da an diesem Beispiel der beiderseitige Nutzen der Verbreitung von Forschungsergebnissen demonstriert wird. In diesem Zusammenhang werden alle in der Region existierenden Hochschul- und Forschungsinstitute ermittelt und transparent dargestellt.

Partner des Projektes sind: Forschungs- und Entwicklungszentrum Fachhochschule Kiel GmbH (Leadpartner), Offshore Center Danmark, CEwind e.G.², Aalborg Universität Esbjerg. Netzwerkpartner des Projektes sind: Siemens Wind Power A/S, windcomm schleswig-holstein, Maritimes Cluster Norddeutschland (Clustermanagement: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein WTSH), Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde, KIWI Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklung, das Projekt Wachstumszentrum³, das

¹ Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock (Ostsee-Energieeffizienz-Netzwerk für den Gebäudebestand)

² Schleswig-holsteinische Forschungsgenossenschaft im Bereich Windenergie

³ Mehr zum Projekt Wachstumszentrum auf Seite 40 f.

Projekt „Future Renewable Energy (FURGY)“ und das Kompetenzzentrum deutsch-dänische Zusammenarbeit und Tourismus bei der IHK Flensburg. Die Förderung aus dem INTERREG IV A-Programm läuft von 2012 bis 2015.

Durch das Auslaufen der INTERREG-Förderperiode Ende 2013 und die noch nicht geklärten Möglichkeiten in der Förderperiode 2014 - 2020 bestehen in der nächsten Zeit keine neuen Fördermöglichkeiten, die die Arbeit unterstützen können. Vorhandene Kontakte und Netzwerke werden weiterhin gepflegt, um im Rahmen der neuen Förderperiode, in der Klimaschutz und Energie weiterhin eine große Rolle spielen werden, schnell mit einzelnen Projekten aktiv werden zu können.

Zusammenarbeit im Bereich Ernährungswirtschaft

Die Nahrungsmittelindustrie zählt im Ostseeraum zu den stärksten Branchen. Sie ist gekennzeichnet durch stabile Strukturen und birgt insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des osteuropäischen Marktes erhebliche Potentiale.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie in der Ostseeregion zu fördern, haben sich unter Federführung der Wirtschaftsförderung Lübeck insgesamt 13 Partner (Netzwerke, Behörden und Hochschulen) aus Dänemark, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Deutschland zu der Kooperation „**Baltfood**“ zusammenschlossen. Die Kooperation ist zunächst ein auf drei Jahre (Oktober 2008 - Januar 2012) angelegtes Projekt im Rahmen des EU-Ostseeprogramms. Übergeordnetes Ziel ist es, das im Bereich der Ernährungsindustrie im Ostseeraum vorhandene Wissen zu vernetzen. Innerhalb der operativen Projektlaufzeit finden diverse Aktivitäten in den Schwerpunktbereichen Wissenschaft, Wirtschaft und regionale Vernetzung statt.

Im Wissenschaftsbereich „baltscience“ wird ein EDV-gestützter Forschungs- und Entwicklungsverbund für die Durchführung von länderübergreifenden Produkttests eingerichtet. Eine weitere Vertiefung mit der Bezeichnung „baltregion“ widmet sich der Identifizierung und Analyse von Schwerpunktbereichen und Verflechtungen der Ernährungsindustrie mit dem Ziel der Erarbeitung eines ‚**Place Branding Konzeptes**‘ für die Ernährungswirtschaft im Ostseeraum. Der Bereich „baltbusiness“ wiederum ist orientiert an den Bedürfnissen der Unternehmen und hat u. a. das Ziel, transnationale Ernährungstrends zu identifizieren.

Agrarfachliche Zusammenarbeit

Im Januar 2011 sind auf der Internationalen Grünen Woche **Memoranden** zwischen dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium und den Landwirtschaftsministerien von **Estland** und **Lettland** um weitere fünf Jahre verlängert worden. Ziel

ist der Austausch von agrarpolitischen Positionen, von Fachleuten der Agrarverwaltung und der Agrarwirtschaft sowie der grenzüberschreitende Austausch von Jugendlichen aus dem ländlichen Raum.

Auf Grundlage der Memoranden wurden in 2010 und 2011 **Besuche von Fachdelegationen** aus Estland (Themen: Lebensmittelvermarktung/Gütezeichen, Organisation der Innenrevision von EU-Förderprogrammen) und Lettland (Thema: Zusammenarbeit Agrarverwaltung/Landwirtschaftskammer) in Schleswig-Holstein vereinbart und durchgeführt.

Die **Kooperation mit dem Gebiet Kaliningrad** in den Bereichen Landwirtschaft und (Hochschul-)Bildung ist stabil. Dazu gehörte bis einschließlich 2010 die Durchführung eines **Praktikantenprogramms** durch das Ministerium für Umwelt und ländliche Räume (MLUR), aus dem sich verschiedenste Kooperationen entwickelt haben (Vernetzung von mittlerweile vier Kaliningrader Ausbildungseinrichtungen mit seit 1999 jährlich ca. zwölf Teilnehmenden, Firmenkontaktbörse zusammen mit dem Hansebüro Kaliningrad, Hospitationen von Deutschlehrkräften aus Kaliningrad in Schleswig-Holstein und Einbeziehung junger Deutschlehrkräfte in den Deutschunterricht zur Vorbereitung der Bewerberinnen und Bewerber in Kaliningrad, in Schleswig-Holstein Einbindung von mehr als 20 Betrieben, der DEULA, des Lehr- und Versuchszentrums Futterkamp und des Landjugendverbandes).

Im Berichtszeitraum musste die Finanzierung durch die Landesregierung aus Haushaltsgründen eingestellt werden. Die weitere, nicht finanzielle Unterstützung bleibt davon unberührt und hat nach intensiven Verhandlungen mit der Kaliningrader Gebietsregierung, begleitet durch das Hansebüro, dazu geführt, dass das Praktikum künftig durch das dortige Landwirtschaftsministerium finanziert werden wird.

Das Praktikum findet im Rahmen der **Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftsministerien von Kaliningrad und Schleswig-Holstein** statt. Sie wurde anlässlich der Internationalen Grünen Woche im Januar 2012 um weitere fünf Jahre verlängert.

Ein weiteres **Beratungsprojekt** unter Beteiligung der Kieler Agrarfakultät („Wertschöpfungskette Milch Kaliningrad“, Laufzeit bis 2011) ist im universitären Bereich zu nennen.

Anlässlich eines Treffens der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerin mit ihrem neuen dänischen Kollegen im März 2010 wurde ein **Veterinärabkommen** unterzeichnet, in welchem sich beide Seiten Verbesserungen im Umgang mit Infektionskrankheiten von Haustieren zusichern (gegenseitige Information, gemeinsame Kontrolle, gemeinsame Übungen).

Arbeitsmarktbezogene Zusammenarbeit mit Dänemark

Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung von Grenzregionen und neuer und größerer Wirtschaftsräume. Im Vordergrund steht für Schleswig-Holstein aufgrund der Nähe zu Dänemark die gezielte **Fortentwicklung des gemeinsamen Arbeitsmarktes** mit dem nördlichen Nachbarland. Der gemeinsame Arbeitsmarkt bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für Betriebe als auch für Arbeitnehmer und Arbeitsuchende diesseits und jenseits der Grenze. Es gilt daher, gemeinsam mit den dänischen Partnern die Rahmenbedingungen des gemeinsamen Arbeitsmarktes so zu gestalten, dass diese Chancen genutzt werden können.

Die Zusammenarbeit der arbeitsmarktpolitischen Akteure beiderseits der Grenze ist im Rahmen des 2007 gegründeten **Deutsch-Dänischen Arbeitsmarktforums** deutlich intensiviert worden. Dieses Gremium hat sich bereits mit verschiedenen Problemstellungen auseinandergesetzt. Es wird auch weiterhin in gemeinsamen Treffen arbeitsmarktpolitische Themen begleiten und fortentwickeln.

Die Fortentwicklung des grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarktes wird durch die Zunahme der Grenzpendler belegt. Ging man im Jahr 2000 noch von insgesamt ca. 2.500 Pendlern aus (davon etwa zwei Drittel von Deutschland nach Dänemark), ist seitdem aufgrund einer stark angestiegenen Arbeitskräftenachfrage in Dänemark die Pendlerzahl in Richtung Norden erheblich gestiegen. Nach Angaben des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig belief sich die Grenzpendlerzahl von Deutschland nach Dänemark gegen Ende des Jahres 2008 auf rund 18.100, in der Gegenrichtung waren es rund 1.200. Im Zuge der Wirtschaftskrise sind die Zahlen nach diesem Höchststand dann allerdings zurückgegangen. Die letzte Umfrage (Dezember 2011) weist rd. 9.100 Grenzpendler gen Norden aus, in der Gegenrichtung wird von rd. 1.000 Pendlern ausgegangen.

Eine der wesentlichen Einrichtungen ist das beim Regionskontor Sønderjylland/Schleswig in Padborg angesiedelte „**Infocenter Grenze**“. Ziel des Infocenters ist es, die Grenze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchlässiger zu machen, Informationen für Grenzpendler bereitzustellen und somit die Anzahl der Grenzpendler zu erhöhen. Neben Arbeitsmarktfragen stellen Fragen zur Renten- und Krankenversicherung sowie zu Steuersystemen die Hauptthemen dar. Seit Anfang 2009 sind in der Kreisverwaltung Ostholstein in Eutin und im dänischen Holeby (Lolland) Fehmarnbelt-Regionsbüros als **Informations- und Beratungsstellen für Grenzpendlerfragen** von Bürgern, Unternehmen und Grenzpendlern tätig. Nach Vorbild des Infocenters Grenze in Padborg können sich hier vor allem Arbeitsuchende und Arbeitnehmer eingehend informieren.

Die grenzüberschreitende Mobilität wird im Rahmen des **Zukunftsprogramms Arbeit** der Landesregierung mit Projekten gefördert, die das Ziel haben, die Chancen und Möglichkeiten der Grenzregion für eine erweiterte berufliche Orientierung der jungen Generation auf einen neuen und größeren Wirtschaftsraum ohne Grenzen zu nutzen. Die Projekte tragen dazu bei, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und die Qualifikationen und Kompetenzen der Teilnehmer zu stärken. Sie unterstützen damit das Querschnittsziel der Transnationalität. Vorrangig vermittelt werden sowohl interkulturelle Kompetenzen als auch dänische Sprachkenntnisse. Darüber hinaus werden Kontakte ermöglicht, die dazu geeignet sind, Bewerbungen und Beschäftigungsmöglichkeiten in Dänemark in Betracht zu ziehen.

Ein noch fortbestehendes wesentliches Hemmnis des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes ist die fehlende gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen. Viele Akteure in der Region (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Berufsschulen, Gewerkschaften u. a.) bemühen sich seit Jahren, hier Fortschritte zu erzielen. Auf Initiative des schleswig-holsteinischen Arbeitsministeriums sind das zuständige Bundesbildungsministerium und die dänische Regierung aktiv geworden. Es gibt Zusagen der deutschen und der dänischen Bildungsministerien, eine **gemeinsame politische Erklärung** auf dem Gebiet der beruflichen Bildung **über die grundsätzliche Vergleichbarkeit von Ausbildungsabschlüssen** im beruflichen Bereich in Deutschland und Dänemark zu erarbeiten und zu unterzeichnen. Nachdem es aufgrund der Parlamentswahlen in Dänemark im Herbst 2011 zu erneuten Verzögerungen kam, wird die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung nunmehr zum Frühjahr 2012 angestrebt.

Darüber hinaus werden im Rahmen des deutsch-dänischen **INTERREG A-Projektes¹ „Pontifex“** weitere Schritte unternommen, um auch Hindernisse in anderen Bereichen, die der Entwicklung des grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarktes entgegenstehen, zu überwinden. Seit dem Frühjahr 2010 sind zwei Juristen beim Regionskontor Sønderjylland/Schleswig in Padborg mit der Aufgabe betraut, Systemunterschiede und Mobilitätshürden zu identifizieren, systematisch juristisch zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. So soll die Grenze durchlässiger und die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Freizügigkeit des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes erhöht werden.

¹ INTERREG A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ ; mehr zum Programm auf Seite 39 ff.

5.8. Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“

In Zeiten fortschreitender Spezialisierung der Wissenschaft und wachsender Bemühungen der Hochschulen um internationale Sichtbarkeit im internationalen Wettbewerb suchen Wissenschaftler und Hochschulen alte und neue Formen der Zusammenarbeit in Lehre, Forschung und Wissenstransfer. Eigene Kompetenzen werden durch komplementäre ergänzt, neue Perspektiven identifiziert, Optionen für Studierende oder externe Partner erweitert.

Das hohe Qualifikationsniveau des Ostseeraums ist ein wesentlicher Faktor seiner Wettbewerbsfähigkeit und wird durch Wissensaustausch und Zusammenarbeit weiter gestärkt. Auch aufgrund der räumlichen Nähe bauen die schleswig-holsteinischen Hochschulen insbesondere ihre Kooperationen im Ostseeraum kontinuierlich aus, um von den Vorteilen der „Wissensregion Ostsee“ zu partizipieren.

In der Resolution des 9. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee 2011 in Gdansk wurde die Entwicklung der Bildung gefordert und mit der Forderung nach einer Erhöhung des Anteils der Bevölkerung, der über einen Hochschulabschluss verfügt, präzisiert.

Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit Teilnahme an der ersten Programmphase 2007 - 2010 des **Hochschulpakts** hat es auf die neuen Anforderungen einer globalen Wissensgesellschaft und die steigenden Zahlen Studierwilliger reagiert. Es wurden in diesem Zeitraum allein in Schleswig-Holstein 4.009 zusätzliche Studienplätze geschaffen. Damit hat Schleswig-Holstein seine Zusage zur Erhöhung der Studienanfängerzahlen sogar noch übertroffen. Damit diese erfreuliche Entwicklung anhält, haben Bund und Länder im Juni 2009 die Fortsetzung des Hochschulpakts für die Jahre 2011 bis 2015 beschlossen. Schleswig-Holstein verpflichtete sich, 9.687 neue Studienplätze zu schaffen.

Als Konsequenz der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst haben die Ministerinnen und Minister von Bund und Ländern zusätzlich auf ihrer Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 21. März 2011 ihre Finanzausgabe für die zweite Phase des Hochschulpaktes noch einmal erhöht. Schleswig-Holstein wird in dieser Phase noch einmal 1.263 zusätzliche Studienplätze schaffen.

Eine Steigerung der Studierendenzahlen wird jedoch nicht nur durch Zurverfügungstellung von Studienplätzen angestrebt, sondern im Hochschulgesetz ist der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte erleichtert und ausgeweitet sowie die Durchlässigkeit von beruflicher zu hochschulischer Bildung weiter verbessert worden: Zum

einen haben Meister und Inhaber gleichgestellter Abschlüsse der beruflichen Aufstiegsfortbildung damit jetzt eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Zum anderen besteht für beruflich qualifizierte ohne Aufstiegsfortbildung, aber mit Berufsausbildung und Berufspraxis die Möglichkeit, über ein Eignungsfeststellungsverfahren eine fachgebundene Hochschulreife zu erwerben. Daneben gibt es ein breites Angebot an schulischen Möglichkeiten zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung und die Möglichkeit eines Probestudiums.

Weiter fordert das Parlamentsforum, Kooperationen im Hochschulbereich anzustreben und dabei Mobilitätsbarrieren für Forscher und Studierende abzubauen.

Mobilität im europäischen Hochschulraum ist eine zentrale Forderung des Bologna-Prozesses und wird vom zuständigen Fachministerium aktiv sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene begleitet. Die Landesregierung hat sich in besonderem Maße für die **Einführung der gemeinsamen europäischen Standards** an den schleswig-holsteinischen Hochschulen eingesetzt und damit die Voraussetzungen für Mobilität im europäischen und internationalen Hochschulraum geschaffen.

Mobilitätsbarrieren sind insbesondere bei

- der Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen durch die Heimathochschule,
- der Einbindung eines Auslandsaufenthalts in ein Studium mit straff organisierten Studienplänen gemäß den Forderungen des Bologna-Prozesses sowie
- der Finanzierbarkeit einer mobilen Phase des Studiums

zu identifizieren.

Die ersten beiden Mobilitätshemmnisse fallen unter den Autonomiebereich der Hochschulen. Bei der Überarbeitung ihrer Studienpläne verbessern die Hochschulen in der Regel die Bedingungen für einen Auslandsaufenthalt durch Einbau von Mobilitätsfenstern in die Curricula bei gleichzeitiger verbesserter Anrechnungsmöglichkeit von im Ausland erbrachten Studienleistungen.

Die Finanzierung von Auslandsaufenthalten wird durch ein spezielles **Auslands-BAFöG** gewährleistet, das die Finanzierung von Hin- und Rückreise und eventuell anfallender Studiengebühren möglich macht. Zusätzlich bestehen auch noch Fördermöglichkeiten insbesondere durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und andere Organisationen, die **Stipendien für Auslandsaufenthalte** vergeben (z. B. Studienstiftung des deutschen Volkes).

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert darüber hinaus eine schnelle und unbürokratische Anerkennung u. a. von Hochschulabschlüssen in den beteiligten Mitgliedstaaten.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (sog: **Anerkennungsgesetz**; BQFG) hat der Bundestag im September 2011 grundsätzlich die Voraussetzung für die Erfüllung dieser Forderung geschaffen. Ergänzend hat die Bundesregierung eine Reihe von gesetzbegleitenden Maßnahmen auf den Weg gebracht, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Information von Anerkennungssuchenden und der Anerkennungspraxis beitragen werden. Seit Januar 2010 ist allein die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen für die Bewertung von Hochschulabschlüssen zuständig. Damit wird eine schnelle und unbürokratische Bewertung erreicht und die Integration von Migrantinnen und Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt gefördert.

Hochschulkooperationen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)

Bedingt durch ihre geografische Lage fühlt sich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) besonders den Ländern Skandinaviens und des Ostseeraumes verbunden. Darüber hinaus ist die Universität durch ein weit gespanntes Netz internationaler Beziehungen mit der gesamten Welt der Wissenschaft verknüpft. Mit 39 Hochschulen in Europa, Amerika und Asien sind Partnerschaftsverträge geschlossen, darunter mit 14 Universitäten in den Ostseeanrainerstaaten.

Kiels Lage am Meer begründet die breit ausgebauten und international hervorragend ausgewiesenen Meereswissenschaften, die sich eng mit anderen Disziplinen vernetzen. Biologie, Chemie, Geologie oder Physik: Alle Fachrichtungen, in denen es um die Geheimnisse in den Tiefen der Weltmeere geht, finden hier optimal zusammen. Der Universitätsschwerpunkt "Meeres- und Geoforschung" bündelt seine Projekte zum Thema Meer zusätzlich im Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“, an dem unter anderem das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) und mehrere Fakultäten der CAU beteiligt sind.

Die internationale Zusammenarbeit der CAU im wissenschaftlichen Bereich fügt sich in einen größeren Rahmen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Kooperationen, die auch von der Landesregierung als Schwerpunkt und Entwicklungsaufgabe gewertet werden. Ähnliches gilt für die Landeshauptstadt Kiel, die mehrere **Städtepartnerschaften** zu Städten im Ostseeraum unterhält: Gdynia/Polen, Kaliningrad/Russland, Sovetsk/Russland, Stralsund/Deutschland, Tallinn/Estland und Vaasa/Finnland.

Gleichzeitig unterhält auch die CAU einige **Hochschulpartnerschaften** mit Hochschulen in diesen Partnerstädten, so z. B. mit der I. Kant Baltischen Föderalen Universität in Kaliningrad und der Universität Tallinn. Die jährlich von der Stadt Kiel angebotenen „**Stadt-Kiel-Stipendien**“ für fünf bis zehnmonatige Studienaufenthalte in Kiel werden von der CAU im Ostseeraum (Baltische Staaten und Russland/Region Kaliningrad und Petersburg) ausgeschrieben und von der CAU im Auftrag der Stadt Kiel an Studierende aus dieser Region vergeben.

Des Weiteren werden auch die jährlich von der **Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche** angebotenen **Stipendien** für Studierende der Theologischen Fakultäten der Universitäten in Klaipeda/Litauen, Riga/Lettland und Tartu/Estland für Studien- und Forschungsaufenthalte in Kiel von der CAU ausgeschrieben und von der CAU im Auftrag der Kirche an Studierende der o. g. drei Hochschulen vergeben.

Ausgewählte Aktivitäten/Bereiche der CAU-Ostseeraumaktivitäten, Juni 2010 bis Dezember 2011:

Skandinavische Gastdozentur

Die Hochschulzusammenarbeit im Rahmen der seit 1964 bestehenden **Ständigen Dänischen Gastprofessur** wurde im Berichtszeitraum fortgeführt. Ziel ist, das Lehrangebot der CAU durch Einladung internationaler Dozentinnen und Dozenten zu ergänzen bzw. zu bereichern. Im Wintersemester 2003/04 wurde die dänische Gastdozentur geografisch ausgeweitet auf die Øresund-Region und ab dem Sommersemester 2010 auf den gesamten skandinavischen Raum und heißt daher jetzt **Skandinavische Gastdozentur**.

Die Gastprofessoren werden für die volle Vorlesungszeit eingeladen, d. h. von Oktober bis Februar für das Wintersemester und von April bis Juli für das Sommersemester. Sie erhalten für diesen Zeitraum ein Gehalt. Es ist vorgesehen, dass die Gastprofessorinnen und -professoren etwa im Umfang eines Kieler Professors unterrichten, d. h. acht Stunden pro Woche oder drei bis vier Veranstaltungen. Wünschenswert sind zusätzlich ein bis zwei Vorträge für ein größeres Publikum.

Im Berichtszeitraum war die Gastprofessur mit Dozenten aus Schweden (2) und Norwegen (1) besetzt.

Dänemark

Ein Schwerpunkt der Kontakte nach Dänemark liegt in den letzten Jahren in der **Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet (SDU) und der Universität Aarhus**.

Mit der SDU besteht seit 2009 auf Präsidiumsebene eine institutionalisierte Zusammenarbeit, die insbesondere durch das INTERREG IV A¹-geförderte Projekt „**Wissenregion/Videnregion**“ weiter ausgebaut werden konnte. Durch das aus dem Projekt finanzierte **Kooperationsbüro** hat die Zusammenarbeit mit der SDU eine neue Qualität gewonnen. Es ist nun möglich, systematisch Partner aus den Hochschulen der Region zusammenzuführen und Projekte mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu realisieren. Nachdem in der ersten Vertragslaufzeit der Fokus darauf gerichtet wurde, die **Kooperation im Bereich der Forschung** auszubauen, soll in der neuen Phase von "Wissensregion" ab 2012 nun ein neuer Akzent im Bereich Studium und Lehre gesetzt werden. So sollen z. B. die **Zusammenarbeit in der Lehre** intensiviert, integrierte Auslandsaufenthalte in Studienprogrammen aufgenommen und auch **binationale Studiengänge** (v. a. im Masterbereich) entwickelt werden. Die Kooperation in der Forschung soll ebenfalls weiter verfolgt und je nach Projekt ggf. auch durch Einbindung von Partnern aus weiteren Ländern ergänzt werden. Ausdruck dieser gemeinsamen Bestrebung ist die Tatsache, dass neben den beiden INTERREG-finanzierten Stellen hierfür eine weitere **Koordinatorinstelle** eingerichtet wird, deren Kosten vom Konsortium selbst getragen werden.

Die **Universität Arhus** wurde von der CAU als **Benchmark-Partner** ausgewählt; ferner existiert von Seiten der CAU-Graduiertenschule „Human Development in Landscapes“ eine **Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses**.

Norwegen

Norwegen ist ein Schwerpunkt im Rahmen der Zusammenarbeit. Seit 1986 existiert an der CAU das „**Deutsch-Norwegische Studienzentrum**“, dem die norwegischen Universitäten Oslo, Bergen, Trondheim, Tromsø sowie die norwegische Wirtschaftsuniversität Bergen angehören. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden u. a. jährlich bis zu neun mehrwöchige **Sprach- und Fortbildungsaufenthalte** für norwegische Studierende an der CAU organisiert.

Schweden

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Besondere Aktivitäten sind hier nicht zu erwähnen.

Finnland

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Besondere Aktivitäten sind hier nicht zu erwähnen.

¹ INTERREG A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ ; mehr zum Programm auf Seite 39 ff.

Estland

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit der Universität Tallinn und der Universität Tartu wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Besonders erwähnenswerte Aktivitäten mit der Universität Tartu waren im Berichtszeitraum:

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche war in der Vergangenheit maßgeblich am **Wiederaufbau der Theologischen Fakultät an der Universität Tartu** engagiert. Auch im Berichtszeitraum unterstützte die Kirche die **Austauschaktivitäten** mit der Universität Tartu. Es wurden wieder mehrere **Stipendien** für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Tartu zur Teilnahme am Internationalen Sommerkurs, zu mehrwöchigen Forschungsaufenthalten und zu Semesterstudienaufenthalten in Kiel zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie bei den Stadt-Kiel-Stipendien läuft das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Stipendiaten über das International Center der Universität Kiel.

Lettland

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ist auch an **Austauschaktivitäten mit Studierenden/Graduierten der Universität Lettlands in Riga** beteiligt. Es wurden mehrere **Stipendien** für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Lettlands zur Teilnahme am Internationalen Sommerkurs und zu mehrwöchigen **Forschungsaufenthalten** in Kiel zur Verfügung gestellt. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Stipendiaten läuft über das International Center der Universität Kiel.

Litauen

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Die Möglichkeit der Durchführung von Famulaturen von CAU-Studierenden der Medizin an der Partnerhochschule in Kaunas wurde erfolgreich fortgeführt (jedes Jahr drei Wochen im September). Der Dekan der Medizinischen Fakultät der CAU hat jedoch aufgrund einer Evaluation der Medizin-Partnerschaften der Fakultät im Frühjahr 2011 entschieden, die Partnerschaft mit der Medizinischen Universität Kaunas zum 31.08.2011 zu beenden.

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ist auch an **Austauschaktivitäten mit Studierenden/Graduierten der Universität Klaipeda** beteiligt. Es wurden mehrere **Stipendien** für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Klaipeda zur Teilnahme am **Internationalen Sommerkurs in Kiel** zur Verfügung gestellt. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Stipendiaten läuft über das International Center der Universität Kiel.

Russland / Gebiet St. Petersburg

Die Zusammenarbeit der CAU mit der Staatlichen Universität St. Petersburg (SPbU), mit der seit September 2003 ein **Hochschulpartnerschaftsvertrag** besteht, konnte im Berichtszeitraum fortgeführt werden.

Ein Professor des Instituts für Osteuropäisches Recht steht mit Kollegen der Juristischen Fakultät der SPbU seit vielen Jahren in laufendem Kontakt. Seit dem Jahr 2002 gibt es eine **Fakultätspartnerschaft beider rechtswissenschaftlichen Fakultäten**. Die Juristische Fakultät der SPbU ist Gründungspartner des **Deutsch-Russischen Juristischen Instituts**. Der Austausch umfasst gemeinsame Seminare, gegenseitige Entsendung von Studierenden, Graduierten und Doktoranden, Dozentenaustausch, gegenseitige Einladung und Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen und Publikationen.

Vor diesem Hintergrund entstand auf beiden Seiten der Gedanke, die gegenseitige Zusammenarbeit durch ein **integriertes Marktprogramm** (LL.M.¹) zu vertiefen. Auf Seiten der Kieler Rechtswissenschaftlichen Fakultät ist eine Umgestaltung/Modernisierung des bestehenden LL.M.-Programms in Vorbereitung. Die Überlegungen gehen in Richtung auf eine thematische Spezialisierung des LL.M.-Programms bei gleichzeitiger Öffnung für Kooperationen mit ausländischen Hochschulen. Die Universität St. Petersburg möchte ihre bestehenden, thematisch spezialisierten Master-Programme (Bologna-Modell) um eine Auslandskomponente erweitern. Das geplante Projekt sollte die bestehenden Lehrangebote und fachlichen Schwerpunkte beider Seiten in Form eines - neuen - gemeinsamen LL.M.-Programms zusammenführen.

Der **internationale Masterstudiengang POMOR** an der Universität St. Petersburg bildet seit dem Wintersemester 2002/03 Studierende in modernen angewandten Themenfeldern der Polar- und Meereswissenschaften aus. POMOR wurde in Anlehnung an den Masterstudiengang „Geosciences“ der Universität Bremen konzipiert und wird seit 2002 in Kooperation mit den Universitäten Greifswald, Hamburg, Kiel, Potsdam und Rostock sowie dem Institut für Ostseeforschung Warnemünde und dem Otto-Schmidt-Labor (OSL) am staatlichen Institut für Arktis- und Antarktisforschung (AARI) angeboten.

Aufbauend auf den Disziplinen Ozeanographie, Biologie und marine Geowissenschaften werden natur-, ingenieurs- und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte vermittelt. Der Studiengang schließt mit einem Master of Science in angewandten Polar- und Meereswissenschaften ab. Das Studium findet hauptsächlich an der Fakultät für Geographie und Geoökologie der Staatlichen Universität St. Petersburg (SPbU) und am kooperierenden OSL statt.

¹ LL.M.: Masterabschluss im Bereich der Rechtswissenschaften

Ein Professor des Mineralogisch-Petrographischen Instituts und Museums kooperiert gleichfalls seit vielen Jahren mit Fachkollegen der SPbU. Er hat seine Aktivitäten der früheren Jahre auch im Berichtszeitraum fortgeführt.

Russland / Gebiet Kaliningrad

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit der I. Kant Baltischen Föderalen Universität in Kaliningrad wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Neben den normalen **Austauschaktivitäten** fanden auch mehrere Exkursionen mit Studierendengruppen statt. Im Berichtszeitraum wurden über 50 Personen zwischen der CAU und Kant-Universität ausgetauscht.

ERASMUS-Partnerschaften

Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal. Die Zahl der ERASMUS-Partnerschaften ist im Berichtszeitraum abermals leicht gestiegen: Für 2010/11 liegen insgesamt 205 Sammelabkommen und 386 Einzelabkommen vor. Von diesen 386 Einzelabkommen wurden 108 Abkommen mit Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten geschlossen. Dies sind 28 % aller bilateralen ERASMUS-Abkommen.

Innerhalb der Ostseeanrainer liegen für das akademische Jahr 2010/11 die meisten **Einzelabkommen** mit Dänemark (27), Schweden und Polen (je 23) sowie Finnland (20) vor.

Im Rahmen des **Dozentenaustauschs** haben im akademischen Jahr 2010/11 insgesamt sechs (von 25 = rund 24 %) Kieler Dozenten einen Lehrauftrag an einer Hochschule im Ostseeraum gehalten: vier in Polen und zwei in Finnland.

Im Rahmen des **Studentenaustauschs** sind im akademischen Jahr 2010/11 75 Studierende (von insgesamt 284) zum Studium an Hochschulen im Ostseeraum gegangen. Dies sind 26 % aller Auslandsstudierenden. Hauptzielländer waren Schweden mit 32 Studierenden, gefolgt von Dänemark (20), Finnland (12) und Polen (9).

Im Bereich *Studierendenmobilität Incomings* (Gaststudenten) an der Uni Kiel sieht das Verhältnis anders aus. Hier ist zudem ein gegenläufiger Trend festzustellen, da die Zahlen in den letzten Jahren stark rückläufig sind: 2010/11 haben sich insgesamt 59 Gaststudierenden an der CAU eingeschrieben. Die meisten kamen aus Italien (10), Polen (8), und Spanien (7) und der Türkei (7).

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass der Austausch mit Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten innerhalb des ERASMUS-Programms nach wie vor sehr intensiv ist und diese Region weiterhin ein Schwerpunkt des Austausches ist.

Kooperationen der Universität Flensburg

Die Universität Flensburg hat im Berichtszeitraum die Kooperationen im Bereich Studierenden-, Dozenten- und Personalmobilität mit Hochschulen im Ostseeraum (Dänemark, Finnland, Polen, Schweden und Lettland) fortgeführt. Hinzugekommen ist die Universität Kopenhagen (Bereich Pädagogik/Lehrerbildung).

Besondere Bedeutung kam nach wie vor der Kooperation mit der Süddänischen Universität (Syddansk Universitet - SDU) zu. Die folgenden **gemeinsamen Studiengänge** wurden fortgeführt:

- **Kultur- und Sprachmittler (KSM)**; bei diesem Studiengang findet das sechssemestrige BA-Studium in Sønderborg statt. Anschließend haben die Studierenden die Möglichkeit, an der Universität Flensburg den akkreditierten Masterstudiengang „Kultur, Sprache, Medien“ zu besuchen.
- **European Studies**; dieser INTERREG A¹-geförderte kooperative Studiengang wird in der Bachelor-Phase an der SDU angeboten, der darauf aufbauende Masterstudiengang in European Studies an der Universität Flensburg (82 Studierende im Wintersemester 2011/12).
- **Internationales Management**, Abschluss BA (274 Studierende im Wintersemester 2011/12).
- **Management Studies**, Abschluss MA (143 Studierende im Wintersemester 2011/12).

Projektbeteiligungen

Die gemeinsame Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH² für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation - EULE - hat in Kooperation mit der Deutschen Auslandsgesellschaft mit Sitz in Lübeck ein **Programm für Lehramtsstudierende aus Polen und Schweden** entwickelt. Im Rahmen eines zehnwöchigen „**Mini-Referendariats**“ absolvieren angehende Deutschlehrerinnen und -lehrer aus Polen und Schweden ein umfangreiches Praktikum- und Seminarprogramm mit dem Ziel, sich auf ihren späteren Beruf mit einem Aufenthalt in Deutschland vorzubereiten. Die finanzielle Förderung erfolgt durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsam mit der Syddansk Universitet, der CAU Kiel und der Fachhochschule Flensburg arbeitet die Universität Flensburg seit 2008 im INTERREG A-Projekt

¹ Zu INTERREG A s. Seite 38 ff.

² Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

„**Wissensregion**“ zusammen. Das eingerichtete Sekretariat hat zum Ziel, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in der Grenzregion zu fördern.

Das **INTERREG IV A- Projekt „FURGY“** an der Universität Flensburg (seit Mai 2009) befasst sich mit erneuerbaren Energien und wird gemeinsam mit der SDU umgesetzt.

Das **INTERREG IV A-Projekt „Mathematik mit Perspektive (MaP)“** an der Universität Flensburg (seit April 2011) befasst sich mit der Entwicklung menschlicher Ressourcen und wird gemeinsam mit dem Leibnitz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) umgesetzt.

Das **INTERREG-Teilprojekt MaP „Verbesserung der Konzepte zur Förderung von besonders begabten und interessierten Lernenden“** vom Institut für Mathematik und ihre Didaktik zielt einerseits auf den Bereich der Förderung besonders leistungsstarker Schülerinnen und Schüler ab, andererseits auf qualifizierte Weiter- und Fortbildungsprogramme von Primar- und Sekundarstufen-Lehrkräften in der Grenzregion Schleswig-Holstein und Süddänemark im Bereich der Hochbegabtenförderung im Fach Mathematik.

Das **INTERREG IV A-Projekt „Tourismus, Mensch, Natur (TMN)“** an der Universität Flensburg (seit 2011) befasst sich mit der Entwicklung durch Tourismus und erlebnisbasierte Wirtschaft und wird gemeinsam mit der Süddänischen Universität umgesetzt.

Das **INTERREG IV A-Projekt „Grenzüberschreitendes Kompetenznetzwerk: Neue Perspektiven für eine nachhaltige Ernährungs- und Bewegungskompetenz“** (seit 2012 bis 2014) verfolgt das Ziel, im Rahmen von vier Arbeitspaketen ein grenzüberschreitendes Kompetenznetzwerk zur nachhaltigen Ernährung und Bewegung zu erstellen. Mit Hilfe einer deutsch-dänischen aktiven schulischen- und außerschulischen Zusammenarbeit werden gemeinsame Kernelemente der Bildung von Lehr- und Lernmaterialien sowie Lernumgebungen entwickelt. Durch diese Zusammenarbeit wird vorhandenes nationales Wissen über die Grenze hinweg nutzbar gemacht und neue innovative Praxis- und Bildungskonzepte ausgearbeitet wie auch implementiert. Die neuen Praxis- und Bildungskonzepte beinhalten Peer-Education-Ansätze zur Förderung einer verantwortungsbewussten und selbstbestimmten Bewegungs- und Ernährungskompetenz sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Projektpartner sind an der Universität Flensburg das Institut für Ernährungs- und Verbraucherbildung (EVB) und das Institut für Bewegungswissenschaften und Sport (IBUS) sowie auf dänischer Seite das University College Syd-danmark.

Das Projekt **GENDER + ETHNIC** läuft seit April 2010 im Rahmen des EU-Programms Grundtvig¹ gemeinsam mit dem Centre for Flexible Learning, Söderhamn, Schweden. Federführend an der Universität Flensburg ist hierbei das Institut für Germanistik; Projektthemen sind frühkindliche Erziehung und Kindergärten, sowie Gender in Kinderbüchern.

Kooperationen der Fachhochschule Flensburg

Die Fachhochschule Flensburg (FH Flensburg) hat ihre langjährigen **Kooperationen mit Hochschulen in Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden** weitergeführt. Diese durch das EU-Programm ERASMUS geförderten Kooperationen bestehen vor allem im Austausch von Studierenden und Dozenten sowie in der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.

Für die Studiengänge Krankenhausmanagement und eHealth kamen 2010 mit der Seinäjoki University of Applied Sciences in Finnland und 2011 mit der Tallinn University of Technology in Estland zwei neue ERASMUS-Partner hinzu.

Die ERASMUS-Kooperation mit der Linnaeus University in Schweden konnte 2011 auf den Bereich Navigation am Standort Kalmar ausgeweitet werden.

Die Einstellung des vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr geförderten **Stipendienprogramms „Studien- und Praxisjahr in Schleswig-Holstein“** für Studierende aus den baltischen Ländern und Polen im Jahre 2010 hat leider zu einem Rückgang im Studierendenaustausch mit den baltischen Partnerhochschulen geführt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Projekte durchgeführt bzw. begonnen:

Projekte im Fachgebiet Krankenhausmanagement und eHealth

Das Fachgebiet Krankenhausmanagement und eHealth hat seine internationalen Aktivitäten weiter ausgeweitet, wobei die Kontakte zu dänischen Partnern besonders forciert wurden. Es handelt sich um Projekte, die ausschließlich bilateral ausgerichtet waren, aber auch um solche, in denen dänische Partner in Projekten mit vertreten waren.

Ende 2010 wurde das Projekt **„Grenzüberschreitende Brustgesundheit“** (INTERREG IV A²) - beteiligt auf dänischer Seite sind die Region Südjütland mit ihren Krankenhäusern - erfolgreich mit einer **Abschlusskonferenz** an der Fachhochschule Flensburg beendet und in die Hände der beteiligten Leistungserbringer gelegt.

¹ Das EU-Programm Grundtvig fördert lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung

² Zum Förderprogramm INTERREG IV A siehe Seite 38 ff.

Das Projekt „**Stärkung der Patientensicherheit zwischen Dänemark und Deutschland**“ (INTERREG IV A-Projekt) wurde Ende Juni 2011 abgeschlossen. Projektpartner waren die Krankenhäuser im nördlichen Schleswig-Holstein und südlichen Dänemark. Das Projekt hatte eine Laufzeit von Mai 2009 bis Juni 2011 und ein Finanzvolumen von ca. 1,3 Mio. €. Ziel des Projektes war es, Maßnahmen zur Verbesserung der Patientensicherheit in den Grenzregionen Dänemarks und Deutschlands vergleichend zu bewerten und Strategien zu erarbeiten, wie die Vorzüge des dänischen Systems im Bereich Patientensicherheit mit den positiven Aspekten der verschiedenen deutschen Netzwerke auf Dauer verbunden werden können. Als Abschluss des von der Fachhochschule Flensburg koordinierten Projektes fand im Mai **2011 eine deutsch-dänische Projektabschlussveranstaltung** mit einer Podiumsdiskussion zum Thema Patientensicherheit statt.

Auch beim Projekt „**VAILLL Virtual Academy for Innovative and Lifelong Learning**“ (INTERREG IV A-Projekt) ist die Fachhochschule Flensburg Leadpartner. Weitere Partner sind AluCluster (Center im Bereich der Aluminiumverarbeitung in Kolding), University College Syddanmark und Udvikling Vejen (Unternehmensberatung in Rødding) auf dänischer und die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein auf deutscher Seite. In diesem Projekt wird die Verbesserung der beruflichen Bildung in der deutsch-dänischen Grenzregion durch internetbasierte, qualifizierte, mehrsprachige Lernmodule angestrebt. Mit einem Gesamtvolumen von ca. 1,1 Mio. € und einer zweieinhalbjährigen Laufzeit von Mitte 2010 bis Ende 2012 stehen neben der Entwicklung von Lernmodulen auch die Unterstützung der regionalen Wirtschaft (insbesondere KMU) bei der Umsetzung eigener Bildungsangebote und der Aufbau einer eLearning-Plattform im Fokus des Projektes.

Das Ostsee-Netzwerk „**eHealth for Regions**“ (INTERREG IV B-Projekt¹) ist im Zuge des gleichnamigen internationalen Projekts entstanden, das von 2004 bis Sommer 2007 durchgeführt wurde. Ziel war es, integrierte Strukturen zur Verbesserung der Patientenversorgung im Ostseeraum zu schaffen. Dem Netzwerk gehören derzeit 13 Partner aus fünf Ostseestaaten an: Dänemark (Region: Nord-Jütland), Finnland, Litauen, Schweden und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein sind der Kreis Segeberg (Regionalmanagement), das Diakonissenkrankenhaus in Flensburg, das Norddeutsche Epilepsiezentrum für Kinder und Jugendliche, die Fachhochschule Flensburg und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit beteiligt. Die Aufgabe des „Management Secretariats“ für das Netzwerk hat die Fachhochschule Flensburg übernommen. Näheres zum Projekt „eHealth for Regions“ ab Seite 130.

¹ Zum Förderprogramm INTERREG IV B siehe Seite 22 ff.

Im Zusammenhang mit dem Netzwerk stehen zwei weitere INTERREG IV B-Projekte:

Am Projekt **“ICT for Health - Strengthening social capacities for the utilisation of e-health technologies in the framework of ageing population”**¹ sind 19 Partnerorganisationen aus Dänemark (Region Südjütland), Finnland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Russland und Deutschland beteiligt. Aus Schleswig-Holstein beteiligen sich die Fachhochschule Flensburg (Leadpartner), das Diakonissenkrankenhaus Flensburg, das Institut für Krebsepidemiologie an der Universität Lübeck, der Kreis Segeberg, das Gesundheitsforum Segeberg sowie das Europäische Forum für Telemedizin e.V., Segeberg. Näheres zum Projekt ICT for Health auf Seite 131.

„**PrimCare IT - Counteracting brain drain and professional isolation of health professionals in remote primary health care through tele-consultation and tele-mentoring to strengthen social conditions in remote Baltic Sea Region**“² wird sich gegen die Abwanderung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal aus dem ländlichen Raum einsetzen. PrimCare IT vereint 16 Partner aus sieben Ländern. Das Projekt wurde im September 2011 im Rahmen des EU-Ostseeprogramms bewilligt und wird 2012 starten. Es hat eine Laufzeit von 27 Monaten und ein Gesamtbudget von rd. 2,6 Mio. €. Aus Schleswig-Holstein beteiligt sich die Fachhochschule Flensburg an diesem Projekt. Näheres zum Projekt PrimCare IT auf Seite 131.

Über die Gesundheitsregion NORD, bei der die Fachhochschule Flensburg derzeit den Vorsitz innehat, bestehen seit Mitte 2011 Kontakte zum Projekt Wachstumsregion, mit dem gemeinsam in 2012 drei **Konferenzen** veranstaltet werden, sowie zum Projekt „Kulturhauptstadt Sonderborg 2017“. In diesem Kontext werden Inhalte erarbeitet werden, die die Chancen der Region verbessern werden.

Fachgebiet Biotechnologie

Lab-on-chip-Technik zur Qualitätskontrolle in der Lebensmittel- und Bioindustrie (INTERREG IV A-Projekt³). Partner: FH Flensburg, Syddansk Universitet, Sonderborg (Leadpartner), FH Kiel. Ziel: Nachweis von Mikroorganismen mittels Lab-on-chip-Technologie, Mikrofluidik, laser-basierter Sensorik und Miniaturisierung. Verknüpfung von Forschung und Anwendung, Technologie-Transfer und Ausbildung. Synergien durch Know-how-Bündelung.

¹ Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitsbereich – Stärkung sozialer Kompetenzen für die Nutzung von E-health-Technologien vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft

² Bekämpfung der Abwanderung von medizinischem Fachpersonal aus ländlichen Regionen durch Telemedizin zur Stärkung der sozialen Bedingungen in abgelegenen Gebieten des Ostseeraums

³ Zum Förderprogramm INTERREG IV A siehe Seite 38 ff.

Bioanalytische Charakterisierung von Nanopartikeln in Lebensmitteln (INTERREG IV A-Projekt). Partner: FH Flensburg (Leadpartner) Syddansk Universitet, KIN Lebensmittelinstitut, Neumünster. Ziel: Entwicklung von Verfahren und Methoden zur Identifizierung und zum Nachweis von Nanopartikeln in Lebensmitteln.

Fachgebiet Verfahrenstechnik

Large Scale Bio Energy Lab (INTERREG IV A-Projekt). Partner: Aalborg Universitet, Esbjerg, FH Flensburg. Ziel: Prozesstechnische Adaption von Biogasanlagen zur Mitvergärung von saisonal und lokal anfallenden Resten und Abfällen sowie dynamische Methanisierung von Biogas zu Biomethan.

Verschiedene Fachgebiete

MINT-Akademie – Schülerakademie in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technologie (INTERREG IV A-Projekt, Verlängerung beantragt bis Ende 2013). Partner: FH Flensburg (Leadpartner), Syddansk Universitet, Center for Matematikens og Naturvidenskabernes Didaktik der Universität Odense. Ziel: Steigerung des Schülerinteresses an MINT-Fächern. Lehrerfortbildung, Didaktik, Lehrmodule.

Cross Border Logistics (INTERREG IV A-Projekt). Partner: FH Flensburg, Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (WiREG), UdviklingsRåd Sønderjylland, Erhvervsuddannelsescenter EUC Syd, Sønderborg. Ziel: Bündelung der vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen in der Grenzregion zu einem Cluster im Logistikbereich.

Wissensregion / Videnregion (INTERREG IV A-Projekt). Partner: FH Kiel, CAU zu Kiel, FH Flensburg, Universität Flensburg, Syddansk Universitet (SDU, Leadpartner). Verbundvorhaben der nördlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein und der SDU zur Verbesserung und Erweiterung von kooperativen und grenzüberschreitenden Projekten im Bereich der Lehre, der Forschung und des Technologietransfers.

eMotion (INTERREG IV A-Projekt). Partner: FH Flensburg, UdviklingsRåd Sønderjylland (Leadpartner), Syddansk Universitet, FH Kiel, CAU zu Kiel, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH). Ziel: Grenzüberschreitende Elektromobilität – Entwicklung und Einsatz neuer Technologien für nachhaltige elektrische Mobilität.

In Vorbereitung für die erste Antragsphase 2012 ist ein INTERREG IV A-Kooperationsvorhaben mit Syddansk Universitet und Universität Flensburg zur Verbesserung der Arbeitsmarktbindung sowie der verstärkten Gewinnung von jungen Menschen für die Region Sønderborg – Flensburg.

Kooperationen der Fachhochschule Kiel

Von den rund 530 internationalen Studierenden (Stand: Wintersemester 2011/12) an der Fachhochschule Kiel stammen über 15 % aus dem Ostseeraum. Die größte Gruppe bilden russische und polnische Studierende.

Die Fachhochschule Kiel (FH Kiel) kooperiert seit Ende der 1980er Jahre intensiv mit Hochschulen im Ostseeraum, die zu den ersten, aktiven Schwerpunktpartnerschaften zählen. Das wichtigste Austauschprogramm im Ostseeraum stellt zurzeit das **ERASMUS-Programm**¹ dar, wodurch ein intensiver Studierenden- und Dozenten/innenaustausch in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik, Maschinenwesen, Medien, Soziale Arbeit und Gesundheit sowie Wirtschaft realisiert werden konnte. Von den insgesamt rund 70 bilateralen Partnerschaftsvereinbarungen im Rahmen des ERASMUS-Programms bestehen allein 28 mit Hochschulen im Ostseeraum.

Der Fachbereich Informatik und Elektrotechnik koordinierte in den akademischen Jahren 2010-11 zwei **ERASMUS-Intensivprogramme**². Drei der sechs beteiligten Partnerhochschulen kamen aus dem Ostseeraum, davon zwei, Tallinn und Vaasa, aus dem Kreis von Kiels Partnerstädten. Der Fachbereich Wirtschaft beteiligte sich ebenfalls an einem Intensivprogramm („Promoting Intercultural Management for Working life in the Baltic Sea Region“³), das von der Laurea University of Applied Sciences in Finnland koordiniert wurde.

Der Studiengang „Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen“ führt seit 2008 ein englischsprachiges **„European Project Semester“** im Verbund mit Partnerhochschulen in Dänemark (Copenhagen University College), Finnland (Novia University of Applied Sciences), Norwegen (Oslo University College) und Polen (Technische Universität Lodz) im Bachelor-Studiengang durch. Nahezu ein Drittel der entsandten Studierenden in den Partnerschaftsprogrammen studierten in den akademischen Jahren 2010-2012 im Ostseeraum (70). Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum ist damit eine Steigerung von 80 % zu verzeichnen. Der Austausch ist allerdings nicht ausgewogen: Nur 24 Studierende aus dem Raum nahmen ein Auslandsstudium an der Fachhochschule Kiel auf.

Das der Fachhochschule Kiel seit 1999 angebotene **„Stadt-Kiel-Stipendium“** mit einer zehnmonatigen Laufzeit wird jährlich an einen Studierenden oder eine Studie-

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal.

² Im Internet: www.fh-kiel.de/ipeai-2010

³ Förderung Interkulturellen Managements für ein Arbeitsleben in der Ostseeregion. Im Internet: www.laurea.fi/fi/tutkimus_ja_kehitys/julkaisut/tyopaperit_d_sarja/Documents/D24.pdf

rende der Technischen Universität, der Universität oder dem IT-College in Tallinn vergeben. Voraussetzung für die Vergabe ist, dass das Studium auf Deutsch absolviert wird.

Das in der Zeit von 2002 – 2010 vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr geförderte und von der ehemaligen InWEnt GmbH (heutige Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, GIZ) durchgeführte Programm **„Studien- und Praxisjahr für Studierende aus den baltischen Ländern in Schleswig-Holstein“** lief im August 2010 aus. Insgesamt haben 32 Gaststudierende aus den baltischen Ländern und Polen in diesem Austauschprogramm an der Fachhochschule Kiel studiert.

Kooperationen mit Russland

Im Berichtszeitraum wurden zwei **Deutsch- Russische Sommerhochschulen** mit 30 deutschen Studierenden und zwei Lehrenden des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit mit der Northern Artic Federal University in Archangelsk sowie im Verbund mit der Staatlichen Buryat Universität in Ulan Ude durchgeführt. Thematische Schwerpunkte waren die „Soziale Sicherheit in Europa und der Russischen Föderation unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen“ und „Soziale Sicherung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland und in der Russischen Föderation“.

Der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit führt seit 1992 den **Studierenden- und Dozenten/innenaustausch mit russischen Hochschulen in Archangelsk** und Ulan Ude durch. Das Austauschprogramm wird langjährig vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bonn finanziell unterstützt.

Die Zusammenarbeit von Hochschulen in Schleswig-Holstein (Fachhochschulen Kiel und Flensburg, Universitäten Kiel und Flensburg, Universitätskliniken) und Süddänemark wurde im Berichtszeitraum vom **gemeinsamen Sekretariat der „Wissensregion/Videnregion“ in Odense** koordiniert und weiterentwickelt. Sie führte zu einer Vielzahl von Initiativen und gemeinsamen Anträgen (EU-Förderprogramm INTERREG IV A) mit weiteren deutschen und dänischen Partnern zu Fragestellungen, wie beispielsweise aus den Gebieten der Nanotechnologie, der Elektromobilität, des Schiffbaus, der Medien, der Wirtschaft und des Gesundheitswesens. Die Hochschulen und ihre Partner in der Wirtschaft und in öffentlichen Institutionen haben im Projekt „Wissensregion/Videnregion“ so erfolgreich wirken können, dass ihre Kooperation in der Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik heute eine Leuchtturmfunktion für die Entwicklung des grenznahen Raums zu einer Wachstumsregion haben. Die Grundlage für die Fortschreibung dieser Erfolgsgeschichte ist die positive Bescheidung eines weiteren INTERREG IV A-Projekts für das Sekretariat, die eine noch in-

tensivere Zusammenarbeit auf den Gebieten Lehre und anwendungsorientierte Forschung sicherstellt.

Kooperationen der Fachhochschule Lübeck

Die Fachhochschule Lübeck (FH Lübeck) unterhält im Rahmen des EU-Programms ERASMUS einen **Studierenden- und Dozenten/innenaustausch** mit Hochschulen in Dänemark, Finnland, Litauen, Polen und Schweden.

Zum Sommersemester 2011 startet der **englischsprachige Masterstudiengang Mechanical Engineering (Maschinenbau)**, der auch Module für Studierende von den schwedischen (Växjö) und polnischen (Gdansk) Partnerhochschulen vorsieht.

Baltic Sea Virtual Campus

Die Fachhochschule Lübeck/on campus ist Mitglied im Verbund Baltic Sea Virtual Campus (BSVC), einer Kooperation internationaler Hochschulen aus dem Ostseeraum, die gemeinsam internationale interdisziplinäre Online-Qualifizierungsangebote entwickeln und betreiben.

Die Verbundmitglieder stellen sich gegenseitig die bei ihnen entwickelten Lernmodule zur Nutzung zur Verfügung. Zur Durchführung des **Online-Fernstudiums** nutzen die Hochschulen eine gemeinsame technische und organisatorische Infrastruktur.

INTERREG IV B-Ostseeprojekt BaltFood

Die Fachhochschule Lübeck/on campus beteiligt sich im Rahmen des EU-Ostseeprogramms¹ an dem Projekt BaltFood. Ziel des Projekts ist eine bessere Vernetzung der Nahrungsmittelindustrie und der Hochschulen des Ostseeraums ebenso wie der Austausch neuer Ideen und Technologien im Ernährungssektor.

Kooperationen der Fachhochschule Westküste

Die Fachhochschule Westküste (FH Westküste) hat im Berichtszeitraum ihre Kooperationen im Ostseeraum weiter ausgebaut, um dieses Know-how vor allem für den Schwerpunkt Nordic Management einzusetzen. So sind in Schweden neben der Universität West auch die Universität Karlstad und in Finnland neben der Universität Tampere die Hochschule Seinajoki und die Hochschule Haaga Partner für einen **Dozenten- und Studierendenaustausch**.

Die FH Westküste wird seit 2008 vom Svenska Institutet offiziell als Hochschulausbildungsstätte für die Schwedische Sprache geführt.

¹ Zum EU-Ostseeprogramm s. Seite 22 ff.

Die FH Westküste führte den Schwerpunkt „**Nordic Management**“ im Studiengang Betriebswirtschaft im Wintersemester 2009/10 ein. Damit werden betriebswirtschaftlich orientierte Studieninteressierte angesprochen, die eine ausgeprägte Vorliebe für den Norden Europas haben und in diesem Bereich große wirtschaftliche Chancen und ihre berufliche Zukunft sehen. Nordic Management betont die an der FH Westküste gelebte Internationalisierung und nutzt deren Praxisorientierung und Nähe zu Nordeuropa.

Mit der EU-Osterweiterung sind für die Wirtschaftsachse zwischen Mitteleuropa und den nordischen Staaten zusätzliche Impulse zu den bestehenden stabilen arbeitsteiligen Strukturen in den Produktions- und Arbeitsprozessen und damit ein nachhaltiger Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften zu erwarten.

Die Studierenden werden dazu ausgebildet, in Firmen, Institutionen und Verbänden die Schnittstelle zwischen den Kulturräumen zu bilden, um interkulturelle Reibungsverluste zu vermeiden. Durch die Verbindung von wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen wird in diesem Bereich übergreifende Methodenkompetenz vermittelt.

Kooperationen der Musikhochschule Lübeck

Im Rahmen des europäischen ERASMUS-Austauschprogrammes¹ fand auch im Berichtszeitraum ein reger Dozent/innen- und Studierendenaustausch der Musikhochschule Lübeck mit Dänemark, Polen und Schweden statt.

Die Musikhochschule Lübeck ist an verschiedenen Projekten des **Zusammenschlusses von Musikhochschulen im Ostseeraum ABAM** (Association of Baltic Academies of Music)², einem Verbund von 16 führenden Hochschulen im Ostseeraum und der Jerusalem Academy of Music and Dance als assoziiertes Mitglied, die grenzüberschreitend gemeinsame Projekte realisieren, beteiligt.

Zu einem der bis jetzt wichtigsten realisierten ABAM-Orchesterprojekte gehört das im September 2011 in Krakau aufgeführte **ABAM-Konzert** der Penderecki-Musik unter der Leitung des Komponisten. Im Februar 2012 fand erstmalig ein größeres Kammermusikprojekt statt, in dem neun Studierende der Partnermusikhochschulen der ABAM das Ergebnis ihrer einwöchigen Probenarbeit an der Musikhochschule Lübeck in Konzerten in Rostock, Lübeck, Posen und Warschau präsentiert haben.

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal.

² Im Internet: www.abam.dk

Kooperationen der Muthesius Kunsthochschule

Im Rahmen des europäischen Programms LLP (Lebenslanges Lernen) - ERASMUS unterhält die Muthesius Kunsthochschule Kontakte im Ostseeraum zu: Finnland (Vaasa, Helsinki), Norwegen (Bergen), Dänemark (Aarhus) und Polen (Gdansk, Warschau). Zurzeit wird ein „**ERASMUS Intensive Programme**“ für Studierende und Dozenten mit den Kunsthochschulen in Oslo, Bergen und Helsinki im Fachbereich Freie Kunst/ Keramik vorbereitet.

Außerhalb des ERASMUS-Programmes konnte zusätzlich ein **Studierendenaustausch mit St.Petersburg/Russland** realisiert werden.

Die Ostseeanrainerstaaten werden darüber hinaus auch für **Auslandspraktika** im Rahmen des Studiums genutzt.

Neu hinzugekommen ist eine **Partnerschaft mit der Kunsthochschule in Helsinki**.

Die Muthesius Kunsthochschule unterhält einen offenen Kontakt zum **Netzwerk der nordischen Kunsthochschulen (KUNO)**.

5.9. Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum

Durch die zu erwartende weitere Erholung des Binnenhandels in der Ostseeregion sowie die stetig zunehmenden Handelsströme von und nach Nord- und Nordosteuropa wird sich die Ostseeregion ungebrochen weiter zu einer der bedeutsamsten Transportregionen Europas entwickeln. Infolge seiner wirtschaftsgeographischen Lage hat sich Schleswig-Holstein zu einer Verkehrsdrehscheibe entwickelt. Ziel ist es, mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und deren Verknüpfung mit den Transportwegen im Ostseeraum die Funktion als Drehscheibe für Umschlag und Logistik nachhaltig zu stärken und die daraus resultierenden Standortvorteile zu nutzen.

Schlüsselprojekte sind die feste Fehmarnbelt-Querung einschließlich deren Hinterlandanbindung, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck/Travemünde, der Bau der Ostsee-Autobahn A 20 einschließlich Elbquerung westlich von Hamburg sowie der leistungsfähige Ausbau der Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21. Ferner gilt es, die Ostseetransithäfen Kiel und Lübeck zu stärken und den Nord-Ostsee-Kanal auszubauen.

Straßenverkehr

Um auf die Auswirkungen der wirtschaftlichen Expansion der Ostseeanrainerstaaten vorbereitet zu sein, bedarf es einer leistungsstarken und bedarfsgerechten Infrastruktur. Im bestehenden großräumigen Straßennetz ist hierzu insbesondere die Herstellung einer bislang fehlenden **Ost-West-Verbindung** erforderlich. Die **Realisierung der A 20** wird diese Lücke schließen. Als Ost-West-Magistrale und transnationale Verkehrsachse (Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes) soll die A 20 zu einer wesentlichen Verbesserung der Anbindung Skandinaviens an Zentral- und Westeuropa als auch zur Bewältigung der mit der EU-Osterweiterung einhergehenden Verkehrszuwächse beitragen. Neben der überregionalen Erreichbarkeit Norddeutschlands wird die regionale Anbindung, insbesondere von strukturschwachen Wirtschaftsräumen wie die der Westküste Schleswig-Holsteins, aufgrund der Verbindungen zu den bereits bestehenden Nord-Süd-Hauptverkehrsachsen (A 1, A 7, A 21, A 23) deutlich verbessert.

Nachdem das VDE-Projekt¹ „Ostseeautobahn A 20“ realisiert ist, stellt nun die westliche Fortführung als „**Nord-West-Umfahrung Hamburgs**“ **inklusive fester Elbquerung** das bedeutendste verkehrspolitische Infrastrukturvorhaben der schleswig-holsteinischen Landesregierung dar. Aufgrund der Größe des Infrastrukturprojektes wird die A 20 abschnittsweise realisiert. Bereits zwei Abschnitte konnten dem Verkehr übergeben werden. Damit ist die A 20 zwischen der Landesgrenze bis östlich von Bad Segeberg durchgängig befahrbar. Der sich anschließende Abschnitt, der auch eine Verknüpfung mit der A 21 vorsieht, befindet sich in der Planfeststellung und soll als nächstes gebaut werden. Auch alle anderen Streckenabschnitte befinden sich bereits im Planfeststellungsverfahren. Alle noch ausstehenden Planfeststellungsbeschlüsse sollen in 2012 vorliegen.

Der Bund, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben das gemeinsame Ziel bekräftigt, die A 20 auf ganzer Länge „zuverlässig, kontinuierlich und engagiert“ zu vollenden. Dies wurde am 27. Februar 2012 im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung vereinbart.

In Verbindung mit der **Weiterführung als Küstenautobahn A 22** auf niedersächsischem Gebiet wird eine optimale, leistungsfähige und sichere **Hinterlandanbindung für die norddeutschen Seehäfen** geschaffen und somit deren Wettbewerbsstellung nachhaltig gestärkt. Es wird angestrebt, die Bezeichnung „A 20“ auch auf die geplante A 22 zu übertragen.

¹ Verkehrsprojekt Deutsche Einheit

Als wichtige **Nord-Süd-Verbindung (Jütlandachse)** zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa ist die **A 7** sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Landes als auch zur Abwicklung in- und ausländischer Transitverkehre von hoher Bedeutung. Im Hinblick auf die starken Verkehrszuwächse ist ein Ausbau der A 7 auf sechs Fahrstreifen in Schleswig-Holstein sowie auf sechs bzw. acht Fahrstreifen in Hamburg vorgesehen. Die Realisierung des Ausbaus ist zwischen Bordesholm und Hamburg in Form des so genannten A-Modells (Betreibermodell) vorgesehen. Um eine beschleunigte Realisierung zu erreichen, wurde die DEGES¹, welche in den neuen Bundesländern erfolgreich die VDE-Projekte umgesetzt hat, vom Land Schleswig-Holstein mit den Planungen beauftragt. Aufgrund der großen Ausbaulänge von ca. 61 Kilometern wird abschnittsweise geplant. Die Planfeststellungsbeschlüsse sollen für alle Abschnitte spätestens 2012 vorliegen. Die Bauvorbereitungen erfolgen so, dass nach Vorliegen der rechtskräftigen Beschlüsse zeitnah mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Der vierspurige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** (neben der A 7) besitzt als **zweite** leistungsstarke **Nord-Süd-Achse** für den weiträumigen Verkehr ebenfalls besondere Priorität. In weiten Teilen ist der Ausbau zwischen der A 1 (Hamburg-Oldenburg) und Stolpe bereits erfolgt. In den weiteren Abschnitten wird der Ausbau in den nächsten Jahren fortgesetzt. Am 2. Februar 2012 ist der erste offizielle Spatenstich für den Abschnitt zwischen Stolpe und Nettelsee erfolgt. Für den sich daran anschließenden Bereich bis Klein Barkau wurde zwischenzeitlich das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Für die letzten Streckenabschnitte bis Kiel laufen - bis auf den bereits fertiggestellten Abschnitt zwischen Wellseedamm und Klein Meimersdorf - die detaillierten Entwurfsarbeiten. Der Bau in den einzelnen Abschnitten beginnt abhängig von den weiteren Planungsabläufen und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund.

Ostseehäfen

Die Seeschifffahrt und insbesondere auch die Ostseeverkehre haben außerordentliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und somit auch für die Wirtschaft und Bevölkerung Schleswig-Holsteins.

Innerhalb der Europäischen Union bilden die deutschen Ostseehäfen ein leistungsfähiges Bindeglied zwischen Zentraleuropa, Skandinavien und dem nordischen und baltischen Raum einschließlich Russland. Die Häfen erfüllen für den Gütertausch wichtige überregionale Transit- und Logistikfunktionen und sind Zentren für den internationalen Personenreiseverkehr über die Ostsee.

¹ Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Als wirtschaftlichem und umweltfreundlichem Verkehrsmittel kommt dem Seeverkehr gerade in der Ostsee eine immer bedeutendere Rolle bei der Bewältigung des internationalen Handels zu. Zur Bewältigung der neuen Anforderungen haben die Einrichtung neuer **Kurzstreckenseeverkehre** und **Hafenausbauprojekte** ebenso wie die **Stärkung bestehender Verbindungen** hohe politische Priorität. Viele der in Schleswig-Holstein ansässigen in der Schifffahrt tätigen Unternehmen sind dem kleinen und mittelständischen Bereich zuzuordnen. Damit steht die maritime Branche exemplarisch für die Wirtschaft des Landes.

Im Gegensatz zu den Verkehren in der Deutschen Bucht sind die deutschen Ostseehäfen sehr stark durch den **Fährverkehr** nach Skandinavien und Osteuropa geprägt. Für diesen Wachstumssektor sind weitere **Ausbauprojekte von Kaianlagen und zukunftsweisender Infrastruktur** geplant, um so die Leistungsfähigkeit bei der Abwicklung der Kurzstreckenseeverkehre in Richtung Baltikum und Skandinavien weiter zu verbessern und konkurrenzfähig zu halten. Ein wichtiger Punkt hierbei sind auch die langfristig nicht ausreichenden **Hinterlandanbindungen der Häfen**.

Lübeck

Der Lübecker Hafen nimmt als größter Fährhafen Europas und umschlagstärkster deutscher Ostseehafen speziell in den Verkehren zwischen den traditionellen Wirtschaftsmetropolen West- und Zentraleuropas und dem sich rasch entwickelnden Wirtschaftsraum Ostsee die zentrale Drehscheibenfunktion ein.

Den Hafen zeichnet eine sehr leistungsfähige Infrastruktur, speziell für rollende Ladung, Kombinierte Verkehre sowie den Umschlag von Forstprodukten aus.

Infolge der Wirtschaftskrise sank die Menge der umgeschlagenen Güter im Gesamthafen Lübeck, also bei der Lübecker Hafengesellschaft mbH (LHG) und den privaten Hafenbetreibern im Vergleich zum Vorjahr (26,7 Mio. Tonnen) um 0,6 % auf 26,5 Mio. Tonnen in 2011.

Die LHG selbst schlug 24,0 Mio. Tonnen Güter um und liegt damit 2,0 % unter der Menge des Vorjahres (24,4 Mio. Tonnen). Die Zahl der abgefertigten Passagiere stieg bei der LHG um 2,8 % auf 435.138.

Kiel

Der Seehafen Kiel zählt zu den vielseitigsten Häfen an der Ostsee. Seine günstige geografische Lage, durchgehend seeschiffstiefes Wasser und der direkte Anschluss an das Schienen- und Fernstraßennetz machen den Hafen für Güterumschlag und Passagierverkehr attraktiv. Dazu profitiert der Hafen von seiner Lage am Eingang zur weltweit meist befahrenen künstlichen Wasserstraße, dem Nord-Ostsee-Kanal.

Bedeutendste Marktsegmente sind der Fährverkehr nach Skandinavien und in das Baltikum sowie die Abfertigung von Kreuzfahrtschiffen. Im Kieler Seehafen wurden 2011 erstmals mehr als sechs Millionen Tonnen Fracht verladen bzw. gelöscht. Kiel schloss das Jahr 2011 mit einer Leistung von 6,29 Mio. Tonnen Güter und einem Plus von 8,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum ab. Getragen wird das Wachstum insbesondere von den Fährlinien nach Skandinavien, Russland und in das Baltikum, die den überwiegenden Teil des Gesamtumschlages im Hafen ausmachen. Während die Stückgutverkehre stark zulegten (+17,3 %), war der Umschlag von Massengütern rückläufig (-18,0 %).

Im Passagierverkehr von und nach Kiel wurden knapp 1,94 Mio. Reisende gezählt (-1,9 %), davon 1,5 Mio. Passagiere im Fährverkehr. Im Jahr des 50-jährigen Bestehens der Linie Kiel – Oslo konnte die Color Line bei den Passagierzahlen erneut zulegen und weit mehr als 1 Mio. Reisende begrüßen. Bei den Kreuzfahrtschiffen wurde der Hafen im vergangenen Jahr 120 Mal von neunzehn verschiedenen Luxuslinern angelaufen. Rd. 377 000 Passagiere gingen an oder von Bord eines Kreuzfahrtschiffes. Gegenüber dem Jahr 2010 stieg die Zahl der Passagiere um 10,4 %.

Hafentechnologien

Die Häfen Kiel und Lübeck haben sich am **Forschungsschwerpunkt Innovative Seehafentechnologien** (ISETEC II) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie beteiligt. Im Rahmen von ISETEC II wurden innovative Technologien für die deutschen Häfen und ihre Anbindung an das Hinterland entwickelt, damit das prognostizierte Mengenwachstum des Transportvolumens weiterhin bewältigt werden kann.

Hafenanbindungen

Für die Export-Nation Deutschland sind gute Hinterlandanbindungen überlebenswichtig. Zusammen mit den anderen norddeutschen Küstenländern hat Schleswig-Holstein die sog. „**Ahrensburger Liste**“ erstellt, die entsprechende Infrastrukturprojekte für ganz Norddeutschland enthält. Damit werden gegenüber dem Bund die aus norddeutscher Sicht vordringlich zu realisierenden Verkehrsprojekte präsentiert. Die Projekte wurden auch in das **Nationale Hafenkonzept** aufgenommen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ertüchtigung des Nord-Ostsee-Kanals und die Elbvertiefung für Schleswig-Holstein wichtige Themen. Mehrere 10.000 Arbeitsplätze im Land hängen direkt oder indirekt vom Hamburger Hafen ab. Auch der „Nord-Ostsee-Kanal“ ist als großer Arbeitgeber von der Elbvertiefung abhängig.

Landstrom

Nachdem das **Lübecker Pilotprojekt** erfolgreich gestartet ist, sind nun auch für den Kieler Hafen Untersuchungen bezüglich des Aufbaus einer Landstromversorgung für

den Fährverkehr aufgenommen worden. Für diese Sparte kann die Landstromversorgung eine erfolgreiche Maßnahme sein, die Abgasbelastung in Häfen zu reduzieren. Aufgrund der hohen technischen Voraussetzungen sowohl auf Schiffs- als auch auf Landseite ist die Landstromversorgung jedoch nicht in allen Fällen ökologisch und ökonomisch sinnvoll.

Auffangen von Abwässern in allen wichtigen Ostseehäfen

Mit der Einrichtung eines Sondergebiets nach Anlage IV des MARPOL-Übereinkommens¹ sollen **Grenzwerte für die Abwassereinleitungen von Fahrgastschiffen** eingeführt werden. Alternativ zur Nutzung von Abwasseraufbereitungsanlagen soll Schiffen die Möglichkeit eröffnet werden, ihr Abwasser an Bord zu sammeln und anschließend in den Häfen abzugeben.

Zurzeit werden die vorgesehenen Grenzwerte für bordseitige Abwasseraufbereitungsanlagen in den entsprechenden Ausschüssen der Weltschifffahrtsorganisation IMO geprüft. Ein beschlussreifes Ergebnis soll 2012 vorliegen.

Aus Sicht der Landesregierung ist eine ausreichende landseitige Infrastruktur unbedingte Voraussetzung für die **Einrichtung eines Sondergebiets**. Diese Voraussetzungen sind bisher noch nicht erfüllt. Deutschland ist deswegen in den Gremien von HELCOM² und IMO dafür eingetreten, dass die Regelung eines entsprechenden Sondergebietes auf der Ostsee erst in Kraft tritt, wenn ausreichende landseitige Kapazitäten für die Aufnahme von Schiffsabwässern nachgewiesen sind. **HELCOM** beabsichtigt, durch eine **Studie die Aufnahmekapazitäten in den relevanten Ostseehäfen** zu erheben.

Schwefel / SECA

Ostsee und Nordsee sind aufgrund ihrer ökologischen Empfindlichkeit **Schwefel-emissionsüberwachungsgebiete** (SECA Sulphur Emission Control Area) mit besonderen Anforderungen an den Schwefelgehalt in Schiffstreibstoffen. Danach dürfen in Nord- und Ostsee ab dem 1. Januar 2015 nur noch Treibstoffe mit maximal 0,1 % Schwefel bzw. Filtertechnologien, die entsprechende Ergebnisse erzielen, benutzt werden. Der grundsätzlich zu begrüßende IMO-Beschluss zur Begrenzung des Schwefelgehalts im Schiffstreibstoff wird von der Mehrheit der Reeder zwiespältig gesehen, da die Neuregelung für die Schifffahrt mit hohen Kosten verbunden ist, die nicht in jedem Fall an die Kunden weitergegeben werden können. Die Reeder sind gezwungen, entweder ihre Schiffe umzurüsten oder mit schwefelarmem Treibstoff zu fahren, dessen Kosten weit über denen des Schweröls liegen. Um unerwünschten

¹ Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

² Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums

eventuellen Verlagerungseffekten auf den Landverkehr zu begegnen, befindet sich der Bund mit den Reedern in einem so genannten strukturierten Dialog, bei dem Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Ein weiteres Problem für die Ostseeschifffahrt ist die Ungleichbehandlung mit anderen Fahrtgebieten. So ist zwar die Ausweisung der nordamerikanischen 200-Seemeilenzone als Emissionsüberwachungsgebiet auch dahingehend zu begrüßen, dass sie auf globaler Ebene zu einer Steigerung der Nachfrage nach und des Bedarfes an schwefelarmen Treibstoffen oder Antriebsystemen führen wird. Allerdings ist beispielsweise das Mittelmeer bisher kein Schwefelemissionssondergebiet (SECA), so dass dort auch nach 2015 noch mit Schweröl gefahren werden darf. Schleswig-Holstein hat sich mit den anderen norddeutschen Ländern mit der Bitte an den Bund gewandt, sich dafür einzusetzen, dass weitere europäische Küstengewässer als SECA ausgewiesen werden. Diese Forderung wird z. B. auch vom Deutschen Bundestag, vom Europäischen Parlament und der Ostseeparlamentarierkonferenz erhoben.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat am 16. Februar 2012 mit 48 Ja- zu 15 Nein-Stimmen einen Bericht beschlossen, der über die Vorgaben der IMO hinaus fordert, die Grenzwerte der SECA-Gebiete auch in Hoheitsgewässern der EU-Mitgliedstaaten (12 Meilen-Zone) anzuwenden. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung einer einheitlichen europäischen Lösung, die Wettbewerbsnachteile zu Lasten des Nordens Europas vermeidet. Darüber hinausgehende Entscheidungen bedürften einer Entscheidung der IMO.

LNG

LNG (Liquefied Natural Gas - Flüssiggas) kann langfristig als Schiffstreibstoff eine Alternative zum Schweröl und Schiffsdiesel werden. Hauptvorteile des LNG-Betriebs sind die niedrigen Emissionswerte sowie die Treibstoffkosten. Das von der Staatskanzlei geförderte INTERREG-Projekt CleanShip will in diesem Bereich Lösungen erarbeiten¹. Die große Herausforderung besteht im **Aufbau der LNG-Versorgungsinfrastruktur**. Hier steht der Ostseeraum erst am Anfang. Die Bebunkerung von Schiffen im Elbehafen Brunsbüttel mittels LNG-Tankfahrzeugen befindet sich ebenso wie der **Bau eines Tanklagers** in Planung.

Nord-Ostsee-Kanal (NOK)

Um die Leistungsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) für die internationale Schifffahrt auch in Zukunft zu gewährleisten, sind neben den laufenden **Siche-**

¹ Zum Projekt CleanShip s. Seite 67 f.

rungsmaßnahmen am Kanal umfangreiche **Ausbaumaßnahmen** geplant bzw. bereits eingeleitet worden.

Der Kanal gehört zu den Wasserstraßen, die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft sind und stellt mit seinen Weg- und Zeitvorteilen für die Schifffahrt einen großen Wettbewerbsvorteil für die Seehäfen Hamburg, Bremen und Bremerhaven sowie in Zukunft auch für den Jade-Weser-Port dar.

Trotz des harten Winters 2010/2011 und zahlreichen Ausfällen der Großen Schleusen in Brunsbüttel wurden 2011 über 98 Millionen Tonnen Ladung durch den NOK transportiert, ein Anstieg um rd. 17 % im Vergleich zu 2010.

Auch die Schiffsgröße nimmt immer mehr zu, ein Trend, den die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung schon seit Jahren beobachtet und der die Ausbaumaßnahmen des Kanals dringend notwendig macht. Mit den Ausbaumaßnahmen werden Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf dem Kanal und die Begegnungsmöglichkeiten der Schiffe verbessert sowie Warte- und Passagezeiten verkürzt.

Neubau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel

Auf Grund fehlender Haushaltsmittel für die Wasserstraßen kam Anfang 2011 der geplante Neubau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel ins Stocken. Er drohte sich auf unbestimmte Zeit zu verzögern, obwohl seit Ende 2010 der **Planfeststellungsbeschluss** für diesen Neubau vorlag. Vor diesem Hintergrund waren Politik und Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie Kanalstädte, Schifffahrtsverbände, Lotsen und Makler massiv gegenüber dem Bund für den sofortigen Neubau der fünften Schleuse aktiv geworden, denn der technische Zustand der mittlerweile 98 Jahre alten Großen Schleusen war mittlerweile zu einem sehr großen Unsicherheitsfaktor im Kanalbetrieb geworden. Schleusenausfälle und damit verbundene lange Wartezeiten für die Schiffe vor den Schleusen in Brunsbüttel waren an der Tagesordnung.

Nachdem der Deutsche Bundestag den Verkehrshaushalt 2012 um 1 Mrd. € aufgestockt hat, werden von 2012 bis 2016 300 Mio. € für den Neubau der fünften Schleusenammer bereitgestellt. Dieses deutliche und lange erwartete Signal des Bundes zugunsten des Schleusenneubaus war unbedingt notwendig und setzte gleichzeitig einen Schlusspunkt unter eine konzertierte Aktion für die Funktionsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals. Mit dem ersten Spatenstich für den Schleusenneubau wird im April 2012 gerechnet, die Bauzeit soll fünf Jahre betragen.

Im Anschluss an den Neubau der fünften Schleusenammer soll ab 2017 mit der **Komplettsanierung der beiden Großen Schleusen in Brunsbüttel** begonnen werden.

Ausbau der Oststrecke

Die sehr umfangreichen Änderungswünsche von Bürgern, Behörden und Verbänden machen eine Anpassung der Planungsunterlagen und damit möglicherweise eine nochmalige Auslage der aktualisierten Planungsunterlagen erforderlich. Daher ist zu Redaktionsschluss nicht absehbar, wann das Baurecht mit **Planfeststellungsbeschluss zur Anpassung der Oststrecke** zwischen Königsförde und Kiel-Holtenau erteilt wird.

Vorbereitende Maßnahmen für die Ausbaumaßnahmen sind seitens der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) zum Teil schon abgeschlossen. Wegen der Priorität des Schleusenneubaus in Brunsbüttel sind Haushaltsmittel des Bundes für diese Maßnahme in 2012 nicht zu erwarten. Die geplanten Anpassungsmaßnahmen der Oststrecke sowie die Einzelmaßnahmen werden von den zuständigen Mitarbeitern des Wasser- und Schifffahrtsamtes (WSA) Kiel-Holtenau in den von den Baumaßnahmen betroffenen Gemeinden entlang der Oststrecke dargestellt und erläutert. Das WSA Kiel-Holtenau führt damit eine zeitige und transparente **Informationspolitik** durch, die auch während der Bauphasen immer wiederholt werden soll. Eingebunden in die vorbereitenden Planungen und die Baumaßnahmen sind das Landesamt für Natur und Umwelt sowie das Umweltministerium.

Weitere Ausbaumaßnahmen

Die **Vertiefung des Kanals** von elf auf zwölf Meter Wassertiefe, um auch den immer größer werdenden Schiffen die sichere Kanalpassage zu ermöglichen, der **Ersatzbau der Levensauer Hochbrücke** sowie die **Sanierung / Modernisierung der Schleusen in Kiel-Holtenau** sind auf Grund fehlender Haushaltsmittel noch relativ zeitfern.

Mit dem dringend erforderlichen **Neubau eines Versorgungstunnels (Düker) im Schleusenbereich Kiel-Holtenau** als Ersatz für den alten maroden Düker muss jedoch noch in 2012 begonnen werden.

Motorways of the Sea

Die EU hat das Konzept der Meeresautobahnen mit dem Ziel, Gütertransporte von der Straße auf das Schiff zu übertragen, erstellt. Über Förderprogramme werden Mittel für entsprechende Projekte bereitgestellt. Für die Ostsee ist das Programm allerdings weniger geeignet, da schon ein umfassendes Netz von Meeresautobahnen besteht und für weitere Verbindungen nur sehr wenig Bedarf besteht. Daher haben sich schleswig-holsteinische Häfen nicht am Programmaufruf beteiligt.

Kurzstreckenseeverkehr

Das ShortSeaShipping Inland Waterway Promotion Center (SPC) entwickelt als neutraler zentraler Ansprechpartner im Dialog mit Politik, Industrie, Handel und Spediteuren intermodale Logistiklösungen in Deutschland und ganz Europa. Das SPC ist ein Public Private Partnership des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), einiger Bundesländer sowie Reedereien, Spediteuren, Hafenumschlagbetrieben, Häfen, Schiffsmaklern und der Binnenschifffahrt und wird vom Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs e.V. Hamburg betrieben. Schleswig-Holstein begleitet und unterstützt das SPC.

Lotswesen

Eine Lotspflicht in den gefährlichen Gewässern der Ostsee kann zwar für nationale Gewässer vorgeschrieben werden, nicht jedoch für die internationalen gefährlichen Gewässer wie z. B. die Kadettrinne oder das Seegebiet nördlich Bornholm. In internationalen Gewässern können Maßnahmen zur Erhöhung der Schiffssicherheit nur im Rahmen der IMO und in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts vorgeschrieben werden. In den vergangenen Jahren hat sich Deutschland in internationalen Gremien und vielen bilateralen Gesprächen mit Ostseeanrainern für die Zulassung von **Lotsannahmepflichten in der Ostsee** eingesetzt.

Die Diskussionen in der IMO haben aber deutlich gemacht, dass es zurzeit keine rechtliche Grundlage für Lotsannahmepflichten in gefährlichen internationalen Gewässern gibt. Zur Schaffung einer Lotsannahmepflicht in gefährlichen internationalen Gewässern wäre eine gemeinsame Initiative der Ostseeanrainerstaaten bei der IMO notwendig, dies ist jedoch auf Grund der Zurückhaltung Russlands bei diesem Thema derzeit nicht möglich.

Allerdings machen auch ohne Lotsannahmepflicht viele große Tanker, Containerschiffe oder Massengutschiffe von der Empfehlung der IMO (Annahme eines Überseelotsen ab elf Meter Tiefgang oder über 40.000 BRZ) Gebrauch und nehmen in gefährlichen Gewässern der Ostsee einen Überseelotsen an Bord.

In der Bauphase der Festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) rechnen die für die Überseelotsen zuständigen Stellen in Deutschland und Dänemark mit einer Zunahme der Lotsannahme auch bei kleineren Schiffen auf Grund häufiger Veränderungen der Schifffahrtswege im Fehmarnbelt und der daraus resultierenden schwierigeren Navigation in diesem Bereich.

Verbot des Transports von Öl in Einhüllentankern

Der Einsatz von Doppelhüllentankern anstelle von Einhüllentankern beim Transport von Öl ist durch das MARPOL-Übereinkommen¹ sowie durch EU-Verordnungen vorgeschrieben. Das MARPOL-Übereinkommen wurde in deutsches Recht umgesetzt und die EU-Verordnungen gelten unmittelbar. Sie bedürfen keiner gesonderten Umsetzung in nationales Recht. Die **Überwachung des Verbotes von Öl in Einhüllentankern** fällt in die Zuständigkeit der Länder, die durch ihre Hafenbehörden und entsprechenden Hafenverordnungen das Einlaufen der o. g. Tanker gemäß den o. a. Vorschriften abzulehnen haben oder aber nur unter bestimmten Umständen genehmigen können.

5.10. Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz

Gesundheitswirtschaft

„eHealth for Regions“

Das Ostsee-Netzwerk „eHealth for Regions“ ist im Zuge des gleichnamigen internationalen Projekts entstanden, das von 2004 bis Sommer 2007 durchgeführt wurde. Es wurde im Rahmen des INTERREG III B-Ostseeprogramms² finanziell von der EU unterstützt. Ziel war und ist es, **integrierte Strukturen zur Verbesserung der Patientenversorgung im Ostseeraum** zu schaffen. Der Einsatz von E-Health-Technologien³ soll den Zugang und die Qualität der Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen im Ostseeraum verbessern. Dem Netzwerk gehören derzeit 13 Partner aus fünf Ostseestaaten an: Dänemark, Finnland, Litauen, Schweden und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein sind zurzeit der Kreis Segeberg (Regionalmanagement), das Diakonissenkrankenhaus in Flensburg, das Norddeutsche Epilepsiezentrum für Kinder und Jugendliche, die Fachhochschule Flensburg und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit beteiligt. Das Netzwerk ist offen für weitere Partner aus Schleswig-Holstein und anderen Ländern. Das eHealth for Regions-Netzwerk hat im Rahmen der EU-Ostseestrategie die offizielle Führungsrolle („Flaggschiffprojekt“) in der Verbreitung von E-Health im Ostseeraum inne.

¹ Internationales Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

² Zum Förderprogramm INTERREG B Ostsee siehe Seite 22 ff.

³ Unter dem Begriff E-Health versteht man Anwendungen elektronischer Geräte zur medizinischen Versorgung und anderer Aufgaben im Gesundheitswesen.

Die Aufgabe des „**Management Secretariats**“ für das Netzwerk hat die Fachhochschule Flensburg übernommen. Die Netzwerkpartner kooperieren in verschiedenen Projekten und entwickeln gemeinsam neue Projektideen mit Partnern innerhalb und außerhalb des Netzwerkes. Darüber hinaus tauschen die Partner ihre Erfahrungen und Arbeitsergebnisse auf einer **internetbasierten Plattform** (www.ehealthforregions.net) aus. Inhaltliche Themen sind u. a.: Gesundheitslösungen für mobile Bürgerinnen und Bürger, Steigerung der Bekanntheit und Akzeptanz von E-Health, Bildung und Forschung im Bereich E-Health, Bildung eines europäischen Kommunikationsnetzwerkes für Gesundheit und Fragen der Interoperabilität. Zu den Angeboten des Netzwerkes zählen außerdem **virtuelle Seminare**, z. B. zum Thema Telemedizin bei Diabetespatienten (Juni 2011) oder zur landesweiten Einführung eines Systems zur elektronischen Terminvereinbarung für Patienten (November 2011).

Im Zusammenhang mit dem Netzwerk stehen zwei weitere INTERREG IV B-Projekte:

ICT for Health

Das INTERREG IV B-Projekt „ICT for Health - Strengthening social capacities for the utilisation of e-health technologies in the framework of ageing population“¹ hat sich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der folglich wachsenden Zahl chronischer Erkrankungen zum Ziel gesetzt, die Fähigkeit, das Wissen und somit die Akzeptanz für eHealth zu erhöhen. Zielgruppen sind Patienten und medizinisches Personal im Ostseeraum. Insgesamt 19 Partnerorganisationen aus Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Russland und Deutschland beteiligen sich an ICT for Health. Schleswig-Holstein ist vertreten mit der Fachhochschule Flensburg (Leadpartner), dem Diakonissenkrankenhaus Flensburg, dem Institut für Krebs Epidemiologie an der Universität Lübeck, dem Kreis Segeberg, dem Gesundheitsforum Segeberg sowie dem Europäische Forum für Telemedizin e. V., Segeberg. In den geplanten Pilotläufen werden die Zielgruppen im Umgang mit E-Health-Technologien geschult, Lernmodule für chronisch Kranke und medizinisches Personal entwickelt und Patienten in die Lage versetzt, ihre Krankheitsdaten zur Überwachung online einzugeben. Das Projekt wird im Rahmen des EU-Ostseeprogramms gefördert. Es ist mit einer Laufzeit von 36 Monaten im Januar 2010 gestartet und verfügt über ein Gesamtbudget von etwa 3,65 Mio. €.

PrimCare IT

Das INTERREG IV B-Projekt „PrimCare IT –Counteracting brain drain and professio-

¹ Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitsbereich – Stärkung sozialer Kompetenzen für die Nutzung von E-health-Technologien vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft

nal isolation of health professionals in remote primary health care through tele-consultation and tele-mentoring to strengthen social conditions in remote Baltic Sea Region”¹ wird sich für die Bekämpfung der Abwanderung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal aus dem ländlichen Raum einsetzen. PrimCare IT vereint 16 Partner aus sieben Ländern und will durch eine bessere Vernetzung dieser hochqualifizierten Arbeitskräfte dem ländlichen Raum ein Stück seiner Attraktivität zurückgeben und die Gesundheitsversorgung der ansässigen Bevölkerung sichern. Dies soll u. a. durch den **Einsatz moderner Kommunikationsmethoden** wie Tele-Konsultationen und Tele-Mentoring geschehen. Das Projekt wurde im September 2011 im Rahmen des EU-Ostseeprogramms bewilligt und startet 2012. Es hat eine Laufzeit von 27 Monaten und ein Gesamtbudget von 2,58 Mio. €. Aus Schleswig-Holstein beteiligt sich die Fachhochschule Flensburg an diesem Projekt.

Das „eHealth for Regions-Netzwerk“ unterstützt die Arbeit des Netzwerkes „Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing“ (NDPHS)². So hat NDPHS als Aktionsverantwortlicher für den Themenbereich Gesundheit in der EU-Ostseestrategie das eHealth for Regions-Netzwerk gebeten, den Bereich E-Health im Rahmen der EU-Ostseestrategie zu bearbeiten.

Verbraucherschutz / Marktüberwachung

Im **Ostseenetzwerk der Marktüberwachung** (Baltic Sea Market Surveillance Network) sind Verbraucherschutzbehörden aus Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und von deutscher Seite Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein engagiert, um die Menschen in der Ostseeregion vor unsicheren und gefährlichen Produkten zu schützen. Darüber hinaus werden einheitliche und verlässliche Wettbewerbsbedingungen geschaffen.

Die **Zusammenarbeit mit den Zollbehörden** im Ostseeraum wurde 2009 weiter ausgebaut. Nachdem 2008 zunächst für die Kooperation mit den Zollbehörden schwerpunktmäßig die Strukturen des Zolls genutzt wurden (Zollcode, Risikoprofile, Zoll-Datenbank), wurde im Jahr 2009 das Hauptaugenmerk auf die Strukturen und den Datenaustausch der Marktüberwachungsbehörden gelegt. Durch schnelle, gegenseitige Information werden unsichere Produkte frühzeitig erkannt und von den Märkten der Ostseeregion entfernt.

Im Hamburger Hafen, einem der größten Importhäfen des Europäischen Wirtschaftsraumes, zugleich dessen Nadelöhr für viele Verbraucherprodukte, wird eine durch

¹ Bekämpfung der Abwanderung von medizinischem Fachpersonal aus ländlichen Regionen durch Telemedizin zur Stärkung der sozialen Bedingungen in abgelegenen Gebieten des Ostseeraums

² Gesundheitspartnerschaft der Nördlichen Dimension. Die Nördliche Dimension ist ein Bereich der EU-Politik zur Verbesserung der Beziehungen zwischen nördlichen EU-Staaten und ihren Nachbarn.

Logistikunternehmen und Bundeswirtschaftsministerium finanzierte, gemeinsame „**Import-Message-Plattform**“ getestet. Diese integrierte IT-Lösung zur Effektivierung der Importabwicklung wird 2011 vollendet sein und soll den zuständigen Behörden ermöglichen, kritische Ware schon vor Eintreffen im Zielhafen zu identifizieren.

Probeweise wurden Voranmeldedaten der Veterinäre für Fleischimporte aus den Schiffsmanifesten genutzt. Diese Daten entsprechen annähernd den Anmeldedaten des Zolls, die mit dem neuen Zollkodex in der Zukunft erhoben werden. Etwa 75 % aller importierten Waren sind technische Verbraucherprodukte, die unter die harmonisierten Richtlinien bzw. unter die der Allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie fallen. Ungefähr 25 % der importierten Waren beinhalten Fleisch und pflanzliche Lebensmittel.

Der Zugang aller Marktüberwachungsbehörden auf eine gemeinsame Internetplattform, in Kombination mit der Anforderung einer Probe beim Importeur oder Spediteur, kann die Probenahme aus den Geschäften der Einzelhändler hin zum Produktverantwortlichen verlagern. Dieses zukunftsorientierte Modell würde, mit Lebensmitteln vergleichbar, gute Kontrollen ermöglichen und bietet die Chance auf eine effektivere Marktüberwachung sowie zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Zollbehörden. Durch den effizienteren Einsatz der Mittel profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher unmittelbar.

5.11. Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum

Seit Jahren sind Jugendbegegnungen eines der erfolgreichsten Elemente der Ostseekooperation. Zahlreiche Organisationen, Verbände und Initiativen haben sich in der Vergangenheit entwickelt und sind aktiv im Ostseeraum. Der Landesjugendring Schleswig-Holstein hat in der Ostseeregion ein weit gespanntes Netz an Jugendkontakten aufgebaut. Er kann auf eine über 20-jährige Zusammenarbeit mit den finnischen Provinzen Ost- und Südfinnland zurückblicken. Die beim Landesjugendring angesiedelten Einrichtungen arbeiten erfolgreich in der Ostseeregion:

Das **Ostsee-Jugendbüro**¹ unterstützt seit mehr als 20 Jahren die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen in der Ostseeregion durch Information Beratung und Kontaktvermittlung und fördert den Aufbau und die Festigung demokratischer Jugendstrukturen in den östlichen Anrainerstaaten. So organisierte es im **Juni 2011** in **Mözen/Kreis Segeberg** in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein bereits zum siebenten Mal das **Ostsee-Jugendmediencamp**.

¹ Im Internet: www.ostseejugendbuero.de

Diese jährlich einwöchig stattfindende Ostsee-Jugendkonferenz ist eine über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus anerkannte Veranstaltung. Seit der ersten Konferenz im Jahre 1989 haben rund 1.000 Jugendliche aus Schleswig-Holstein und den Ostseeanrainerstaaten daran teilgenommen. Die vielfältige Themenauswahl der einzelnen Konferenzen dient nicht nur dem Austausch von Informationen, sondern ist häufig auch der Ort, an dem Perspektiven für zukünftige gemeinsame Projekte konkret entwickelt und vereinbart werden. „Die Situation und Zukunft von Freiwilligen und Freiwilligenorganisationen in der Ostseeregion“ war das Thema der Konferenz im Jahr 2011. In Kooperation mit dem Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten fand die Veranstaltung im Rahmen des Programms der deutschen Ostseeratspräsidentenschaft 2011/2012 und anlässlich des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011 statt.

Das im Auftrag der nationalen Jugendministerien tätige und beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelte **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** (Baltic Sea Secretariat für Youth Affairs)¹ ist sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene aktiv. Seine Tätigkeiten beziehen sich vor allem auf die Umsetzung der Themenbereiche, die von den nationalen Jugendministerien der Ostseestaaten als Prioritäten definiert werden. Das Sekretariat ist Mitglied im Nationalen Beirat des EU-Programms „Jugend in Aktion“.

Die **Ostsee-Jugendstiftung** wurde 2004 vom Landesjugendring Schleswig-Holstein gegründet. Sie setzt sich für die Förderung der kulturellen, sozialen und politischen Jugendbildungsarbeit ein und regt den Völker verbindenden Gedanken der europäischen Einigung bei Jugendlichen in der Ostseeregion an. Durch die Übernahme der Reisekosten trägt die Stiftung dazu bei, jungen Menschen aus den östlichen Ostseeländern die Teilnahme an Jugendprojekten in Schleswig-Holstein zu ermöglichen.

Der **Jugendserver Schleswig-Holstein** (www.jugendserver-sh.de) ist eine Informationsbörse im Internet. Informationen und Orientierungshilfen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendiensten, Jobs, Praktika, Workcamps, Au Pair-Aufenthalt, Sprachkursen, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten!“ können unter der Rubrik „Internationales“ abgerufen werden.

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Auch im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) setzt sich die intensive Zusammenarbeit zwischen den Ostsee-Anrainerstaaten fort: Seit Jahren findet eine erfolgreiche Kooperation mit Einsatzstellen in Dänemark, Polen, Litauen und Estland statt, in de-

¹ Im Internet: www.balticsea-youth.org

nen junge Menschen aus Deutschland die Möglichkeit haben, auf diesem Weg auch interkulturelle Kompetenzen zu erwerben.

Anhang 1**Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B) in der Förderperiode 2007-2013****„AGORA 2.0 – Inspirations for Innovations towards Sustainable and Competitive Tourism in the BSR“**

Schaffung eines Informationspools mit Marktdaten des Tourismussektors für KMU und dessen Nutzung für den adäquaten Umgang mit Innovationen und kreativen Ideen/Vorschlägen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- SE- FI- LV- PL- EE- LT- DK- BY

Schleswig-holsteinischer Partner: Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 2.884.055 (EFRE-Anteil SH: € 214.412)

Im Internet: www.yepat.uni-greifswald.de/agora/index

„AQUABEST“

Förderung von Aquakulturen als Ausweichraum für Nahrungsmittelproduktion mit dem Ziel die Einrichtung von Aquakulturen im Ostseeraum zu fördern und gleichzeitig Schadstoffneutralität und umweltfreundlichen Betrieb sicher zu stellen.

Teilnehmende Mitgliedsstaaten: DE- FI- SE- PL- LV- BY- DK- EE

Schleswig-holsteinischer Partner: GMA - Gesellschaft für Marine Aquakultur mbH

Laufzeit: 09.06.2011 - 08.03.2014

Gesamtbudget: € 3.744.989 € (EFRE-Anteil SH: € 179250)

„Baltfood – The BSR Food Cluster: Innovation and Competitiveness in Action“

Kooperation Nahrungsmittel produzierender Unternehmen im Ostseeraum zur Entwicklung eines Nahrungsmittel-Clusters. Ziel ist es, die Region wettbewerbsfähig zu machen, indem verstärkt Produkt- und Prozessinnovationen vorangetrieben werden.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Wirtschaftsförderung Lübeck (Leadpartner), Fachhochschule Lübeck

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.424.607 (EFRE-Anteil SH: € 522.750)

Im Internet: www.baltfood.de

„Baltic Compass“

Aufbau eines Dialogs zwischen umweltpolitischen und agrarwirtschaftlichen Akteuren sowie die Entwicklung von Modelllösungen zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee durch die Agrarwirtschaft.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- FI- EE- LV- LT- BY- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR).

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 6.678.210 (EFRE-Anteil SH: € 288.359)

Im Internet: www.balticcompass.org

„Baltic Green Belt“

Schließung der im südlichen Ostseeraum vorhandenen Lücke des ‚Grünen Bandes Europa‘, einem Ökosystemkorridor entlang des gesamten ehemaligen Eisernen Vorhangs vom Eismeer bis ans Schwarze Meer. Hierbei steht das Thema „Integriertes Küstenzonenmanagement“ mit der Einbeziehung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten im Vordergrund, um eine nachhaltige Entwicklung in den Küstenregionen der Ostsee zu erwirken.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- SE- EE- LV- LT- PL- RU- BE

Schleswig-holsteinische Partner: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Leadpartner), Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Schleswig-Holstein.

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.452.498 (EFRE-Anteil SH: € 376.200)

Im Internet: www.balticgreenbelt.uni-kiel.de

„Best Agers“

Ausbau von Potentialen und Chancen einer erfahrenen Generation über 55 für eine bessere Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft durch Nutzung, Mobilisierung und Einsatz dieser Altersgruppe auf freiwilliger Basis für Gesellschaft und Wirtschaft.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- EE- LV- LT- RU- PL- UK

Schleswig-holsteinische Partner: Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (Leadpartner), Kreis Pinneberg, Paritätischer Wohlfahrtsverband.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 4.423.070 (EFRE-Anteil SH: € 915.040)

Im Internet: www.best-agers-project.eu

„BSLN – Baltic Sea Labour Network“

Verbesserung des Managements des transnationalen Arbeitsmarktes in der Ostseeregion durch Entwicklung von transnationalen Anpassungsstrategien und von Aktionen und Modellen unter Berücksichtigung des Demographischen Wandels und Migrationsprozessen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- FI- EE- LV- LT- PL- RU- BE

Schleswig-holsteinisch-/Hamburger Partner: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Nord

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.685.923

Im Internet: www.bslabour.net

„CLEAN BALTIC SEA SHIPPING (CleanShip)“

Schaffung von Möglichkeiten, um die ökologischen Folgen der Schifffahrt, z. B. die Eutrophierung sowie die Schwefel- und CO₂ - Emissionen, in einem ganzheitlichen Ansatz zu bekämpfen. Konkrete Maßnahmen sind der Ausbau einer Infrastruktur für Landstrom und für Flüssiggas in den Häfen der Ostsee.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- FI- SE- NO- DK- EE- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Stadtwerke Lübeck

Laufzeit: 11.06.2010 - 10.09.2013

Gesamtbudget: € 2.982.065 (EFRE-Anteil SH: € 88.290)

Im Internet: www.clean-baltic-sea-shipping.eu

„COOL Bricks - Climate Change, Cultural Heritage & Energy Efficient Monuments“

Förderung der Sanierung historischer Backsteinbauten durch alternative Außenwanddämmung zur Reduzierung des Energieverbrauchs unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Klima- und Denkmalschutz.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- PL- EE- LV- LT- FI- SE- DK- BY

Schleswig-holsteinischer Partner: Landeshauptstadt Kiel

Laufzeit: 17.09.2010 - 16.12.2013

Gesamtbudget: € 4.308.970 (EFRE-Anteil SH: € 108.470)

Im Internet: www.coolbricks.eu

„First Motion (FM)“

Etablierung eines Netzwerkes von Filmförderungen, Universitäten und anderen Interessenvertretern im Ostseeraum zur Entwicklung neuer Fördermodelle für neue Medienformen. Verbesserung der Rahmenbedingungen und des Kooperationspotenzials für Innovationen im Bereich Kreative Industrien/Audiovisuelle Medien u.a. durch die Errichtung einer „Business to Business“ und einer „Business to Community“ Plattform.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- LT- EE- LV- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Filmwerkstatt Kiel / Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (Leadpartner)

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.025.070 (EFRE-Anteil SH: € 381.542)

Im Internet: www.firstmotion.eu

„ICT for Health in European regions with ageing and declining population“

Aufbauend auf dem INTERREG III B-Projekt „E-Health for Regions“ Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer Versorgung auch über Entfernungen hinweg angesichts des Demografischen Wandels im Ostseeraum. Schaffung von Potentialen für Synergien zwischen medizinischen Institutionen und Akteuren im Gesundheitswesen auch über Grenzen europäischer Länder hinaus.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Fachhochschule Flensburg (Leadpartner), Europäisches Institut für Telemedizin, Institut für Krebsepidemiologie, Ev.-Luth. Diakonissenanstalt, Kreis Segeberg, Gesundheitsforum Segeberg, Schleswig-Holsteinische Krebsgesellschaft.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.645.621 (EFRE-Anteil SH: € 933.860)

Im Internet: www.ictforhealth.com

„PrimCare IT“

Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen für Fachkräfte, die im abgelegenen oder ländlichen Raum in der Gesundheitsversorgung tätig sind, um der Abwanderung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal aus diesen Regionen entgegen zu wirken.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- FI- SE- EE- LT- BY- LV

Schleswig-holsteinischer Partner: Fachhochschule Flensburg

Laufzeit: 29.09.2011 - 28.03.2014

Gesamtbudget: € 2.579.658 (EFRE-Anteil SH: € 133.343)

„PURE“

Vorbereiten von Investitionen zur Reduktion von Phosphoremissionen in die Ostsee durch Unterstützung der betroffenen Kommunen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- EE- LV- FI- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Entsorgungsbetriebe Lübeck.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.173.615 (EFRE-Anteil SH: € 102.630)

Im Internet: www.purebalticsea.eu

„SCIENCE LINK“

Stärkung der Verbindung zwischen Grundlagenforschung und Wirtschaft durch Erleichterung der Koordinierung und des Zugangs zu Großforschungseinrichtung, wie z. B. dem Teilchenbeschleuniger DESY in Hamburg, für KMU und Partnern aus abgelegenen Regionen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- FI- EE- LV- LT- BY- PL- SE- DK

Schleswig-holsteinischer Partner: Helmholtz-Gesellschaft Geesthacht

Laufzeit: 29.09.2011 - 28.06.2014

Gesamtbudget: € 3.932.430 (EFRE-Anteil SH: € 256.000)

Im Internet: www.science-link.de

„StarDust“

Bündelung der Aktivitäten im Bereich der Clusterbildung in den Sektoren Umwelt- und Energietechnik, Gesundheit, innovatives Transportwesen und digitale Dienstleistungen durch transnationale Pilotprojekte sowie Entwicklung, Umsetzung und Kommunikation von neuen Konzepten zur Verbindung der transnationalen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen in Kompetenzzentren mithilfe einer Vielzahl von Partner aus den Bereichen der Verwaltungen, der Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie aus dem privaten Sektor.

Teilnehmende Partnerstaaten: NO- SE- FI- EE- LV- LT- PO- DE- DK

Schleswig-holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH).

Laufzeit: 17.09.2010 - 16.12.2013

Gesamtbudget: € 6.512.000 (EFRE-Anteil SH: € 138.562)

Im Internet: www.bsrstars.se/stardust

„SUBMARINER“

Entwicklung gemeinsamer Strategien zur nachhaltigen Nutzung der Ostseeressourcen, insbesondere in den Bereichen Algenanbau und -verwendung sowie Anwendung von maritimen Wirkstoffen für Medizin, Kosmetik und Lebensmittel.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- FI- SE- DK- EE- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Norgenta GmbH

Laufzeit: 11.06.2010 - 10.09.2013

Gesamtbudget: € 3.580.701 (EFRE-Anteil SH: € 128.017)

Im Internet: www.submariner-project.eu

„Technet_nano“

Bildung eines transnationalen Netzwerks aus Forschungseinrichtungen und KMU zur Förderung und Unterstützung im Bereich der Nanotechnologie.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- LV- LT- PL- EE- BY

Schleswig-holsteinische Partner: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Fachhochschule Flensburg, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein (WTSH)

Laufzeit: 29.09.2011 - 28.03.2014

Gesamtbudget: € 2.922.020 (EFRE-Anteil SH: € 482.145)

„Urb.Energy – Energy Efficient and Integrated Urban Development Action“

Aufbauend auf dem INTERREG III B-Projekt BEEN sollen existierende Ansätze bei der Energieeffizienz von Gebäuden analysiert werden um anwendbare integrierte urbane Entwicklungsstrategien zu entwickeln und zu präsentieren.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 3.922.116 (EFRE-Anteil SH: € 99.000)

Im Internet: www.urbenergy.eu

Verwendete Abkürzungen:

BE Belgien

BY Belarus/Weißrussland

DE Deutschland

DK Dänemark

EE Estland

FI Finnland

LT Lettland

LV Litauen

NO Norwegen

PL Polen

RU Russische Föderation

SE Schweden

SH Schleswig-Holstein

EFRE Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

Anhang 2

Einfuhr des Landes Schleswig-Holstein aus dem Ostseeraum 1999 – 2011

Länder / Ländergruppen	1999	%	2002	%	2006	%
	T€		T€		T€	
Einfuhr SH	10.433.687	100,0	11.568.899	100,0	18.063.131	100,0
davon:						
Dänemark	1.371.457	13,1	1.449.475	12,5	1.801.234	10,0
Norwegen	214.199	2,1	289.917	2,5	178.465	1,0
Schweden	908.883	8,7	1.075.449	9,3	1.387.730	7,7
Finnland	280.849	2,7	298.929	2,6	724.871	4,0
= Skandinavien	2.775.387	26,6	3.113.770	26,9	4.092.300	22,7
Estland	15.924	0,2	16.229	0,1	6.464	0,0
Lettland	19.951	0,2	16.922	0,1	25.561	0,1
Litauen	18.455	0,2	42.648	0,4	64.023	0,4
Polen	180.353	1,7	206.559	1,8	288.044	1,6
Russland	104.785	1,0	173.075	1,5	238.192	1,3
= insgesamt	339.461	3,3	455.433	3,9	622.284	3,4
= Ostseeraum	3.114.854	29,9	3.569.203	30,9	4.714.584	26,1

Länder / Ländergruppen	2007	%	2008	%	2011*	%
	T€		T€		T€	
Einfuhr SH	20.238.573	100,0	20.972.899	100,0	21.051.341	100,0
davon:						
Dänemark	2.289.987	11,3	2.874.424	13,7	2.955.384	14,0
Norwegen	465.422	2,3	271.680	1,3	607.445	2,9
Schweden	1.526.421	7,5	1.375.645	6,6	1.517.785	7,2
Finnland	992.916	4,9	1.012.953	4,8	723.769	3,4
= Skandinavien	5.274.746	26,1	5.534.702	26,4	5.804.383	27,5
Estland	19.226	0,1	24.845	0,1	41.111	0,2
Lettland	15.943	0,1	15.924	0,1	11.325	0,1
Litauen	88.785	0,4	117.243	0,6	137.067	0,7
Polen	477.930	2,4	515.667	2,5	647.756	3,1
Russland	206.541	1,0	335.417	1,6	438.889	2,1
= insgesamt	808.424	4,0	1.009.096	4,8	1.235.037	6,2
= Ostseeraum	6.083.171	30,1	6.543.798	31,2	7.039.420	33,7

* vorläufige Zahlen bis Dezember 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhang 3**Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein in den Ostseeraum 1999 - 2011**

Länder / Ländergruppen	1999	%	2002	%	2006	%
	T€		T€		T€	
Ausfuhr SH	10.338.545	100,0	10.938.630	100,0	16.322.624	100,0
davon:						
Dänemark	729.490	7,1	680.007	6,2	985.591	6,0
Norwegen	203.177	2,0	151.338	1,4	222.977	1,4
Schweden	251.295	2,4	215.440	2,0	428.594	2,6
Finnland	78.137	0,8	87.439	0,8	141.497	0,9
= Skandinavien	1.262.099	12,2	1.134.224	10,4	1.778.659	10,9
Estland	10.850	0,1	16.300	0,1	27.211	0,2
Lettland	10.161	0,1	9.470	0,1	15.497	0,1
Litauen	17.460	0,2	28.833	0,3	34.543	0,2
Polen	222.525	2,2	262.168	2,4	446.464	2,7
Russland	150.987	1,5	274.143	2,5	343.321	2,1
= insgesamt	411.983	4,0	590.914	5,4	2.645.695	16,2
= Ostseeraum	1.674.082	16,2	1.725.138	15,8	2.645.695	16,2

Länder / Ländergruppen	2007	%	2008	%	2011*	%
	T€		T€		T€	
Ausfuhr SH	16.926.355	100,0	18.267.896	100,0	18.198.234	100,0
davon:						
Dänemark	1.151.899	6,8	1.387.032	7,6	1.831.407	10,1
Norwegen	285.481	1,7	246.515	1,3	225.300	1,2
Schweden	490.576	2,9	484.173	2,7	676.111	3,7
Finnland	215.522	1,3	221.850	1,2	280.656	1,5
= Skandinavien	2.143.478	12,7	2.339.570	12,8	3.013.474	16,5
Estland	68.901	0,4	73.465	0,4	69.736	0,4
Lettland	40.467	0,2	29.643	0,2	40.024	0,2
Litauen	61.824	0,4	50.100	0,3	130.004	0,7
Polen	588.041	3,5	598.381	3,3	722.388	4,0
Russland	479.364	2,8	471.732	2,6	537.882	3,0
= insgesamt	1.238.597	7,3	1.223.321	6,7	1.500.034	8,3
= Ostseeraum	3.382.076	20,0	3.562.891	19,5	4.513.508	24,8

* vorläufige Zahlen bis Dezember 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt

